

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 27. April 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Interfons-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 40 Pfg. für holländische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 25 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (freigebrachte) Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Interfons für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adressen:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 1,50 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Unter einer Decke.

Zu einem gewaltigen Konflikt zwischen der Regierung und der preussischen Landtagsmehrheit werde es kommen, so verkündeten die Herolde der sozialen Monarchie; die Regierung der christlich-monarchischen Sozialreform nehme es bitter ernst mit ihrem dem ganzen Volke und den Bergarbeitern insbesondere gegebenen Versprechen einer Bergreform. Der „entschiedene“ Liberalismus, die Zentrumspresse, schrieb Pech und Schwefel auf die ruhmlose Mehrheit herab, welche die erleuchtete Regierung der Herren Bülow-Wöller hindere, ihre soziale Pflicht zu tun. Bereits stand es in diesen sozialbegeisterten Gemütern fest, daß der Ministerpräsident zum Reichskanzler, die blamierte preussische Regierung zum Bundesrat und Reichstag flüchten werde.

Wer nur einige Elementarkenntnisse in den treibenden Kräften der preussisch-deutschen Politik besaß, lachte über diese Ankündigungen, die, wenn sie ernst gemeint waren, auf hoffnungslossten Irrlehrlingswahn hinwiesen, wahrscheinlich aber nur zur Schon getragen wurden, um die wachsende Empörung der Bergarbeiter und des noch „christlich“ gegängelten Proletariats zu beschwichtigen. Sie sollten des freien Spiels, das mit ihnen getrieben wurde, nicht allzu betwagt werden. Sie sollten von der ganzen Erkenntnis abgeperrt werden, daß es der Regierung der sozialen Monarchie niemals auch nur im Traum einfallen würde, um einer lumpigen halben Million Bergarbeiter willen es mit der herrschenden unzulässigen agrarischen und der angepöbelten industriellen Feudalclique zu verdecken.

Mit dem brutalen Jynismus, der diesen politischen Unberufkuppel für den „Interessenausgleich“ der Ausbeuter aller Richtungen auszeichnet, durchkreuzt geht der Freiheit v. Jeddly das Spiel der Beschwichtigung und Ewig-Hoffnungseligen. In einem von ihm mit seinem Namen versehenen, von Scherl honorierten Artikel verrät er unter der heiteren Ueberschrift „Was nun weiter“, daß die scheinbar Hohenenden im Grunde völlig einig sind, daß sie alle unter einer Decke spielen: Die Konservativen und die Rationalliberalen nicht nur, sondern auch die Regierung und — das Zentrum. Alle sind sie einig, das Proletariat zu betrügen und zu unterdrücken. Man nennt diese Solidarität der Ausbeuter wohl auch praktisches Christentum.

Herr v. Jeddly eigentliche Kunst ist das Ausdeckerlegen. Dies Gewerbe betreibt er seit jeher in jeder Beziehung auf allen Gebieten des persönlichen und öffentlichen Lebens. Er läßt die Sprößlinge seiner christlich-staatsverhaltenden Kraft in fremden Nestern reden und wirken; seine Brut macht sich überall breit. Diese Fähigkeit hat er, um von anderen Gelegenheiten zu schweigen, bei der Kanalvorlage bewiesen, die aus einem westdeutschen industriellen Verlehrsverbot zu einer ostelbisch-agrarischen Verlehrsstörung wurde — der berühmte „denaturierte“ Kanal. Auf die gleiche Weise wird jetzt die von Haus aus schon kümmerliche Bergarbeiterschutz-Vorlage in eine resolute Juchthausvorlage verwandelt; aus dem Rest der zaghaftesten Sozialreform kriecht ein kleiner scharfschnäbeliger Jeddly hervor.

Zoten, die da glaubten, daß nur die Regierung den Einbringling aus dem Rest werfen würde, nachdem sie sein Wesen erkannt. Ganz im Gegenteil: sie wird ihn wie ihr eigen Fleisch und Blut nähren. Und schließlich ist ja der Ausdecker von ihrer Sippe.

Herr v. Jeddly versichert mit größter Gemütsruhe, daß nicht „der mindeste Anlaß“ vorliege, die Sache tragisch zu nehmen:

„Daß bei den Kommissionsberatungen noch weitgehende Meinungsverschiedenheiten zwischen der Regierung und der Mehrheit unausgeglichen bleiben, ist im parlamentarischen Leben eben keine Seltenheit, und zwar auch sehr häufig da vorgekommen, wo schließlich auf der ganzen Linie Verständigung erzielt wurde. In dem vorliegenden Falle liegt aber auch, abgesehen von den allgemeinen politischen Gründen, welche für die Verständigung zwischen Regierung und Mehrheit ins Gewicht fallen, bei sämtlichen Differenzpunkten von Bedeutung die Sache bei ruhiger Betrachtung für eine Verständigung geradezu günstig.“

Ueber die Streiffrage der öffentlichen oder geheimen Stimmabgabe bei den Wahlen werde man sich mit der Regierung sicher verständigen. Die Mehrheit wird hier nachgeben und auf der öffentlichen Wahl nicht bestehen. In der Tat hat sie auch keine Ursache mehr dazu. Nachdem man die Arbeiterauschüsse zuchthäuserlich „denaturiert“ hat, kann es auch den Jeddlyen gleichgültig sein, auf welche Weise gewählt wird.

Wichtig also im wesentlichen nur noch die Differenz wegen des Kommissionsbeschlusses, der die Mitglieder der Arbeiterauschüsse ihrer staatsbürgerlichen Rechte berauben will. Die Regierung schützt das keine Bedenken der Verfassungswidrigkeit vor, in der Tat nur ein kleines Bedenken, wenn die Regierung und die Konservativen die Verfassung, also die „Grundlage des Staates“ umstürzen — der selbige Herr v. Hammerstein pflegte in solchen Fällen zu sagen, daß das Wohl des Staates, die Staatsraison über formale Bedenken gehe. Dagegen grenzt es natürlich an Hochverrat, wenn etwa Arbeiter durch einen „Kontraktbruch“ die „Ordnung des Rechtsstaates unterminieren“!

Herr v. Jeddly ist ganz sicher, daß man durch irgend einen Buchstabenwindel auch über diesen Gegensatz hinwegkommen werde. Man wird den Wortlaut ein wenig ändern, so daß die Regierung den Schein, die Mehrheit die Sache rettet. Herr v. Jeddly glaubt, daß man durch die Einführung eines neuen Sozialstimmgesetzes zur Verständigung gelangen werde:

„Die Bestimmung, wonach der Mitgliedschaft eines Arbeiterauschusses verlustig geht, wer die ihm obliegenden Pflichten insbesondere durch agitatorische politische Tätigkeit verlegt, richtet sich zwar nicht notwendig nach dem Wortlaut, wohl aber nach der Begründung des Hauptantragstellers gegen jede politisch-agitatorische Tätigkeit von Mitgliedern der Arbeiterauschüsse. Zwecklos wir

durch ein solches radikales Verbot dem Mißbrauch der Stellung zu politischer Verhegung am sichersten vorgebeugt. Ebenso sicher aber wird dadurch auch solche politische Betätigung getroffen, die an und für sich mit der irenischen Aufgabe der Ausschüsse wohl zu vereinigen ist.

Daß, wer seine Stellung im Arbeiterauschusse zu politischer Verhegung der Belegschaft mißbraucht oder in seiner Eigenschaft als Mitglied eines solchen Ausschusses oder unter Berufung auf diese politisch oder sozialpolitisch agitiert, von Rechts wegen sein Vertrauensamt verliert, erkennt selbst das Zentrum an. Sein Widerspruch und ebenso der der Regierung richtet sich auch nur gegen das Verbot auch anderer politisch-agitatorischer Tätigkeit, z. B. als Vertrauensmann der Zentrumsparlei bei den Wahlen. Streng genommen, steht eine solche Tätigkeit auch an sich außer Zusammenhang mit der Stellung im Arbeiterauschusse.

Wohl aber steht jede agitatorische Tätigkeit im Dienste der Sozialdemokratie im unlöslichen Widerspruch mit der Aufgabe, das gute Einvernehmen innerhalb der Belegschaft und zwischen dieser und dem Vergewerksbester aufrechtzuerhalten und Kontraktverletzungen und Vergewaltigungen vorzubeugen. Diese zu verbieten, ist daher der Belegschaft wohl berechtigt, und zwar um so mehr, als die Sozialdemokratie bekanntlich planmäßig darauf ausgeht, alle sozialpolitischen Organisationen für ihre politischen Bestrebungen zu mißbrauchen. Bei entsprechender Beschränkung des Verbotes, so daß also davon unter anderem die christlichen Bergarbeitervereine nicht berührt werden, dürften die Verfassungsschmerzen des Zentrums mindestens sehr abgeschwächt werden, die Regierung würde aber schwerlich ihre Unannehmbarkeits-erklärung aufrechterhalten können.

Herr v. Jeddly macht sich, wie man sieht, auch unbarmherzig über die Arbeiterfreundlichkeit des Zentrums lustig. Ein Ausnahmefehl hoch gegen die Sozialdemokratie würden die Merkmalen schon scharfen.

Aber hier liegt gerade die Schwierigkeit. Wenn es sich nur um Aussperrung sozialdemokratischer Arbeiter von den Ausschüssen handelte, so würde man schnell einig werden; und auch das Zentrum würde dann wohl das Vertrauen des Herrn v. Jeddly zu verdienen bestrebt sein und von den verpötelten „Verfassungsschmerzen“ genesen. Aber mit vollem Bedacht wollte die Mehrheit der Kommission jeden Arbeiter treffen, der die „irenische“ Aufgabe der Ausschüsse löse. Diese „Friedens“-aufgabe — die irenische Aufgabe ist zugleich die ironische Aufgabe — besteht eben darin, daß der Ausschuss als freiwillige Polizei für die Unternehmer gegen die Arbeiter dienen soll, und diese polizeiliche Mission verlegt auch jeder christliche Arbeiter, der die Interessen seiner Kameraden anstatt des Kapitals wahrnimmt. Daher die dehnbare Kommission.

Zindet man nun aber auch eine Fassung, die sich scheinbar nur gegen die Sozialdemokratie richtet, so wird sie doch immer den Sinn und die Tendenz haben, jede ernste Agitation für die Arbeiterinteressen zu unterbinden. Die Bestimmung soll gerade in erster Linie als Maulkorb auch für die christlichen Arbeiter wirken, die man einfach als „verkappte Sozialdemokraten“ denunziert, wenn sie nicht „irenisch“ den Profit der Ausbeuter zu mehren beflissen sind.

Inbesseren gleichviel, wie der Verrat formuliert werden wird, die Mogerei wird zu stande kommen. Die preussische Regierung wird die Bergarbeitervorlage als Gesetz verabschieden. Der Bundesrat denkt nicht daran, die Angelegenheit vor die Instanz des Reichs zu drängen. Und auch das Zentrum wird sich unter einigen frommen Grimassen des Widerspruchs drein fügen. Wenn es die Niederhaltung des Proletariats gilt, spielen alle unter einer Decke.

Das Gefindel des Zaren.

Nach kaukasischem Muster plant Wäterchen, revolutionäre Maßnahmgebungen dadurch zu vereiteln, daß er das Gefindel, wie in Kischinew und Waha, losläßt, um die gemeinsame Aktion gegen den Jarrismus zu zerstückeln. Im Kaukasus ließ der Zar die Armenier durch gefasste Tataren niedermegeln. In anderen Gegenden werden die dunkelsten Elemente gegen die Juden gedungen. In Petersburg will man die Rowdy's, die „Gooligans“ gegen die Intelligenz bewaffnen, um einen Stell zwischen die Revolutionäre der Intelligenz und des Proletariats zu treiben.

Es ist ein Zeichen für die wachsende Macht der revolutionären Bewegung, daß selbst die in Rußland erscheinende „loyale“ Presse der Opposition diese Pläne der Regierung offen erdreckt und daß offizielle Telegramme von diesen Neuherungen Verbreitung geben. Aus Petersburg meldet heute die offizielle Telegraphen-Agentur:

„Bischofs Wjedomski“ bespricht heute abend an seltender Stelle die in der Stadt umlaufenden Gerüchte, wonach angeblich am 1. Mai, dem zweiten russischen Ostersiertage, etwa 15 000 Rowdy's, sogenannte Gooligans, in Korps auf die einzelnen Stadtteile verteilt, die Straßen durchziehen und die gebildete Bevölkerung niederzermalen wollten. Die Bewegung, so besagen die Gerüchte weiter, sei nicht gegen die Regierung gerichtet, und die eigentliche Arbeiterbewegung sei an ihr nicht beteiligt.

Auch die Zeitung „Kup“ nimmt von diesen Gerüchten Notiz. Auch die liberale Oppositionspresse läßt sich also angelegen sein, über das Wesen dieses vom Jarrismus ausgehaltenen Lumpen- und Verbrecherterrorkorridus aufzuklären, der im Solde der Regierung bezweckt, die Arbeiterbewegung zu diskreditieren und die Revolutionäre gegeneinander zu hehen.

Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz.

Die Roschdjewitsch-Flotte

scheint sich noch in der Nähe der Kamranh-Bucht zu befinden. Es wird gemeldet:

Tsingtau, 26. April. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Die russischen Offiziere hier haben die Nachricht erhalten, daß die russische Flotte die Kamranh-Bucht mit südlichem Kurs verlassen habe, um sich mit dem dritten Geschwader zu vereinigen.

Pulo-Pinang, 26. April. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Man erwartet, daß das dritte baltische Geschwader heute Pulo-Pinang passiere. Die Behörden lassen bei Nacht die Zugänge zur Insel überwachen.

London, 26. April. „Daily Mail“ meldet aus Banghoi vom 24. d. Mts., daß eine Anzahl russischer Kreuzer außerhalb der Kamranh-Bucht angekommen seien; zwei Kreuzer mit drei Schornsteinen lägen noch innerhalb der Bucht. Es heißt, daß die Russen ihre Basis nach Hainan verlegt hätten.

Vom mandschurischen Kriegsschauplatz.

Tokio, 26. April. (Telegramm des Reuterschen Bureaus.) Amtlich wird gemeldet: Der Feind, welcher in Stärke von 5 Bataillonen, 18 Sotnien und 1 Batterie unsere vorderste Kavallerie bedrängte, griff am 24. in der Umgegend von Kai-huan an. Unsere dort befindlichen Truppen gingen unter Deckung vor, besiegten den Feind und verfolgten ihn bis nördlich von Wien-huachieh. Unsere Verluste betragen 38 Mann, der Feind ließ ungefähr 200 tote zurück. Zwei andere Abteilungen, von denen die eine aus 3 Bataillonen und 16 Sotnien, die andere aus 12 Sotnien und 1 Batterie bestand, griffen Tchangtu beziehentlich Siao-taju an, zogen sich aber zurück, als ihre Kameraden geschlagen waren.

Diese Nachricht wird von russischer Seite folgendermaßen bestätigt:

Petersburg, 26. April. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) General Linewitsch telegraphiert vom 25. April: Unsere Vorposten zogen am 22. April den Feind, nach und nach das Dorf Kanchenzou und das Dorf Wemanpaomeng, das besetzt war, zu räumen. Die Japaner besetzten eine besetzte Stellung drei Werst südlich von Wemanpaomeng. Unser Artilleriefeuer und das Erscheinen unserer Abteilung in der Front und auf der linken Flanke nötigten die Japaner, sich eiligst auf Kanchenzou zurückzuziehen. Während des Rückzuges brannten sie eine Niederlage von Munitionsvorräten in einem Dorfe nieder. Am 23. April näherten sich unsere Vorposten, den Feind zurückdrängend, Chantoufou, das stark besetzt und von den Japanern besetzt war. Unsere Artillerie eröffnete von der Offseite ein Feuer auf die Stadt. Als es sich herausstellte, daß diese von einer bedeutenden Truppenmenge besetzt war, zogen sich unsere Truppen zurück. Unsere Kavallerie hat den Telegraphen zwischen Kanchenzou und Chantoufou zerstört.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 26. April.

Zum Marokko-Streit.

Herr Delcassé behauptet bekanntlich, daß Deutschland, nachdem es sich erst um die französisch-englischen Abmachungen gar nicht gekümmert, urplötzlich seine Interessen gefährdet gefunden und dann den Konflikt vom Jaun gebrochen habe, wogegen die deutschen Offiziere behaupten, Deutschland habe Frankreich von allem Anfang an nicht darüber im Zweifel gelassen, daß es seine Interessen gewahrt zu sehen wünsche. Jetzt meldet der Berliner Statler der „Times“ aus Tanger, daß die deutsche Besatz die richtige sei. Er telegraphiert:

„Angesichts der in der Kammer gefallenen Neuherung, daß die deutsche Marokko-Politik von der Schlacht bei Ruden herrühre, sei er von nahgebender Seite verständigt worden, daß schon zu Anfang November die deutsche Gesandtschaft in Tanger amtlich die Aufmerksamkeit des französischen Gesandten auf die Tatsache gelenkt hat, daß Deutschland hinsichtlich der englisch-französischen Abmachungen nicht zu Rate gezogen und auch nicht von deren Wesen verständigt worden sei, daß somit die deutsche Politik auch weiterhin unabhängig von den betreffenden Abmachungen bleiben werde. Auf diese Mitteilung erfolgte keine Antwort. Auch sonst ließ die deutsche Gesandtschaft die französische wiederholt wissen, daß die deutsche Politik in Marokko keine Aenderung erfahren werde. Juden wurden, als die britischen und französischen Staatsangehörigen in Fez von ihren Gesandtschaften aufgefordert wurden, die marokkanische Hauptstadt zu verlassen, die dortigen deutschen Staatsangehörigen ausdrücklich ermuntert, dort zu bleiben. Weiterhin habe Graf Bülow in seiner Antwort auf die Mitteilung der deutschen Staatsangehörigen in Tanger, worin um Rückschutz vor drohenden Ausdeckerungen der Eingeborenen ersucht wurde, klar und offen erklärt, daß Deutschland, wenn es nötig werden würde, wirksame Maßregeln ergreifen werde. Alle diese bedeutsamen Tatsachen blieben ohne Antwort von Frankreich. Deutschland erwartete eine amtliche Verständigung über das französisch-englische Abkommen erst nach dessen Unterzeichnung, weil es anerkannte, daß Spaniens geographische Lage diesem Staat ein Vorkzugsrecht gewähre; doch glaubte sich Deutschland zu der Erwartung berechtigt, daß es nach Unterzeichnung des Abkommens von Frankreich würde eingeladen werden, ein ähnliches Abkommen in Gemeinschaft mit allen Signatarmächten des Madrider Vertrages von 1890 abzuschließen. Die französische Regierung müsse schon im November in Kenntnis der wichtigen Aussprache gewesen sein, die zu Anfang jenes Monats zwischen dem deutschen Gesandtschaftsträger und dem französischen Gesandten in Tanger stattgefunden hat.“

**Nun werden die französischen Offiziere wieder weit-
schweifig das Gegenteil behaupten.**

Es wäre wirklich an der Zeit, daß man das grausame
Spiel endlich aufgäbe und entweder den ganzen Marokko-
Handel bis zum Eintreten eines konkreten Konflikts auf
sich berufen ließe oder aber ernsthaft Schritte zur Einberufung
einer europäischen Konferenz unternähme. Die Art, wie der
Konflikt geschaffen und bisher diplomatisch hin- und hergezerrt
wurde, ist geradezu ein abschreckendes Beispiel für eine
Diplomatie, wie sie nicht sein sollte. —

„Wenn ich dich auch tötschieße!“ Ein bürgerliches Blatt bringt
folgende Mitteilung: „Am Freitagvormittag hielt die 6. Kom-
panie des 22. Infanterie-Regiments auf dem Garnisonsschießplatz
bei Jweibrücken ein Schießfehen ab. Der Soldat Karl Pöger,
geb. 1884, Bergmann von Kirtel Reuhäusel, machte beim Schießen
den Anschlag nicht richtig. Der aufschreibende Leutnant Moser nahm
das geladene Gewehr des Pöger aus der Hand desselben und wollte
diesem sowie den übrigen Leuten den Anschlag vormachen. Leutnant
Moser richtete dabei das Gewehr zielend gegen Pöger, worauf
Pöger dem Leutnant zurief, daß das Gewehr nicht geladen sei
und sofort zur Seite sprang. Leutnant Moser soll darauf ganz
kalt erwidert haben: „Wenn ich dich auch tötschieße!“ und zielte noch
gegen Pöger in seiner neuen Stellung. Auf einmal ging das nicht
geladene Gewehr los und der Schuß ging dem bedauernswerten
Soldaten oberhalb des Mundes durch den Kopf, worauf
er sofort tot niederstürzte. Wäre das Gewehr losgegangen,
als Pöger noch vor einigen seiner Kameraden stand, wäre
sicherlich das Unglück noch größer geworden. Als Leutnant Moser
einfiel, welches Unglück er angerichtet, lief er voller Verzweiflung in
den Wald, wo er von einem berittenen Offizier eingeholt und sodann
von demselben in die Garnison gebracht wurde.

Deutsche Kriegsführung in Frankreich.

Von französischer Seite wird bis in die letzte Zeit hinein
behauptet, daß die deutschen Truppen bei der Belagerung von Paris
das an Kunstschätzen reiche Schloß St. Cloud zerstört und aus-
geraubt hätten. Dieser Darstellung tritt in den „Verl. R. R.“ der
Generalleutnant J. v. Strauß entgegen, der 1870/71 als
Hauptmann Kommandant des Schloßes St. Cloud war. Strauß
erklärt, daß ihm ausdrücklich vom König Wilhelm der Befehl gegeben
worden sei, das Schloß so zu halten, als ob es ein Potsdamer Schloß
sei. Leider sei das Schloß aber von den Verteidigern von Paris
fortgesetzt bombardiert, und schließlich in Brand geschossen worden.
Alle Löcher der Feinde seien mißlungen, das Feuer habe so heftig um sich
gegriffen, daß der größte Teil der Bibliothek und der Kunstschätze
verbrannt sei. Die geretteten Bücher seien dann der Stadt Ver-
waltung übergeben worden, die geretteten Kunstschätze seien an die
deutschen Fürsten verteilt worden.

Wenn auch durch diese Darlegungen die französischen Behauptungen
in der Hauptsache widerlegt werden, so wäre es doch entschieden
besser gewesen, auch die geretteten Kunstschätze Frankreich zurück-
zuführen. Privateigentum sowohl wie öffentliches Eigentum,
das nicht zu Zwecken der Kriegsführung dient, gilt nach
dem modernen Völkerrecht als unantastbar! —

Diäten für Geschworene und Schöffen. Die württembergische
Kammer der Abgeordneten nahm am Mittwoch bei Beratung des
Justizetat einen Antrag Gröber betr. die Gewährung von Tage-
geldern und Reisefostenentschädigung an die Geschworenen und
Schöffen an, um namentlich dem Arbeiterstande die Heranziehung
zu diesen Funktionen zu ermöglichen. Der Justizminister v. Brei-
ling hatte die Ansicht vertreten, daß die Regelung dieser Frage
Sache der Reichsgesetzgebung sei.

Reichsländische Gerichte. Aus Strassburg wird offiziös telegraphiert:
Die auswärts verbreiteten Blättermeldungen über angeblich bevor-
stehende Veränderungen in der Staatsaltertätigkeit und im Ministerium
für Elsaß-Lothringen sind, wie aus bester Quelle mitgeteilt wird,
vollkommen unbegründet.

Die Kollerei blüht also noch!

Ausland.

Schweiz.

Die Proporzlisten in Basel.

Basel, Ende April. (Eig. Ber.) Da nach dem neuen Wahlgesetz
die Parteien ihre Kandidatenlisten drei Wochen vor den Wahlen
beim Polizeidepartement einreichen müssen, so ist dies im Hinblick
auf den Wahltermin vom 6. und 7. Mai bereits geschehen. Auf
130 Mitglieder, die für den Großen Rat zu wählen sind, wurden
257 Kandidaten, also die doppelte Zahl aufgestellt. Die Frei-
sinnigen haben auf ihrer Liste 95, die Konservativen 68, die
Sozialdemokraten 58, die Katholiken 37, die Gemeinde-
Riechen präsentiert 3 „Unabhängige“ — es ist nicht gesagt, von was
sie unabhängig sind — die Gemeinde Vettingen 1 Kandidaten.
127 dieser tüchtigen Männer werden leider auf der Wahlstrecke
bleiben müssen.

Eine wunderbar rasche Wandlung haben die herrschenden Frei-
sinnigen durchgemacht. Unter den vielen faulen Gründen, mit denen
sie jahrelang die Einführung der Proportionalwahl bekämpften,
figurierte auch die angebliche Schwerverständlichkeit der Proportional-
wahl, womit sie der Intelligenz der Basler Stimmberechtigten ein
schlechtes Zeugnis ausstellten, nachdem in einem halben Duzend
anderer Kantone diese Wahlart bereits mit Erfolg eingeführt wurde.
Da nun in Basel trotzdem der Proporz in der Volksabstimmung an-
genommen wurde, die Freisinnigen also vor einer unabänderlichen
Zukunft stehen, halten nun ihre Führer gegenwärtig in Partei-
versammlungen Vorträge über die Leichtverständlichkeit
der Verhältniswahl.

Kein Zweifel, wenn einmal der sozialistische Zukunftsstaat zur
Wahrheit geworden, werden sich damit auch die Gegner abfinden
und sich nur darüber wundern, daß diese prächtige neue Ordnung
der Dinge nicht schon längst geschaffen wurde. —

Belgien.

Parteitag der belgischen Sozialdemokratie.

Brüssel, 25. April. (Eig. Ber.)

In der großen Festhalle des Brüsseler Volkshauses trat
während der beiden Osterfesttage der 20. Parteitag der
belgischen Arbeiterpartei zusammen. Vertreten waren
401 politische und gewerkschaftliche Vereine und Genossen-
schaften durch 561 Delegierte.

In seiner Eröffnungsrede erklärte Anseele unter
stürmischem Beifall, daß auch dann, wenn durch die nächsten
Wahlen die Partei in die Lage versetzt werden sollte, eine
demokratische Regierung zu unterstützen, niemals ein Verstoß
gegen die internationale sozialistische Taktik und ein Erlasten
der proletarischen Begeisterung zu befürchten sein werde.

Von Interesse war eine ausgedehnte Beratung über die
Taktik für die nächsten Wahlen. Durch das eigenartige
Proportionalwahlsystem läuft die Partei Gefahr, trotz ihrer nicht
unerheblichen Stimmenzahl völlig unvertreten zu bleiben,
während den Merkmalen der Sieg leicht in den Schloß fällt.
In diesen Distrikten hat man Kartelle mit den Liberalen ge-
schlossen, um der schwarzen Partei so viel Mandate als mög-
lich abzugeben. Die Delegierten des Vorinages, die zum
linken Flügel der Partei gehören, wollten diese Kartelle
verbieten und dem nächsten Parteitag im April 1906 einen
Beschluss über die einzuhaltende Taktik überlassen wissen,
jedoch wurde ein derartiger Antrag abgelehnt. Dagegen
wurde eine Resolution Vandervelde angenommen, die den
Streikaktionen die Freiheit beläßt, zeitliche Wahlbündnisse

mit Parteien zu schließen, die für das gleiche und allgemeine
Wahlrecht eintreten.

In der Debatte über die Gewerkschaftsorganisation wird
festgestellt, daß von 832 000 Industriearbeitern leider erst
83 000 den Gewerkschaften angehören. Die Agitation für
Beitritt zu den Gewerkschaften soll möglichst energisch betrieben
werden.

Von den Beschlüssen des Parteitags sind noch zu er-
wähnen: Die Wahlkreisvereine haben die Parliaments-
kandidaten durch geheime Wahl aufzustellen. Die Demonstration
für den 1. Mai findet nach wie vor am 1. Mai statt. Die
Mitglieder der Partei sind verpflichtet, auch dem sozial-
demokratischen Konsumverein des Ortes anzugehören.

Amerika.

Die Wahl in St. Louis. Während in Chicago die sozialistische
Stimmenzahl auf die Hälfte des Votums vom letzten November
zurückging, haben sich die sozialistischen Stimmen in St. Louis bei
der kürzlich stattgefundenen Wahl noch vermehrt. Unter 95 763
Stimmen, die auf die verschiedenen Kandidaten für den Bürger-
meisterposten fielen, erhielt der Sozialdemokrat 5305 Stimmen.
Für Debs wurden letzten November in St. Louis 5139 Stimmen
abgegeben. Bei der Stadtwahl 1903 fielen 2458, bei der Stadtwahl
1901 fielen 827 sozialistische Stimmen. Somit ist ein stetiges und
schnelles Wachstum der Partei zu verzeichnen. Außer den
Republikanern und Demokraten hatten die Sozialdemokraten in
St. Louis noch mit der Public Ownership Party (Partei für die
Verstaatlichung öffentlicher Einrichtungen und Betriebe) zu rechnen,
die 3139 Stimmen erhielt, während ihr im Jahre 1901 beinahe das
Zehnfache, 29 566 Stimmen, zufiel. Die kapitalistischen Zeitungen in
St. Louis brachten das sozialistische Votum erst eine Woche nach
der Wahl zur öffentlichen Kenntnis, während alle übrigen Wahl-
resultate, auch die der P. O. P., welche am wenigsten Stimmen
erhielt, sofort verkündet wurden. Die Partei hat in St. Louis zwei
Zeitungen, eine deutsche und eine englische, zur Verfügung, „Arbeiter-
Zeitung“ und „Labor“, beide wöchentlich.

Stadtwahlen in Wisconsin. Im Staate Wisconsin fanden in
verschiedenen kleineren Städten die Wahlen statt, an denen sich
auch die Sozialdemokraten mit einigem Erfolg beteiligten.
So wurde in Manitowoc ein Sozialdemokrat mit über tausend
Stimmen zum Bürgermeister erwählt; ebenso gewann die Partei
zwei Sitze im Stadtrat. In Racine standen 1700 sozialistische
Stimmen 2000 republikanischen und 1200 demokratischen gegenüber.
Die Partei wählte drei Vertreter in den Stadtrat und drei in den
Countytrat. —

Aus der Partei.

Ultramontane Diplomatenkunststücke.

Die „Germania“ scheint in sehr großer Sorge um die
Wirkungen der Vergarbeiterkämpfe auf den Bestand der ultra-
montanen Partei. Mit sachlichen Gründen ist es nicht gut
möglich, gegen unsere Kritik der hinterfälligen Zentrumspolitik
anzukämpfen, deshalb versucht es die „Germania“ wieder mit
einem ihrer beliebten Korruptionsartikel. Sie widmet unserem
Bericht über die Verichterstattung des Liberalen Gemeinde-
Bevollmächtigten Barth in München über die Untersuchung der
Verhältnisse in der dortigen Ortsklasse einen Leitartikel.
Damit glaubt sie die Aufmerksamkeit von den unangenehmen
Vergarbeiterangelegenheiten ablenken zu können. Wir werden
ihr dieses Spiel verderben.

Was die Münchener Ortsklasse betrifft, so kann sich selbst
die „Germania“ dabei beruhigen, daß die Münchener Behörden
gegen die Geschäftsführung dieser Klasse nicht das geringste ein-
zuwenden haben.

Dagegen hätte es die „Germania“ recht nötig, sich mit
den weiten Selbstbekenntnissen des Abgeordneten Fuchs zum
Vergarbeiterschutz zu beschäftigen. Wir haben bis jetzt noch in
keinem Zentrumsblatte einen Protest gegen die Fuchstipereien
des Herrn Fuchs gelesen.

Auch die in unserer gestrigen Nummer mitgeteilten ultra-
montanen Duertreibereien gegen die christlichen Arbeiter-
organisationen verdienen sehr die Aufmerksamkeit der
„Germania“. Fehlt es der „Germania“ da an Mut?

Zwei Schiedsgerichte gleichzeitig hat der Genosse Albert in Breslau
in seiner Angelegenheit beantragt. Er hat, wie wir aus einem H. M.
gezeichneten Artikel der „Märkischen Volksstimme“ (Forst i. L.) erfahren,
beim Parteivorstand ein Schiedsgericht beantragt mit dem Antrage,
den Genossen Vater in Magdeburg wegen ehroser Handlungen aus
der Partei auszuschließen. Zugleich hat er den Vorstand des Vereins
Arbeiterpresse ersucht, die gegen ihn selbst erhobenen Beschuldigungen
zu prüfen. Der Vorstand des Vereins Arbeiterpresse hat nach der
zitierten Quelle die Einsetzung eines Schiedsgerichts beschlossen,
der Parteivorstand aber ein solches abgelehnt. Auf dieser
Voraussetzung polemisiert H. M. gegen das Verfahren des Partei-
vorstandes als statutenwidrig. Wie indessen aus der weiteren
Darstellung des Genossen H. M. selbst hervorgeht, hat der Partei-
vorstand die Veranstaltung des Schiedsgerichts keineswegs unbedingt
abgelehnt sondern, wohl aus der Erwägung heraus, daß unmöglich
zwei Instanzen gleichzeitig in derselben Sache verhandeln können,
den weiteren Fortgang der Sache von dem Ergebnis der Verhand-
lungen des vom Verein Arbeiterpresse einzusetzenden Schiedsgerichts
abhängig gemacht. Es würde zu den sonderbarsten Konsequenzen
führen, wenn die zwei unabhängig von einander verhandelnden
Gerichte zu abweichenden Ergebnissen kämen. Diese Möglichkeit
konnte der Parteivorstand nicht unberücksichtigt lassen.

Davon, daß der Parteivorstand jedem Antrage auf Ein-
setzung eines Schiedsgerichtes unverzüglich stattzugeben hat,
wie H. M. behauptet, steht übrigens nichts in unserem Parteistatut.
Albert hat, wie weiter mitgeteilt wird, die Kontrollkommission
gegen den Vorstand angereufen.

Bei der Gelegenheit sei noch eine irrige Meinung des Genossen
H. M. über den Verein Arbeiterpresse richtig gestellt. Er behauptet,
diesem Verein könnten auch Gewerkschaftsbeamte angehören, die
nicht der Partei angehören. Das ist nicht richtig. Dem Verein
Arbeiterpresse können nur Parteigenossen angehören. Der von H. M.
als Beispiel genannte Redakteur des Organs des Buchdruckerverbandes
gehört dem Verein Arbeiterpresse nicht an.

Eine Erinnerungsmedaille an die „erste deutsche Volksversam-
lung“ ist dem Archiv des sozialdemokratischen Vereins in Bremer-
haven überwiesen worden. Die Münze ist in der Größe eines
Zwanzigmarkstückes aus Blei hergestellt. Auf der Vorderseite weist
sie innerhalb eines zweifelligen durch eine Schleife zusammen-
gehaltener Vorbeerkränze folgende Inschrift auf: Erste Deutsche
Volksversammlung Frankfurt a. M. am 18. Mai 1848.
Die Rückseite zeigt in ihrer unteren Hälfte ein Wappenbild mit dem
Doppeladler, welches auf wolgigen oder welligem Hintergrund ruht.
Links vom Wappen erscheinen trophäenartig angeordnet Schild,
Schwert und Fahnen, rechts auf einem Stabstängel mit durch-
gestecktem Weiz in der Mitte ein mit geöffnetem Bistier, dahinter eine
aufgehende Sonne. Aus dem Wappenstiel heraus wächst ein
Eichenbaum, der mit seinem reichbelaubten Astwerk die obere Hälfte
der Rückseite ausfüllt, die von den Worten: Einigkeit! Ordnung!
Freiheit! umrahmt ist.

Für das Arbeiterssekretariat Dresden wird ein erster Sekretär
gesucht. Bewerbungen werden bis zum 10. Mai erbeten. Siehe
auch das Inserat in der heutigen Nummer.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Ein Pugiger Fall.

In dem Fischerdörfchen Sela, auf der Spitze der Pugiger Rehrung
gelegen, hatten Danziger Parteigenossen im Januar d. J. den
Agitationskalender „Westpreussischer Landbote“ verbreitet. Einem der
Genossen begegnete ein Mann und bat dringend um noch einen
Kalender, da er den, den er in seiner Wohnung bekommen, an einen
Freund weitergegeben habe. Der Verbreiter, Genosse Schilke,
sagte dem Manne, er dürfe ihm auf der Straße keinen
Kalender geben. Dennoch drängte der Mann und darauf trat
Schilke mit ihm in ein Haus und gab ihm einen
Kalender. Die Folge war eine Anklage gegen Schilke
und einen zweiten Genossen wegen unberechtigter öffentlicher
Verbreitung von Druckschriften. Der Mann, der den
Genossen Schilke verleitete wollte, auf offener Straße Druckschriften
zu verbreiten, war der staatliche Fischmeister, das ist ein Beamter
mit Polizeikarakter!

Die beiden Genossen wurden vor das Schöffengericht in Pugig
gestellt und dort scheint man den Fall als eine seltene aber umso
willkommener Unterbrechung in der Debe der alltäglichen Jagatellen
angehen zu haben. Er wurde zu einer Staatsaktion erster Klasse.
Die „Königsberger Volkszeitung“ berichtet über die Verhandlung:

Der noch nicht beehrte Gerichtsvorsitzende fragte unsere Ge-
nossen, ob sie sich schuldig erklärten, die Kalender verbreitet zu
haben und ob sie sich bewusst wären, damit eine strafbare Hand-
lung begangen zu haben. Auch wollte er wissen, ob die Ver-
teilung gewerkschaftlich erfolgt sei oder von welchen sonstigen Motiven
sie sich hätten leiten lassen. Ferner fragte er, ob sie Sozialdemo-
kraten seien. Unsere Freunde erklärten, daß sie mit der nicht öffent-
lichen Kalenderverbreitung ein gesetzliches Recht ausgeübt und keine
strafbare Handlung begangen hätten. Die Verbreitung sei nicht ge-
werkschaftlich, sondern ohne Entgelt aus Ueberzeugung im Dienste
der sozialdemokratischen Partei erfolgt, der sie die Ehre hätten, an-
zugehören. Darauf der Pugiger Vorsitzende: „Sie müssen aber
wissen, daß die Verbreitung von Bekanntmachungen, Plakaten und
Schriften auf freier Natur (!) strafbar ist!“ Die Kalender
sehe er als solche an, denn auf der Titelseite heisse „Rein Landrat,
Amtsvorsteher u. c.“ hat das Recht, auch diesen Kalender fortzunehmen.
Dies sei eine Bekanntmachung und bewirke eine Anfechtung
gegen die Obrigkeit!!! Auch im ersten Artikel sei ein Satz
enthalten, der eine Aufforderung in sich birge: „Schließt auch ihr
euch der Millionenpartei an u. c.“ Im zweiten Artikel sei der letzte
Absatz ebenfalls eine Aufforderung, dort sei gesagt: „Schließt euch
dem Bunde an u. c.“ Das Wort „Euch“ besage ja auch, daß der
Kalender öffentlich an alle Personen abgegeben werden sollte. Dabei
seien die Fischerhütten öffentlichen Verkaufsstellen gleich zu achten. (!)
Wenn daher auch die Kalender nur in den Häusern verteilt wurden,
so sei das doch öffentlich und ohne behördliche Genehmigung ge-
schehen. Dabei sei es ganz gleichgültig, ob der eine Kalender an
den Fischmeister fortgegeben wurde.

Die dieser Rechtsbelehrung folgende Zeugenvernehmung konnte
die wirklich öffentliche Verteilung der Kalender nicht nachweisen.
Dafür wollte aber der Fischmeister Rud und dessen beide Kinder,
ein Knabe von elf und ein Mädchen von zwölf Jahren, sogar drei
Exemplare auf der Straße erhalten haben. Der Gendarm wußte
aus eigener Kenntnis gar nichts. Er war vom Fischmeister auf die
Verteilung aufmerksam gemacht und ging nach dem — — Gefängnis,
um zu verhüten, daß dort Kalender abgegeben würden!!! Darauf
habe er die Leute, die sich auf der Straße nicht legitimieren wollten,
zum Gemeindevorsteher gebracht.

Nach der nicht zu langen Beratung begründete der Vorsitzende
das Urteil wie folgt: Die beiden Angeklagten haben ehelich ein-
gestanden, die Kalender verbreitet zu haben und zwar in der Absicht,
die sozialdemokratischen Ideen auszubreiten. Hätten sie gesagt, daß
die Verbreitung nicht aus diesem Motive sondern gewerkschaftlich erfolgt
wäre, so wäre die Strafe milder ausgefallen! Die Angeklagten
hätten verflucht, Anzweiflung zu stiften! Sie seien in das stille,
friedliche Fischerdörfchen Sela, dessen Einwohner, wenn auch armlich,
so doch zufrieden leben, gekommen, um Unfrieden zu stiften!
Das müsse bestraft werden. „Wir müssen uns dagegen wehren“,
rief der Mann auf dem Richterstuhle mit Betonung aus.
„Uns steht nur dieses Mittel zur Verfügung, um die Sozialdemokratie
in ihre Schranken zu weisen. Das Gericht habe von einer Geld-
strafe Abstand genommen, weil die Angeklagten mittellos sind und
angenommen werden müsse, daß die Strafe von der Partei bezahlt
würde. Daher im Namen des Königs und auch von Rechts wegen:
vier Wochen Haft für jeden Angeklagten.“

Das Landgericht Danzig wird wohl nicht umhin können, eine
gute Portion Wasser in den allzu stark brausenden Wein der Pugiger
Staatsretterei zu gießen. Den Danziger Parteigenossen aber möchten
wir empfehlen, den Fall in dem nächsten Jahrgange des „Landboten“
gebührend zu würdigen, wobei vielleicht die tragische Seite der Sache
hinter der — anderen etwas zurücktreten könnte.

Aus Industrie und Handel.

Neue 3 1/2 prozentige Reichsanleihe. Am gestrigen Tage fand die
erste Einzahlung auf die den Zeichnern zugeteilten Reichsanleihe-
Beträge statt. Vorgeschrieben war für die Beträge bis zu 5000 M.
Vollzahlung, für die größeren Beträge Einzahlungen in der Höhe
von 40 Proz., doch ist auch für diese sofortige Vollzahlung gestattet.
Von dieser Erlaubnis ist reichlich Gebrauch gemacht worden. Es
sollen über 70 Proz. der Beträge voll eingezahlt worden sein.

Eine internationale wirtschaftliche Konferenz zur Beratung ge-
meinsamer Interessen am Warenaustausch der verschiedenen Länder
und zur Beseitigung von Hemmnissen des internationalen Verkehrs
findet am 18. und 19. Mai in Berlin im preussischen Abgeordnet-
haus statt. Die Veranstaltung geht aus vom Handelsvertragsverein.
Es beteiligen sich hervorragende Körperschaften aus Österreich,
Frankreich, England, Dänemark, Schweden, Rußland, der Amerikan-
ischen Union. Die Tagesordnung der Beratungen umfasst:
1. Besteuerung von Geschäftsfreisenden, Agenten und Kommissionären,
Zollbehandlung von Retourwaren, Warenproben, Reklamendruckachen,
Emballagen. Referat: Verband reisender Kaufleute Deutsch-
lands, Ungarischer Kaufmännischer Landesverband. 2. Rechts-
verfolgung bei Prozessen zwischen Firmen verschiedener Nationalität.
Referat: Deutsche Handelskammer zu Brüssel, Ungarischer kauf-
männischer Landesverband. 3. Vereinheitlichung der Außenhandels-
Statistik zur Erhöhung internationaler Vergleichbarkeit. Referat:
Niederösterreichischer Gewerbeverein. 4. Beziehungen zwischen Fracht-
tarif-Politik und Zollpolitik. 5. Begründung einer periodischen
internationalen Konferenz (Kongress) zur Beratung von Angelegen-
heiten des internationalen Geschäftsverkehrs. Referat: Deutscher
Handelsvertragsverein.

Rußlands Geldverlegenheit. Trotz alles Renommierens mit den
reichen Mitteln der Staatskasse, sieht das russische Finanzministerium
sich, da die französische Bankfinanz sich noch immer nicht zur
Emission der geplanten 800 Millionen Franz-Anleihe verstehen will,
zu einem neuen Pump bei Mendelssohn u. Co. gezwungen. Wie
dem „Börsen-Courier“ aus Petersburg berichtet wird, ist anlässlich
des kürzlichen Petersburger Aufenthalts eines der Inhaber des
hiesigen Bankhauses Mendelssohn u. Co. eine Finanztransaktion mit
der russischen Regierung vereinbart worden, welche die Bereitstellung
von Mitteln bis zum Monat Februar n. J. betrifft. Wie man uns
schreibt, handelt es sich dabei um einen Zinsfuß von 5 Proz. Der
Zweck der Transaktion ist die weitere Verstärkung der ausländischen
Guthaben der russischen Regierung.

Der amerikanische Stahltrust hat vorgestern seinen Ausweis für
das erste Quartal des laufenden Jahres veröffentlicht, der deutlich
die auf den amerikanischen Eisenmarkt eingetretene Besserung der
Absatzverhältnisse erkennen läßt. Der Nettogewinn für das Viertel-

Jahr Januar bis März beträgt 23,03 Millionen Dollar, während er sich für den gleichen Zeitraum des vorigen Jahres nur auf 13,21 Millionen Dollar stellte und selbst im vierten Quartal nur die Summe von 21,46 Millionen Dollar erreichte. Im Jahre 1903 betrug allerdings der Rettogewinn 23,07 Millionen Dollar.

Landesversammlung der Sächsischen Sozialdemokratie.

Zu dem Bericht des Zentralkomitees ist noch nachzutragen, daß Endermann der hervorragend tätig gewesenem verstorbenen Genossen und Genossinnen gedachte und dann zu den Vorgängen in Rußland ausführte: Gleichzeitig unsern Blick nach dem fernem Osten, in das Reich des schimmigen Despotismus und der brutalsten Reaktion richtend, ehren wir das Andenken der gemordeten russischen Freiheitskämpfer, jener zahlreichen Opfer, die bestrebt waren, die schlimmste Autokratie durch die soziale Demokratie zu ersetzen.

Im Verlaufe der Debatte über den Bericht des Agitationskomitees und die gestellten Anträge wandten sich die Genossen Geher und Pannluch gegen den Antrag Seger, der die Vertretung der Reichstagsfraktion auf dem Parteitag prozentual beschränkt wissen wollte. Dieser Antrag sowie der Antrag auf Ausbeziehung des 10. Wahlkreises aus dem Chemnitzer Agitationsbezirk und der Antrag auf Schaffung einer besonderen Organisation für die sozialistische Gemeinde vertreten, wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

Dann referierte Genosse Goldstein-Jwidau über die Gemeindefeuerreform. Redner gab einen geschichtlichen Rückblick über die Finanzwirtschaft in Sachsen und wies nach, wie in den letzten Finanzjahren durch tolle Finanzwirtschaft die Misere heraufbeschworen worden sei, und wie man in Sachsen seit Mitte der 90er Jahre fortgesetzt mit Defizit zu kämpfen habe. Die Regierung möchte gerne die direkten Steuern für den Staat reformieren und den Gemeinden nur die indirekten Steuern: Verzehrsteuer, Gewerbe-, Wertzuwachs-, Bier-, Hund-, Vermögenssteuer usw. lassen, diese Reform aber nur auf die politischen Gemeinden übertragen. Dadurch kennzeichnete sich diese Reform als eine reaktionäre Maßnahme unter Schonung der Agrarier. Zu diesen Fragen habe der sächsische Gemeindegewerkschaftstag Stellung genommen, aber es sei nur eine Komodie mit vertauschten Rollen gewesen, denn der Landtag habe bereits die Reform in dieser Form abgelehnt. Man müsse indes auf der Hut sein und die Frage bei der Landtagswahl aufrollen. Die Sozialdemokratie habe in ihrem Gemeindeprogramm für Sachsen zu den Gemeindesteuern selbst Stellung genommen. Sie verwirft die indirekte Besteuerung und hält die Wertzuwachs-, Grund- und Besitztumssteuer für gangbare Steuersysteme.

Nach dem Referat wurden die Verhandlungen des ersten Tages abgebrochen.

Leipzig, 28. April.
Am zweiten Verhandlungstage referierte Geher über: „Die Landtagswahlen“. Er führte aus, daß die Landtagswahlen, die im Herbst bevorstehen, und die abweichende Meinung einzelner Genossen nötige, sich eingehender mit der Frage zu beschäftigen. Nach den Reichstagswahlen zwang der Sieg der Sozialdemokratie in Sachsen die Regierung, eine Aenderung des Dreiklassen-Wahlrechts anzugehen. Die Konserverativen verschleppten im Einverständnis mit der Regierung die Wahlrechtsreform, und auch die Nationalliberalen stimmten einer eventuellen Reform nur unter der Voraussetzung der Einführung des Pluralwahlrechts zu. Inzwischen hat die Regierung ihre Aneignung gegen eine Wahlreform zum Ausdruck gebracht, weil auch das Pluralwahlrecht nicht verhindern, der Sozialdemokratie einen größeren Einfluß zu sichern. Die Regierung ist Gegnerin einer Wahlreform, weil ihre Existenz auf dem Dreiklassen-Wahlrecht beruht. Die bürgerlichen Parteien wollen keine Wahlreform, weil sie der Sozialdemokratie keinen Einfluß geben wollen. Eine Aenderung des Wahlrechts würde nur erfolgen, wenn das reaktionäre Ministerium besichtigt wird.

Die Jungliberalen können nicht energisch eine Aenderung des Wahlrechts verlangen, weil sie dann die Nationalliberalen als Verdränger des Wahlrechts anfragen müßten, sich dadurch aber selbst unmöglich machen. Auch die freisinnige Partei trete nur für Wiederherstellung des alten Zensuswahlrechts ein. Von den Parteien sei also eine Aenderung nicht zu erwarten, die Sozialdemokratie sei also auf sich selbst angewiesen.

Man habe gegen die Beteiligung eingewendet, daß wir keine Erfolge erzielen hätten, die Wahlbeteiligung treiben wir nicht des Erfolges wegen, sondern der Agitation wegen. Man wolle durch Protestversammlungen gegen das Dreiklassen-Wahlrecht protestieren, allein der Protest reize nicht dauernd das Volk mit und gebe den bürgerlichen Parteien nur Gelegenheit, sich der dritten Wählerklasse anzunehmen. Auch durch einen Massenstreik lasse sich nicht eine Aenderung des Wahlrechts erzielen, denn ein solcher Streik könne nicht vorbereitet werden, sondern müsse spontan entstehen, und dies könne nur geschehen, wenn das Volk durch Maßnahmen der Gegner aufgepeitscht würde. Es bleibe nur die Wahlbeteiligung übrig, gemäß dem Rainzer Parteitag-Beschluß. Erwägen könnten die entscheidenden Partei-Instanzen, ob hier oder da die freisinnigen Kandidaten zu unterstützen seien, wenn die freisinnigen Kandidaten sich für die Einführung des allgemeinen Wahlrechts verpflichten und sie die zweite Wählerklasse errungen haben. Ein Verhalten, wie wir es bei der Reichstagswahl übten.

Redner brachte folgende Resolution ein:
„Die Landesversammlung beschließt: Die Sozialdemokratie Sachsens beteiligt sich gemäß dem Beschlusse des Parteitages der deutschen Sozialdemokratie zu Rainz im Jahre 1900 trotz des Dreiklassen-Wahlrechts an den sächsischen Landtagswahlen.“

In Anbetracht der Tatsache, daß die sächsische Regierung in ihrer Denkschrift zu einer Wahlreform im Jahre 1903 die Entrechtung der dritten Wählerklasse durch das Dreiklassen-Wahlrecht zugestanden hätte, inzwischen jedoch in der Landtagsession 1903/04 die Verschleppung der Wahlrechtsreform zuließ und unterstützte, da ferner, aus brutalem Klassenegoismus die bürgerlichen Parteien jede Wahlrechtsreform zur Schaffung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts hintertrieben, da endlich der auf Grund des Dreiklassen-Wahlrechts gewählte Landtag in allen das Land Sachsen betreffenden Angelegenheiten nur die Interessen der bestehenden Minderheit gegen die Interessen der arbeitenden Massen vertritt,

so ist es Aufgabe der sozialdemokratischen Partei Sachsens, durch allgemeine Wahlbeteiligung energisch Protest gegen die andauernde Entrechtung der weitest überwiegenden Mehrheit der Wählerklasse einzulegen und das gesamte werttätige Volk zum Kampfe gegen die reaktionäre Politik der herrschenden Klassen aufzurufen.“

Die ergebnisse Debatte förderte die Meinung von Freund und Feind der Wahlbeteiligung zutage, wurde aber dann durch einen Schlußantrag beendet. Es lagen noch Anträge vor: 1. Von der Beteiligung abzusehen, 2. an den Rainzer Parteitag das Ersuchen zu richten, den Rainzer Beschluß aufzuheben. Dieser letzte Antrag wurde in namentlicher Abstimmung mit 41 gegen 30 Stimmen abgelehnt und sodann die Resolution Geher mit 61 gegen 9 Stimmen angenommen.

Der Parteitag der polnisch-sozialdemokratischen Partei.

(P. P. S.)

tagte an den beiden Osterfeiertagen im Gewerkschaftslokale zu Kattowitz (Oberschl.). Auf der Tagesordnung standen folgende Punkte: 1. Bericht des Parteivorstandes. 2. Die Einigungsverhandlungen zwischen der polnisch-sozialdemokratischen und der deutschen sozialdemokratischen Partei. 3. Organisation und Agitation. 4. Parteipresse. 5. Wahl des Vorstandes, der Kontroll- und Preschkommission.

Zum Parteitag waren 46 Delegierte, aus Berlin, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, der Provinz Posen und aus Oberschlesien er-

schienen. Zum Vorsitzenden des Parteitages wurde Biniszkiewicz, Berlin gewählt.

Nach dem gedruckt vorliegenden Kassenbericht, der sich auf die Zeit vom 1. Januar 1903 bis 31. März 1905 erstreckt, hatten Verlag und Druckerei der „Gazeta Robotnicza“ eine Einnahme von 22 533,90 M., für die Verarbeiteten gingen ein 1082,21 M., verschiedene Einnahmen waren 2249,06 M., was zusammen mit am Schlusse des Jahres vorhandenem Kassenbestand von 59,80 M. eine Gesamteinnahme von 25 874,77 M. ergibt. Die Ausgaben des Verlags und der Druckerei der „Gazeta Robotnicza“ betragen in der gleichen Zeit 22 975,07 M., für die Unterführung Verarbeiteter 1984,66 M., an Verschiedenem 640,19 M., was eine Gesamtausgabe von 25 600,52 M. ausmacht, so daß ein Kassenbestand von 274,25 Mark verbleibt.

Der von Biniszkiewicz erstattete Bericht des Vorstandes verurteilte nur eine kurze Debatte, in der unter anderem von einem Redner die rühmliche Unterstützung des Radikalpolen Storkanin in der Reichstagswahl getadelt wurde. Von anderer Seite wurde dieser Einwurf unter Hinweis auf die eigenartigen Verhältnisse Oberschlesiens zurückgewiesen.

Zu einer langen lebhaften Verhandlung, die sich bis in die Nachmittagsitzung des zweiten Tages erstreckte, führte der zweite Punkt der Tagesordnung, die Einigungsfrage mit der sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Das Vorgehen des bisherigen Vorstandes, der mit dem deutschen Parteivorstand eine Vereinbarung über die Einigung getroffen hatte, ohne die übrigen Parteifunktionäre davon vorher in Kenntnis zu setzen, wurde von verschiedenen Rednern scharf getadelt, von anderen verteidigt. Ebenso fand das Vorgehen der Preschkommission und der Redaktion der „Gazeta Robotnicza“, welche den Abschluß der Einigungsvereinbarungen zu verhindern suchten, sowohl Zustimmung wie Widerspruch in der Debatte. Auch über die Art und Weise der Einigung wurden sehr verschiedene Meinungen geltend gemacht, während die Mehrheit der Redner die Notwendigkeit völliger Selbstständigkeit der Partei in allen die polnische Arbeiterbevölkerung betreffenden Angelegenheiten forderte, waren andere Redner der Meinung, daß die vom bisherigen Vorstande getroffenen Vereinbarungen — die mit unwesentlichen Änderungen dem schon früher zwischen beiden Organisationen vereinbarten Einigungsprotokoll gleich waren — durchaus annehmbar seien. Schließlich einigte man sich mit allen gegen eine Stimme auf die Annahme folgenden Einigungsvorschlages:

„Die polnische sozialdemokratische Partei in Deutschland bildet eine selbstständige Organisation der polnischen Sozialdemokraten im Deutschen Reich, deren Aufgabe darin besteht, die Agitation und Organisation unter der polnischen Bevölkerung zu betreiben.“

Die polnische Organisation ist ein Bestandteil der sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Die polnische Organisation erkennt ausdrücklich das Programm der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, einschließlich dessen Parteitag als oberste Parteinstanz in allen gemeinsamen politischen Angelegenheiten an, wogegen in den Angelegenheiten, welche ausschließlich die polnische Arbeiterbevölkerung betreffen, der Parteitag der P. P. S. die höchste Instanz bildet.

Die Delegierten zum Parteitag der sozialdemokratischen Partei Deutschlands erfolgt nach den Vorschriften des Organisationsstatuts der Gesamtpartei. Insofern in einem Wahlkreise polnische Parteioorganisationen bestehen, haben diese das Recht, mindestens einen Delegierten zum Gesamtparteitag zu entsenden. Die Sektionsbildung innerhalb der einzelnen Parteiorde ist zulässig.

Die in polnischer Sprache erscheinenden Blätter unterstehen der Kontrolle des Vorstandes und des Parteitages der polnischen sozialistischen Partei. Das dem Parteivorstande der sozialdemokratischen Partei Deutschlands zustehende Recht der Kontrolle über die prinzipielle Haltung der Parteipresse — § 15 des Organisationsstatuts — bleibt durch vorstehende Bestimmung unberührt. Die in Kattowitz erscheinende „Gazeta Robotnicza“ ist offizielles Organ für alle im Deutschen Reich wohnenden polnischen Genossen. Zur ständigen Kontrolle sowohl der Redaktion wie der Geschäftsführung wird eine Preschkommission eingesetzt. Ein Mitglied der Preschkommission wird vom deutschen Parteivorstand ernannt.

Die Aufstellung der Reichstagskandidaten wird auf einer Konferenz des Wahlkreises vollzogen, die von den organisierten Genossen des Wahlkreises oder deren Delegierten gebildet wird. In vorwiegend polnischen Wahlkreisen müssen die Kandidaten beide Sprachen beherrschen. Verständigen sich die Genossen eines Wahlkreises nicht über die Kandidatur, so haben der Vorstand der polnischen Organisation und der Vorstand der Gesamtpartei eine Verständigung herbeizuführen.“

Zu diesem Punkt wurde weiter folgende Resolution beschlossene:
„Unter Berücksichtigung der Resolution des Internationalen Kongresses in Amsterdam und des Wunsches der gesamten polnisch-sozialdemokratischen Partei, unsere Organisations- und Agitationsarbeit möge die allergrößten Vorteile für die polnische Arbeiterbevölkerung in Deutschland bringen, spricht der Parteitag die Ueberzeugung aus, daß die polnisch-sozialistische Partei mit der sozialdemokratischen Partei Deutschlands Hand in Hand gehen muß, zum Zwecke der gemeinsamen Unterstützung beider Organisationen, sowohl des polnischen wie des deutschen Proletariats. Der Parteitag erkennt aber kein nationales Privileg an und stützt sich in dieser Beziehung auf die durch die Gesamtheit der internationalen Sozialdemokratie anerkannten Grundätze, indem er für die polnischen Sozialdemokraten daselbst Selbstbestimmungsrecht für ihr Volk fordert, wie es den anderen Völkern zuerkannt wird.“

Zu dem Verhalten des bisherigen Vorstandes und den gegen dasselbe unternommenen Maßnahmen der Redaktion und Preschkommission wurde vom Parteitag mit großer Mehrheit folgender Beschluß gefaßt:

„In Erwägung, daß die guten und anerkanntwertigen Bestrebungen des bisherigen Vorstandes, die Widerständnisse zwischen den polnischen und deutschen Genossen zu beseitigen, in ihrem letzten Stadium in tatsächlicher Beziehung schädlich, in grundsätzlicher Beziehung unzulässig waren und mit dem Organisationsstatut in Widerspruch standen, erkennt der Parteitag alle Vorbeugungsschritte an, welche von der Redaktion der „Gazeta Robotnicza“, der Presh- und Kontrollkommission getan worden sind. Der Parteitag erkennt ferner an, daß diese Mittel außerordentlicher Art waren, daß sie einem Anschlag gegen den Parteivorstand gleichen, zieht aber in Erwägung, daß der Vorstand selbst durch die Vollziehung der Unterschrift unter dem Einigungsprotokoll die ganze Organisation mit einem Federstrich aufhob, ohne einen Vertrauensmann oder die Genossen, welche Parteiamter bekleideten, zu fragen und dadurch die Grenzen der ihm zustehenden Befugnisse überschritten hat. Der Parteitag zieht weiter in Erwägung, daß der Vorstand diese Schritte kurz vor dem schon einberufenen Parteitag getan hat, der als höchste Parteinstanz das ausschließliche Recht hat, in einer so wichtigen Frage die Entscheidung zu fällen. Angesichts also dieser durch das Organisationsstatut nicht vorgesehenen Handlung des Vorstandes kann man nicht verlangen, daß die Vorbeugungsschritte legal und organisationsmäßig normiert sein sollten. Aus vorstehenden Gründen erkennt der Parteitag alle Schritte zur Sistierung der Aktion des Vorstandes durch Redaktion, Presh- und Kontrollkommission als unter den gegebenen Bedingungen notwendige und konsequente an.“

Zum dritten Punkt: „Organisation und Agitation“ referierten Genosse Morawski und Genossin Dr. Golde. Von den Beschlüssen zu diesem Punkte seien hier folgende erwähnt: Eine von der Referentin vorgeschlagene Resolution empfiehlt den Genossen, überall politische Organisationen zu bilden, nach Möglichkeit auch dort, wo keine Lokale zur Verfügung stehen. Desgleichen wird eine ständige Agitation unter den Proletarierfrauen empfohlen. Grundsätzlich soll nur als Genosse angesehen werden, der regelmäßig Beiträge bezahlt. Auf Antrag Berlin wird beschlossen, regelmäßige Beiträge von mindestens 5 Pf. pro Woche zu erheben. Der Antrag, mindestens ein Drittel der Monatsbeiträge an die Hauptkassen abzuführen, wird

abgelehnt und dafür beschlossen, daß nach Möglichkeit Beiträge an diese Kasse abgeführt werden sollen.

Zum Punkt Presse werden die Anträge auf tägliche wie dreimal wöchentliche Herausgabe der „Gazeta Robotnicza“ abgelehnt, mit der Motivierung, daß die Erfüllung solcher Anregungen wünschenswert und notwendig, der fehlenden Mittel wegen aber nicht auszuführen wäre, weshalb dem Vorstande die Ausführung zu gelegener Zeit anheimgestellt bleiben müsse. Angenommen wurde ein Antrag, der zwecks Gründung einer Genossenschaft die Ausgabe von Anteilsscheinen in Höhe von mindestens 10 M. vorsieht, um auf diese Weise eine Summe von 20 000 M. zu erzielen und damit die tägliche Herausgabe der „Gazeta Robotnicza“ zu ermöglichen. Beschlossen wird ferner die Herausgabe eines Arbeiterkalenders für 1906, ebenso die Herausgabe billiger Agitationsbroschüren als Abdruck von Artikeln aus der „Gazeta Robotnicza“. Auch der Bericht des Vorstandes soll als Proschüre herausgegeben werden. Nach einem weiteren Beschluß haben die Redakteure sich unbedingt den Beschlüssen der Preschkommission zu fügen.

Der Affirmation und unter starkem Beifall wird folgende Sympathie-Erklärung beschlossene:

„Angesichts des immer wachsenden Revolutionssturmes im russischen Reich: übermittelte der achte Parteitag der polnisch-sozialdemokratischen Partei des Deutschen Reiches den kämpfenden Sozialisten aller vom Jazat bedrückten Völker und in erster Linie unseren Brüdern von der polnisch-sozialdemokratischen Partei Rußisch-Polens, welche den Feldenkampf um die Freiheit führen, den Ausdruck gläubiger Bewunderung und Verehrung. Der Parteitag spricht die sichere Ueberzeugung aus, daß der dem gesamten Proletariat verhasste zarische Absolutismus dem Ansturm der Volksrevolution erliegen wird.“

Eine lebhafte Debatte veranlaßt die Frage, ob der Sitz des Parteivorstandes von Berlin nach Kattowitz verlegt werden soll. Schließlich wird mit erheblicher Mehrheit die Verlegung nach Kattowitz beschlossene. In den Parteivorstand werden alsdann gewählt: Adamski, Golde, Sasse, Jzajinski, Morawski. Auch die Preschkommission wird ihren Sitz in Kattowitz haben. In dieselbe werden gewählt die Genossen: Danisch und Trabski und Genossin Droszd. In die Kontrollkommission waren drei Berliner, die Genossen Biniszkiewicz, Biel und Kohniski, drei Oberschlesier: Ludwig-Kattowitz, Sosna-Abnisk und Kunze-Jadrze und als siebenster Ruminski-Polen gewählt.

Soziales.

Gewerbliche Sonntagsarbeit.

Der Inhaber eines Herren-Garderobengeschäfts, der neben dem Handel mit fertiger Herrengarderobe auch sogenannte Maßkonfektion betreibt, Herr Fabisch, hatte Sonntags verlagsmäßig seinen Zuschneider im kaufmännischen Betriebe (Laden) beschäftigt, indem er ihn den Kunden Stoffe vorlegen und maßnehmen ließ. Fabisch hielt das für eine kaufmännische Tätigkeit, zumal sie auch von seinen Handlungsgehilfen geleistet wurde. Er wurde jedoch vom Landgericht Berlin I wegen dieser Beschäftigung des Zuschneiders am Sonntag zu einer Geldstrafe verurteilt, weil er entgegen dem § 105b der Gewerbe-Ordnung einen gewerblichen Arbeiter in einer Werkstatt am Sonntag beschäftigt und zugleich die Bestimmung des § 105b übertreten habe, wonach die den Arbeitern zu gewährenden Ruhe mindestens für jeden Sonn- und Festtag 24 Stunden betragen müsse. — Das Kammergericht verwarf am 20. April die hiergegen vom Angeklagten eingelegte Revision mit folgender Begründung: Da der Betreffende im Geschäft als Zuschneider tätig gewesen und somit gewerblicher Arbeiter gewesen sei, so habe er auf die Sonntagsruhe Anspruch gehabt, ein Anspruch, auf den er auch vertraglich, wie geschehen, nicht verzichtet konnte. Aus demselben Grunde hätte Angeklagter ihn auch mit kaufmännischer Tätigkeit im Laden am Sonntag nicht beschäftigen dürfen. Uebrigens sei das Maßnehmen zum Zwecke der Anfertigung von Herrengarderobe ein Teil des Schneidergewerbes und schon darum am Sonntag nicht statthaft gewesen.

(Wiederholt, da nur in einem Teil der Auflage.)

Zweite Konferenz der Freien Vereinigung der Gewerkschafter Deutschlands.

Die Konferenz wurde am Dienstag, den 25. April, im Verkehrslokal der lokalistischen Gewerkschaften, bei Patt in der Dragonerstraße, abgehalten. Erschienen waren 16 Delegierte aus den Orten Berlin, Bernau, Friedrichshagen, Hamburg, Rixtrin, Magdeburg, Müdersdorf und Wernigerode. Außerdem nahmen als Gäste an den Verhandlungen teil: Gehl als Vertreter der Schriftleitung von der Geschäftsleitung der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften, Reyle als Vertreter der lokalistischen Maurer und Fischer in Vertretung der lokalistischen Zimmerer.

Kieleser-Berlin eröffnete die Konferenz und begründete die Delegierten. Hierauf erläuterte Baum-Berlin den gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht. Demnach gehörten der Freien Vereinigung der Bauarbeiter bis zum 1. Februar d. J. in den oben genannten Orten insgesamt 1849 Mitglieder an, und zwar stehen verzeichnet: Berlin mit 600, Hamburg mit 400, Magdeburg mit 85, Friedrichshagen mit 62, Wernigerode mit 35, Bernau mit 30, Rixtrin mit 25 und Müdersdorf mit 22 Mitgliedern. Wie die Delegierten in ihren Einzelberichten hervorhoben, soll sich die Mitgliederzahl während der letzten beiden Monate besonders in Berlin und Hamburg noch um einige Hundert vermehrt haben. Die Weitragsleistung der Mitglieder in den einzelnen Ortsvereinen schwankt zwischen 15 Pf. (Rixtrin) und 50 Pf. (Berlin) pro Woche. In den gesamten Ortsvereinen war am 1. Februar ein Kassenbestand von 6029 M. vorhanden. Für die in loser Zentralisation zusammenhängenden Ortsvereine erzielte die gemeinsame Geschäftsleitung zu Berlin eine Einnahme von 2869,31 M., der eine Ausgabe von 1805,24 M. gegenübersteht; mithin verbleibt ein Bestand von 1064,07 M. An Streiks resp. Sperrten waren die Mitglieder von Berlin, Wernau, Friedrichshagen, Hamburg und Wernigerode beteiligt. Ueber „Agitation und Organisation“ referierte Lütz-Hamburg. Redner betonte die Schwierigkeit der Agitation, die besonders daraus resultiere, daß die Lokalisten mehr an den Idealismus der Masse appellieren, während die Zentralisten in ihrer Agitation mehr die materielle Seite hervorheben und dadurch größeren Erfolg bei den Massen erzielen. Um der Geschäftsleitung aber die Möglichkeit zu einer intensiveren Agitation wie bisher zu geben, empfahl er, jeden Ortsverein zu verpflichten, für jedes Mitglied pro Quartal 10 Pf. an die Geschäftsleitung der Zentralisation abzuführen. Demgemäß wurde auch beschlossen. Angenommen wurde außerdem ein Antrag des Magdeburger Delegierten, wonach der Geschäftsleiter halbjährlich einen Bericht von den Ortsvereinen einzufordern hat über die Mitgliederbewegung und das jeweilige Verhalten der Zentralisten gegen die Lokalisten, auf Grund dessen dann ein Flugblatt unter den Bauarbeitern der verschiedenen Orte zu verbreiten ist. — Die Taktik bei Streiks und Sperrten besprach Sack-Berlin. Er erklärte sich gleich anderen Rednern prinzipiell gegen Tarifverträge, weil sie eine einschneidende Wirkung hätten. Bei Streiks und Sperrten könne nicht schadlosmäßig verfahren, sondern es müsse von Fall zu Fall gepörrt und entschieden werden. Wie der Abschluß eines fünfjährigen Tarifvertrages in Magdeburg beweise, mache sich bei der Leitung des Zentralverbandes eine zunehmende Angst vor Streiks bemerkbar. — Sasse-Berlin sprach sodann über die Presse. Mit der Redaktionsführung der „Einigkeit“, dem auch für die Bauarbeiter obligatorisch eingeführten Organ der lokalistischen Gewerkschaften, erklärte er sich in jeder Hinsicht einverstanden. Dagegen kritisierte er den „Vorwärts“, der seiner Auffassung nach den Verhandlern viel mehr entgegenkommen beweise wie den Lokalisten, wenn der „Vorwärts“ auch nicht so einseitig sei wie das „Hamburger Echo“, das den Lokalisten seine Spalten einfach verschleie. Gerade das Verhalten des „Hamburger Echo“ habe am meisten dazu bei-

getragen, daß die Hamburger Bauarbeiter lokalistischer Richtung sich jetzt wieder der Freien Vereinigung angeschlossen hätten. — Beschlossen wurde sodann, eine bessere Regelung der Beitragsleistung in den einzelnen Orten herbeizuführen. Zu diesem Zweck erhielt das Regulativ eine Ergänzung, laut deren die festen Beiträge in ihrem Gesamtbetrage jährlich mindestens einen halben Wochenlohn erreichen müssen. Als halber Wochenlohn gilt die Hälfte des Lohnes, der im Sommer bei voller Wochenarbeit verdient wird. Ferner wurde beschloffen, die Kosten des Streiks durch ein Umlageverfahren entsprechend der Zahl und dem Verdienst der Mitglieder in den Ortsvereinen aufzubringen, damit jeder Ort seiner Solidaritätspflicht besser genüge wie bisher. — Zum Schluss entspann sich eine lebhafte Debatte über die Raiffeiter. Sämtliche Teilnehmer an der Konferenz waren sich einig in ihrem absprechenden Urteil über die Haltung des diesjährigen Verbandstags der Zentralorganisation zur Raiffeiter, in der sie eine Verwässerung der Forderungen erblickten. Alle Delegierten sprachen sich für die strikte Arbeiterruhe am 1. Mai aus und stellten sich vollständig auf den Boden der auf dem letzten Kongress der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften gefassten Resolution. Als Geschäftsleiter wurde alsdann Baum-Berlin für die Dauer der nächsten zwei Jahre einstimmig gewählt. Damit war die Tagesordnung der Konferenz erledigt.

Verein der Zigarrensortierer Deutschlands.

Aus den Verhandlungen der Generalversammlung in Leipzig ist noch nachzutragen, daß v. Elm sich entschieden gegen die im geistigen Bericht erwähnten Sonderwünsche der Hamburger Organisation aussprach. Die Berechnungen der Hamburger, wonach die im Statutenentwurf vorgesehenen Beiträge zu hoch sind, bezeichnete der Redner als falsch; durch statistische Erhebungen sei festgestellt, daß gerade die höheren Beitragsklassen mit Unterbilanz arbeiten. Schöne als Redner der Hamburger Organisation mißt nicht dieser, sondern dem Hauptvorstand die Schuld an den vorliegenden Streitigkeiten bei. Hamburg beanspruche keine Vorrechte, sondern wolle nur den anderen Jahrestellen gleichgestellt sein. Bei der Statutenberatung wurde dem § 2 der Satz hinzugefügt, daß der Verband den Mitgliedern in Fällen, wo § 153 der Gewerbeordnung in Betracht kommt, Rechtsschutz gewährt. Abgelehnt wurde ein Antrag, der einen Abzug aus dem § 9 des Statuts beseitigt haben will, wonach derjenige ausgeschlossen werden kann, der den Verein zu Zwecken einer religiösen oder politischen Partei mißbrauchen will oder in Versammlungen und Sitzungen für solche Zwecke Propaganda macht. Das Unterstützungswesen wurde derart geregelt, daß männliche Mitglieder sich bis zu 15 Mark wöchentlich gegen Arbeitslosigkeit versichern können; um Frauen den Eintritt in die Organisation zu erleichtern, wurden Klassen mit niedrigeren Unterstützungs- und Beitragsätzen geschaffen.

Der dänische Gewerkschaftskongress.

Am Gründonnerstag und Karfreitag fand zu Kopenhagen im Ballsaal am Engshavevej die Generalversammlung des Verbandes der dänischen Gewerkschaften statt. Es waren 47 Fachverbände mit im ganzen 964 Abteilungen und 14 direkt angeschlossene Fachvereine vertreten, die insgesamt 66 980 Mitglieder zählten. Delegierte waren 800 anwesend. Der Bericht über die seit der vorigen Generalversammlung verfloffenen zwei Jahre lag gedruckt vor. Der Vorsitzende des Gewerkschaftsverbandes, Kollektivmann Martin Olsen gab dazu mündlich einige Erläuterungen und Ergänzungen. An Lohnbewegungen waren im Jahre 1903 36 Organisationen mit 19 429 Mitgliedern beteiligt, an Arbeitseinstellungen jedoch nur 1215 von ihnen. Für 14 566 Mitglieder wurden Vorteile erzielt. Die Ausgaben für die Streiks beliefen sich auf 75 212 Kr. Zur Unterstützung von Streiks im Auslande wurden in demselben Jahre 60 952 Kr. ausgegeben. In 3 Jahren 1904 waren 42 Organisationen mit 13 683 Mitgliedern an Lohnbewegungen beteiligt. Die Zahl der Streikenden belief sich auf 1520, die der Ausgesperrten auf 715. Für 9088 Mitglieder wurden Vorteile erzielt, und zwar mit einem Kostenaufwande von 197 647 Kr. Für Streiks im Auslande wurden im Jahre 1904 nur 5839 Kr. ausgegeben. Unter den Arbeitgebern waren die Eisenindustriellen die am meisten kampfslustigen. Außerdem hatten die Tischler, die Maschinenfräher, Buchbinder, Maler und die Buchdrucker Lohnkämpfe durchzumachen. Durch Mißsprache mit der Reederei-Vereinigung wurde der Versuch gemacht, die Dampfschiffbesitzer zu reorganisieren, jedoch ohne den gewünschten Erfolg. Die Reederei, die bekanntlich den Seeleuten vor zwei Jahren das Koalitionsrecht geraubt haben, erklärten, daß sie jetzt mit den Verhältnissen an Bord sehr zufrieden seien. Da die Heizer und Seeleute anderer Meinung sind, wird selbstverständlich auch der Gewerkschaftsverband seine Bemühungen für sie fortsetzen. — Die Arbeitslosenunterstützung hat in den einzelnen Gewerkschaften sehr große Kosten verursacht. Im Jahre 1904 bezahlten für diesen Zweck die Schmieide durchschnittlich 17,92 Kr. pro Mitglied, die Typographen 20,66 Kr., die Glasbläser 22,95 Kr. und die Bautischler sogar 35,29 Kr. Im ganzen wurden im Jahre 1904, soweit dem Gewerkschaftsverband Berichte zugehingen, 411 962 Kr. für Arbeitslosenunterstützung ausgegeben. — Der Geschäftsbericht sowie die beiden Jahresabrechnungen wurden nach kurzer Diskussion einstimmig gutgeheißen.

Die Generalversammlung befahte sich dann zunächst mit einigen inneren Angelegenheiten der Organisation. Unter anderem wurde dem geschäftsführenden Ausschuss der Auftrag erteilt, zu erwägen, wie die noch nicht angeschlossenen Gewerkschaften der Zentrale zugeführt werden können. Hierauf wurde über eine vom Vorsitzenden vorgeschlagene Resolution zur Verkürzung der Arbeitszeit diskutiert. Die Resolution wurde schließlich einstimmig angenommen. Sie beginnt mit einem Hinweis darauf, daß die Verkürzung der jetzt durchschnittlich 10stündigen Arbeitszeit eines der besten Mittel ist, die Arbeiterklasse geistig und sozial zu heben, und daß die Forderung aus diesem Grunde, sowie deswegen notwendig und berechtigt ist, weil die Arbeit im allgemeinen infolge der Entwidlung der Maschinenteknik einseitiger wird, auf den Geist weniger anregend und mehr ermüdend wirkt, außerdem aber auch in den Großstädten der Weg zur Arbeitsstätte immer mehr Zeit erfordert. Die Forderung der Arbeitszeiteinschränkung durch die Gesetzgebung sollen die Gewerkschaften ihrerseits unterstützen. Wird in einem Gewerbe von den Arbeitern eine Arbeitszeitverkürzung verlangt, so soll diese Forderung in der Regel allein und nicht in Verbindung mit Lohnforderungen gestellt werden. Vor allem sollten für die Verkürzung der Arbeitszeit diejenigen Gewerbe in Betracht kommen, die am meisten gesundheitsschädlich sind und wo die Arbeitseinstellung am weitesten vorgeschritten ist. Ueber die Gesundheitsgefährden und die Stärke der Arbeitseinstellung in den verschiedenen Gewerben soll, wenn nötig, mit wissenschaftlichem Beistand, eine Untersuchung veranstaltet werden. Der geschäftsführende Ausschuss wird aufgefordert, durch die internationale gewerkschaftliche Zentrale genaue Angaben über die Arbeitszeit in den verschiedenen Ländern herbeizuführen.

Der nächste Punkt der Tagesordnung war die Frage der Arbeitslosigkeit. Hierzu wurde, ebenfalls einstimmig, eine Resolution angenommen, in der zunächst erklärt wird, daß und warum die Gesellschaft die Pflicht hat, Veranstaltungen zu treffen, um die Arbeiter vor unverschuldetem durch Arbeitslosigkeit hervorgerufenem Not zu schützen; daß das, was das Gesetz vom 29. März 1904 bietet, wonach den Kommunen das Recht zusteht, ein Drittel von für Arbeitslosenunterstützung aufgewandten Mitteln von der Staatskasse erzielt zu erhalten, durchaus unzureichend ist, und daß schließlich auch die Unterstützung, die die Gewerkschaften ihren Arbeitslosen gewähren, sowohl was die Höhe als auch was die Dauer anbelangt, nicht ausreichend sein kann. Hieran anschließend befaßt die Resolution:

„Die Generalversammlung fordert deshalb die gesetzgebende Körperschaft auf, sobald wie möglich ein Gesetz anzunehmen, durch das von der Staatskasse eine hinreichende Summe den Arbeiter-

organisationen zur Verfügung gestellt wird, die Unterstützungskassen für ihre arbeitslosen Mitglieder errichtet haben oder später errichten. In Uebereinstimmung mit dem, was für andere Gesellschaftsklassen, die Staatszuschuß in ihrer Tätigkeit erhalten, geschieht, soll ein Zuschuß zu den Unterstützungskassen für Arbeitslose an die eigenen Organisationen der Arbeiter ausbezahlt und von diesen selbst verwaltet werden, da sie mit den gründlichen Kenntnissen, die in jeder Organisation von dem betreffenden Gewerbe und dessen Arbeitsverhältnissen vorhanden sind, besser als andere imstande sein werden, für eine ihrem Zweck entsprechende Anwendung der Mittel zu sorgen. Die Generalversammlung schließt sich sowohl in diesem Punkte als auch in den übrigen Punkten, die die Grundlage des von den Sozialdemokraten im Follethung wiederholt eingebrachten Gesetzesentwurfs bilden, diesem Entwurf an und spricht den Wunsch aus, daß er baldigst durchgeführt werde. Die Arbeiter sollen sich nicht damit zufrieden geben, daß die vom Follethung eingelegte Versicherungscommission die Frage in Behandlung genommen hat. Nach der Meinung der Generalversammlung hat diese Behandlung der Frage schon viel zu lange gedauert, weshalb wir die gesetzgebende Körperschaft auffordern, nicht das Gutachten der Kommission abzuwarten, sondern so bald wie möglich den erwähnten Gesetzesentwurf zu fördern. Die Generalversammlung fordert die Arbeiter auf, als Staatsbürger bei Wahlen zu beiden Häusern des Reichstages oder wo sie sonst Gelegenheit dazu haben, ihren Einfluß zur Förderung dieser wichtigen Arbeiterfrage geltend zu machen.“

Diese Resolution soll dem Reichstag und der Regierung überzandt werden. Nachdem auch dies einstimmig beschlossen war, erfolgten die Wahlen des Vorstandes und Ausschusses. Der bisherige Vorsitzende Martin Olsen wurde per Akklamation wiedergewählt. Als Sekretär wurde A. F. Madsen, als Hauptkassierer K. Swendsen gewählt. In den geschäftsführenden Ausschuss wurden gewählt: K. Gran, S. Rasmussen, Langsø, K. Paulsen, P. Krug, J. V. Olsen, Andrea Nielsen, Ferdinand Möller und Svendsen.

Gewerkschaftliches.

Unternehmerterrorismus.

Ein drastisches Schlaglicht auf die Praktiken der Unternehmer, mißliebige Arbeiter brotlos zu machen, wirft folgender Vorfall: Der Ziegeleibesther V. war bei dem Ziegeleibesther Profs zu Lehnin in Arbeit getreten und hatte ihm auf dessen Anfrage auch gesagt, daß er auch den Sommer über bei ihm zu bleiben gedente, wenn er sich nicht etwa anderweitig im Lohn verbessern könne. Nun wurde dem Arbeiter aber eine bessere Entlohnung bei dem Ziegeleibesther Schulze, ebenfalls zu Lehnin, geboten. V. nahm daher seine Entlassung, die ihm in voriger Woche auch ordnungsmäßig bescheinigt wurde. Gleich darauf richtete der erste Arbeitgeber an den zweiten folgendes Schreiben:

„Streicher V. (Schwiegerjohn von . . .) ist heute abgegangen; hat sich schon im Winter verpflichtet, bei mir zu streichen. Darf nicht angenommen werden.“

Zunächst wurde der Arbeiter denn auch wieder entlassen. Nach dem Schriftstück zu urteilen, scheint unter den Ziegeleibesthern eine Abmachung zu bestehen, Arbeiter, die ihre Stellung eher wechseln, als es ihren Arbeitgebern lieb ist, regelrecht auszusperrten. Ein solches Verhalten verstößt offenbar gegen Recht und Gesetz. Die Ziegelei-Arbeiter stehen unter der Gewerbe- und nicht unter der Gefinde-Ordnung, können mithin auch nicht angehalten werden, sich kontraktlich auf längere Zeit an einen Arbeitgeber zu binden. Für den Schaden, der dem Arbeiter durch diese völlig unberechtigte Sperre erwächst, gedenkt dieser mit Hilfe der Organisation den Arbeitgeber zivilrechtlich haftbar zu machen.

Berlin und Umgegend.

Eine Lohnbewegung der Schmieide steht in Berlin bevor. In der Zeit vom 16.—20. April fanden in den verschiedenen Stadtteilen acht öffentliche Versammlungen statt, welche insgesamt von circa 8000 Schmieiden besucht waren. Es referierten Vasner, Haveland, Kaulsch und Stiering. Die Bewegung soll sich vorläufig nur auf Zinnungsbetriebe und Fuhrgeschäfte erstrecken, da dort die Schmieide mit wenigen Ausnahmen unter geradezu jämmerlichen Bedingungen ihr Leben fristen. In allen anderen Werkstätten, Fabriken usw., wo dies auch noch vielfach zutrifft, soll dann im Laufe dieses Sommers Remedur geschaffen werden. Die Referenten betonten, daß es leider eine traurige Tatsache sei, daß seit dem Jahre 1888 für die Angehörigen des Schmieideberufes eine nennenswerte Verbesserung ihrer Lebenslage trotz rapider Steigerung der Lebensmittelpreise sowie der Wohnungsmieten nicht erreicht werden konnte. Seit circa 2 Jahren nun habe die Organisation rapide Fortschritte gemacht, so daß heute nur noch ein kleiner nicht ins Gewicht fallender Bruchteil der Schmieide derselben fernstehe. — An der Hand der zu Anfang dieses Jahres ausgenommenen Statistik wiesen die Referenten nach, daß die bei Kleinmeistern und in Fuhrgeschäften gezahlten Löhne auf 17, ja sogar 15 Kr. pro Woche (außer Kost und Logis) herabsinken. In den Vororten Berlins werden sogar teilweise bei Kost und Logis nur 4 Kr. pro Woche gezahlt bei einer Arbeitszeit von 10 bis 15 Stunden täglich. Die Einführung der neunstündigen Arbeitszeit und Erhöhung des Lohnes sei ein Akt der Notwendigkeit. In einer Mitgliederversammlung sollen die Forderungen aufgestellt, dann eine Versammlung der in genannten Betrieben tätigen Kollegen zur Sanktionierung vorgelegt und, wenn akzeptiert, den Arbeitgebern eingereicht werden. — Die Referenten betonten jedoch schon heute sagen zu können, daß neben dem Reinstundenlohn für die unterste Kategorie (Stadgesellen) ein Minimallohn von 24 Mark pro Woche gefordert werden würde. Die in Fuhrgeschäften tätigen Schmieide haben das Vergnügen, täglich 11 Stunden und Sonntags 3—4 Stunden für geringen Lohn im Dienste der Unternehmer zu fronden. In besonders trauriger Weise treten die Mißstände in den Werkstätten des königl. Hoflieferanten Labbert und des königl. Hofpediteurs Nicolai hervor, wo Überstunden und Sonntagsarbeit zu den Gebräusen des Lebens gehören. Den Unorganisierten wurde der bereits im Jahre 1904 gefasste Beschluß, bei Lohnkämpfen Unorganisierte nicht mehr zu unterstützen, ins Gedächtnis gerufen. Sie werden ersucht, sofort das Versäumte nachzuholen, um der Gefahr zu entgehen, schließlich als Streikbrecher fungieren zu müssen.

Die Referate wurden von den Anwesenden, unter denen ein guter Geist herrschte, mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Es fanden zahlreiche Neuaufnahmen statt.

Deutsches Reich.

Ein wahrer Musterakt ist Herr Franz Wehrens, der zum Jubel des Stöderschen Reichs berufen ist, den Generalsekretärposten im christlichen Bergarbeiterverbande zu übernehmen. Nach vor seiner Uebernahme nach Essen hat Herr Wehrens in Berlin eine Tat vollbracht, die ihn den christlichen Bergarbeitern vielleicht doch als eine Akquisition von zweifelhaften Werte erscheinen lassen dürfte. Die Berliner Gärtnergehilfen stehen seit Anfang Februar in einer Tarifbewegung. Es wurde zwischen den Kommissionen des Allgemeinen deutschen Gärtnervereins und der Handelsgärtnerorganisation ein Tarif ausgearbeitet, der einen Wochenlohn von 18 Mark bestimmte, die Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises im Anschluß an die Facharbeitsnachweise des Zentralvereins für Arbeitsnachweise regelte usw. Der Tarif sollte auf ein Jahr Gültigkeit haben, also bis 1. April 1906; es war eine Abwehr des von dem christlichen Verbands des Wehrens beabsichtigten Tarifs mit 16,20 M. Minimallohn, vereinbart bis zum

1. Juli 1907. Als alles soweit fertig war, erschien Herr Wehrens, stieß seine eigenen Abmachungen mit den Arbeitgebern um, nach welchen der Tarifausfluß aus Verhältnismäßig mit gebundener Liste hervorgehen sollte, und forderte nunmehr paritätische Vertretung der Arbeitnehmer im Tarifausfluß, weil die Christlichen sonst keinen Kandidaten durchbringen würden. Soweit die Vorgeschichte. Am 15. April legten nun die Mitglieder des Allgemeinen deutschen Gärtnervereins die Arbeit in den Geschäften nieder, wo der tarifmäßige Lohn von 18 M. nicht gezahlt wurde. Dies wurde den christlichen Verbänden mitgeteilt, die durch den Arbeitsnachweis eines Gastwirts, den sie nominell bedeten, Streikbrecher zu stellen drohten, und zwar wurde diese Drohung von Wehrens selbst in seinem Blatte ausgesprochen. Die christlichen Herren haben denn auch in der Tat ihren Arbeitsnachweis in Berlin dazu benutzt, um die Streikbrecher zu stellen.

Aber damit nicht genug. Am 18. April hatten die Arbeitgeber-Versammlung, um zu dem Tarif endgültig Stellung zu nehmen. Hier erschien auch Herr Wehrens, der den Herren verständlich machte, daß sie auf keinen Fall den Tarif nur auf ein Jahr abschließen dürften, da sie dann im nächsten Jahre wieder von der sozialdemokratischen Gehilfenschaft „belästigt“ werden könnten. Der Tarif sollte mindestens auf zwei Jahre abgeschlossen werden. Einen Tarif mit 18 M. Minimallohn auf 2 Jahre abgeschlossen, das ist doch in der Tat für Berliner Verhältnisse der schlimmste Verrat, der an der Gehilfenschaft ausgeübt werden kann. Selbstverständlich stimmten die Arbeitgeber dem edlen Menschenfreunde zu. Da aber die Arbeitgeberkommission ihr Wort verspielt hatte, ist die Sache so ohne weiteres noch nicht abgetan.

Herr Wehrens, der neue Generalsekretär des christlichen Bergarbeiterverbandes, hat es also bei den Gärtnern noch in letzter Minute fertig gebracht, eine Streikbrecheragentur zu organisieren, eine Auflockerung der Löhne der Gärtnergehilfen nicht nur in diesem und im nächsten, sondern sogar noch auf ein folgendes Jahr illusorisch zu machen, bezw. hinauszuschieben. Wirklich, zu dieser neuen Kraft kann man den Bergarbeitern gratulieren.

Arbeitswillige.

Eine Anzahl Musterexemplare der dem Staate so nützlichen Elemente, euphemistisch „Arbeitswillige“ genannt, hatte sich am Ostermontag in einer Verleumdung des Kölner Gewerbegerichts versammelt. Sechs Schneider klagten gegen drei Kölner Schneiderfirmen auf 50 M. Kündigungsschadigung. Die Leute stammten aus Böhmen, Mähren, Ungarn und konnten mit Ausnahme von zweien, die sich zur Not zu verständigen vermochten, kein Wort Deutsch. Ein Hamburger Agent, der für Köln im Auftrage des Arbeitgebervereins und der Schneiderinnung Arbeitswillige werben sollte, hatte alle sechs in einer Art Obdachlosen-Astl in Wien aufgegriffen und sie unter glänzenden Versprechungen bewegt, sich nach Köln transportieren zu lassen. Sie hatten in Wien einen deutsch geschriebenen Vertrag unterzeichnet, von dessen Inhalt sie kein Wort verstanden hatten. Die Leute sahen geradezu erbarmungswürdig aus; daß sie Schneider seien, sah man weder ihrer Kleidung noch ihrem sonstigen Aussehen an, vielmehr sahen sie kroatischen Erdarbeitern ähnlich. Ihre Klage begründeten sie damit, daß der Arbeitgeber sie tagsüber in eine Werkstätte eingesperrt, sie abends zum Essen in eine Wirtschaft geführt und später nicht mehr ins Haus hineingelassen habe. Die Arbeitgeber dagegen behaupteten, die Leute seien nicht mehr zurückgekehrt, weil die streikenden Schneider sie trotz aller Vorsichtsmaßnahmen abgefangen hätten. Uebrigens sei bei einigen der Kläger zu bezweifeln, ob sie wirklich Schneider seien; einer von ihnen habe nicht einmal einen Knopf annähen können. Den Bemühungen des Gewerbegerichtssekretärs gelang es schließlich, die beklagten Arbeitgeber zu bewegen, den Arbeitswilligen je 25 M. zu zahlen, damit sie nach Wien zurückkehren könnten. Die Kläger gaben sich damit zufrieden und erhielten die Gelder sofort ausbezahlt. Die Arbeitgeber versicherten, daß ihnen absehbend jeder dieser Arbeitswilligen schon über 100 M. gekostet habe. Eine teure Lehre für die Herren und eine Warnung, sich künftig den Forderungen der organisierten Arbeiter gefügiger zu zeigen. Ihre bösen Erfahrungen mit den Arbeitswilligen haben sie sowieso gezwungen, die Forderungen zu bewilligen, nachdem sie sich wechsellang gestraubt haben. Gätten sie früher bewilligt, so würden sie nicht nur das Geld für die Arbeitswilligen gespart, sondern auch noch das Ostergeschäft gerettet haben. Das gewissenlose Treiben der Streikbrecheragenten aber verdient immer wieder an den Spanger gestellt zu werden.

Die Tischler Königsbergs sind in eine Lohnbewegung getreten. Die Lohnbewegung umfaßt die Tischler, die Drechsler und alle in Holzbearbeitungsfabriken beschäftigten Maschinenarbeiter. Es kommen circa 180 Firmen mit fast 1000 Gesellen in Frage, die in Fabriken, in Möbel- und Bautischlereien sowie in Sargmagazinen tätig sind. Der Tarifentwurf enthält folgende Forderungen: Die Arbeitszeit beträgt 60 Stunden pro Woche und zwar von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends mit 1 1/2 stündiger Mittags- und 1/2 stündiger Frühstückspause. Wo schon eine längere Arbeitszeit besteht, soll dieselbe verbleiben. Ueberstunden- und Sonntagsarbeit wird nicht geleistet. Der vereinbarte Akkordtarif für Bau und Möbel gilt für Königsberg und Vororte. Für Werkstätten, in denen nach Zeichnung gearbeitet wird, erfolgt von Fall zu Fall die Festlegung der Preise, doch sind dieselben so festzulegen, daß dabei der vorher verdiente Wochenlohn, im Durchschnitt gerechnet, garantiert wird. Bei Lohnarbeit beträgt der Mindestlohn 21 M. Diesem Tarifentwurf sind gleichzeitig die neuen Akkordpreise für Handbetrieb sowie ein Akkordtarif für Möbel hinzugefügt. Im Anschreiben werden die Meister ersucht, bis Freitag, den 28. April c., Antwort zu geben.

Zur Aussperrung der Hamburger Holzarbeiter.

Die Aussperrung nimmt größere Dimensionen an. Bis Mittwoch mittag waren im Städtelkomplex Hamburg-Altona-Bandel 640 Holzarbeiter u. ausgesperrt. Insgesamt arbeiten im Aussperrungsgebiet etwas über 6000 Holzarbeiter, die beinahe samt und sonders im Holzarbeiter-Verbande organisiert sind. Auch die Mehrzahl der Nichtorganisierten ist in den in Frage kommenden Fabriken und Werkstätten von der Aussperrung betroffen worden oder hat sich mit den Aussperrten solidarisch erklärt. Eine Kündigungsfrist existiert im allgemeinen nicht. Die Arbeitgeber, die es auf die Zerkleinerung, mindestens aber auf die Schwächung des ihnen verhassten Holzarbeiter-Verbandes abgesehen haben, erklären in der bürgerlichen Presse die Aussperrung für eine Notwendigkeit, um Ruhe und Frieden im Gewerbe zu erzwingen. In den Akkordwerkstätten erfolgt die Aussperrung erst nach Fertigstellung der Arbeit.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

München, 26. April. (W. Z. B.) Der Zug Nr. 2514 mit zwei Maschinen und 15 Wagen entgleiste bei der Einfahrt in die Station Jrenlohe. Dabei wurden 1 Maschine und 10 Wagen zertrümmert und sämtliche Gleise in der Richtung Nürnberg-Schwandorf-Weiden und Schwandorf-Weiden gesperrt. Verletzt wurde niemand. Der Personenverkehr wird durch Umsteigen aufrecht erhalten.

Trappau, 26. April. (W. Z. B.) Die Zahl der noch in Behandlung befindlichen Genickshernien in Oesterreich-Schlesien ist 38. Die Krankheit zeigt gegenwärtig nur geringe Reizung zur Ausbreitung. In der abgelaufenen Woche ist kein neuer Krankheitsfall vorgekommen.

Zofia, 26. April. (Meldung des Reuterschen Bureau.) Das Kriegsgeschick wurde heute über die ganze Insel Formosa erklärt; die Maßnahme wurde von dem Geheimen Rat beschlossen.

Der französische Einigungs-Parteitag.

Paris, 23. April. (Fig. Ver.)

Erster Tag.

Vormittags-Sitzung, 10 Uhr.

Das Präsidium wird auf den Vorschlag der Einigungs-Kommission für die erste Sitzung zusammengesetzt wie folgt:

Camélinat (P. S. F.), Vorsitzender, Chaubin (P. S. do F.)

und Billin (P. O. S. R. — Allemanisten), Beisitzer.

Camélinat eröffnet den Parteitag mit einer kurzen Rede, worin er die nationale und internationale Bedeutung dieses Parteitages hervorhebt und den brüderlichen Geist der Verhandlungen in der Einigungskommission betont, was eine Bürgschaft für den gedeihlichen Fortgang der Parteitagsarbeiten sei. (Beifall.)

Begrüßungsschreiben sind eingegangen von Keir Gardie (Independent Labour Party) und Troelstra (holländische Sozialdemokratie).

Ein Protest gegen die Arbeitermeuterei in Limoges, gegen die Haltung der Regierung und die der Kammermehrheit in der bezüglichen Interpellation wird per Affirmation votiert. Die gegen die fortgesetzten Verhaftungen zu treffenden Maßnahmen sollen in der Nachmittags-Sitzung beraten werden auf Grund von Vorschlägen, die die sozialistischen Abgeordneten zusammen mit dem Präsidium ausgearbeitet haben werden.

Die Mandatsprüfung wurde schon von der Einigungskommission befohlen. Den einzelnen Sonderorganisationen wurden zuerst an Mandaten:

- 1. Der P. S. do F. 148 Mandate.
2. Der P. S. F. 117 Mandate.
3. Der P. O. S. R. (Allemanisten) 17 Mandate.
4. Den autonomen Föderationen 87 Mandate.

Sämtliche Mandate werden vom Kongress für gültig erklärt.

Die Einigkeitsklärung.

Dubreuilh erstattet den Bericht der Einigungskommission. Er skizziert den Gang der Einigkeitsverhandlungen und verliest den Text der Einigkeitsklärung. Er schließt unter Beifall mit dem Hinweis auf die bindende Bedeutung der Einigkeitsklärung, die genau feststelle, was sozialistisch sei und was nicht. Der Text wird per Affirmation votiert.

Hierauf tritt eine Unterbrechung der Sitzung ein zwecks Verteilung der Delegiertenkarten und des gedruckten Statutentwurfs.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung verliest der Vorsitzende eine Begrüßungsdepesche der serbischen sozialistischen Partei.

Delory macht auf folgenden Zwischenfall aufmerksam: In Valenciennes (Nord) steht eine Kammerwahl bevor. Der Parteikandidat wird von der autonomen Föderation unterstützt, aber die linker Tageszeitung „Réveil du Nord“, die für das Organ jener Föderation gilt, unterstützt gleichzeitig einen radikalen Kandidaten. Ein Vertreter der autonomen Föderation erklärt, der „Réveil du Nord“ habe mit der Föderation nichts zu schaffen. Die Zeitung gehöre einer Finanzgesellschaft. — Auf eine weitere Anfrage Delorys erklärte derselbe Vertreter, daß der Redakteur des „Réveil“, der einen Artikel zugunsten des radikalen Kandidaten veröffentlicht hat, der Föderation nicht angehöre. Damit ist der Zwischenfall erledigt.

Mehrere Delegierte regen an, das Kongresslokal zu ändern. Der Saal des „Café du Globe“, wo der Kongress tagt, ist zu eng für die etwa 800 Delegierten. Nach kurzer Debatte wird der Vorschlag abgelehnt.

Renaudel verliest unter lebhaftem Beifall einen Brief, den Webel an ihn gerichtet hat mit der Bitte, denselben zur Kenntnis des Kongresses zu bringen. Der Brief ist aus Lugano, den 16. April 1905 datiert und lautet im deutschen Originaltext:

„Werter Parteigenosse Renaudel! Wie Sie aus der obigen Ortsangabe ersehen, befinde ich mich in der Schweiz und zwar auf einer Erholungsreise mit meiner Familie. Dieser Umstand verhindert mich auch, der freundlichen Einladung zum Besuch des Einigungskongresses der französischen Genossen Folge zu leisten. Doch werden meine Gedanken und meine besten Wünsche die Verhandlungen des Kongresses begleiten.“

Ich kann unseren französischen Genossen die aufrichtige Versicherung geben, daß in meinem langen Parteileben sich sehr wenige Ereignisse zugetragen haben, die ich mit solcher Freude und solcher Zuneigung begrüßt habe, als ich diesen Einigungskongress begrüße.

Durch denselben werden die kühnsten Erwartungen, die ich, und ich glaube sagen zu dürfen wir alle, von den Verhandlungen des internationalen Kongresses zu Amsterdam hegen, weit übertroffen. Unsere französischen Parteigenossen geben damit ein Beispiel von persönlicher Selbsterleuchtung, von Idealismus und Begeisterung für unsere große Sache, wie es glänzender und großartiger nicht gegeben werden konnte. Unser aller Dank ist ihnen sicher.

Von der Stunde, von der an die französischen Sozialisten eine selbstgeschlossene, einheitliche Partei sind, werden sie eine Macht sein weit stärker als je zuvor, eine Macht, die noch weit mehr als bisher und in wachsendem Maße als maßgebender Faktor in die Geschichte des Landes eingreift. Jetzt erst wird die Partei eine Macht werden, die ihre historische Mission auf nationalem und internationalem Gebiete voll und ganz zu erfüllen vermag.

Ich bin aber auch überzeugt, daß dieses große Beispiel der Einigung der französischen Sozialdemokratie von den nützlichsten Folgen auf die Sozialdemokratie derjenigen Länder sein wird, in denen bisher leider die Partei noch zersplittert ist; auch sie werden dem gegebenen Beispiel folgen müssen.

Ich bitte Sie, lieber Genosse Renaudel, dem Einigungskongress obige Zeilen mitteilen zu wollen und ihm meine herzlichsten Glückwünsche für den Erfolg seiner Arbeiten auszusprechen.

Niemals rief ich freudiger als jetzt: Hoch lebe die internationale Sozialdemokratie, welche die Zukunft der Menschheit repräsentiert.

Mit parteigenösslichem Gruß

Ihr ergebener

A. Webel.

Schluß der Sitzung 12 Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

Der Vorsitz wechselt, wie üblich, mit jeder Sitzung, um allen Teilen die Vertretung im Präsidium zu gewähren.

Vorsitzender: Cahin - Bordeaux.

Weitere Begrüßungsdepeschen sind eingelaufen, darunter von der russischen Sozialdemokratie seitens der Redaktion der „Zetra“ sowie eine Begrüßungsdepesche von Webel und Kautsky durch die Vermittlung von Jaurès. (Lebhafter Beifall.)

Statutentwurf.

Rebelin (P. S. F.), Berichterstatter der Einigungskommission, kennzeichnet kurz die Hauptzüge des Entwurfs: Die Basis der Partei ist die Gruppe der beitragszahlenden Mitglieder und die bestimmende Bedeutung der Mitgliederzahl kommt zur Geltung in allen Teilen der Organisation einschließlich des Nationalrates. Wenn der Entwurf von Departementalföderationen ausgeht, anstatt sich den Wahlkreisen anzupassen, so gerade deshalb, weil wir nicht nach den bestehenden politischen Einrichtungen uns zu richten haben, die wir vielmehr zu zerstören trachten. (Beifall.)

Eine Generaldiskussion findet nicht statt. Im Laufe der Einzelberatung entspinnt sich zunächst eine längere Debatte über folgende Anfrage des revolutionär-sozialistischen Abg. Cabanat - Marseille: Nächstens finden in Marseille Gemeindevorwahlen statt. Wird es kraft der Statuten erlaubt sein, ein Wahlbündnis mit den Radikalen zu schließen? Berichterstatter Rebelin erachtet, daß die Pariser internationale Resolution von 1900, auf die sich der Einigkeitsvertrag beruft, die Frage bereits geregelt hätte in dem Sinne, daß die Bündnisse unter der Kontrolle der Föderation und unter der Bedingung der Vermeidung der Verwirrung im Programm und in der Taktik abgeschlossen würden.

Renaudel (P. S. F., Linke) spricht gegen Rebelin, dessen Antwort eine Zweideutigkeit schaffe.

Jaurès wendet sich gegen Renaudels Auslegung des Art. 11: Die Anwendung der Statuten auf lokale Fälle ist nicht Sache des Kongresses, sondern der lokalen Organisationen. (Proteste links.)

Brade spricht gegen Jaurès: Der Pariser Kongress hat die Allianzen allerdings verboten. Was er unter gewissen Bedingungen gebuldet hat, das sind nur Koalitionen.

Jaurès: Ich stimme mit Brade überein. Er hat nur in glücklicheren Ausdrücken als ich meinen Gedanken ausgedrückt. (Weiterleit und Beifall.)

Der Artikel 16, der den Wahlstimmen eine Vertretung auf dem Parteitag zuerkennt, bildete schon in der Einigungskommission einen wichtigen Streitpunkt. Für die mandatsbildende Bedeutung der Wahlstimmen traten dort nur die Vertreter der jaurèsistischen Rechten ein. Die Kommission hat dem auch den Artikel nicht votiert, gleichwohl aber der Rechtsminderheit das Zugeständnis gemacht, den Berichterstatter zu beauftragen, den Artikel dem Kongress vorzulegen. Die P. S. do F. hat ihrerseits auf ihrem Sonderkongress beschlossen, die Streichung des Artikels zu beantragen.

Dieser Antrag ruft nun eine ausgedehnte und höchst bewegte Debatte hervor. Die tatsächliche Bedeutung des Artikels 16 ist zwar gering, denn die Wahlstimmenmandate sind auf ein Fünftel der Gesamtzahl der Mandate beschränkt, die im übrigen auf der Basis der beitragszahlenden Mitglieder beruhen: 1 Mandat für das erste 100 Mitglieder, 2 für 101 bis 300 Mitglieder, 3 für 301 bis 500 Mitglieder usw. — je ein weiteres Mandat für jede 200 Mitglieder. Desto größer aber ist die grundsätzliche Bedeutung, die von beiden Seiten dem Artikel 16 beigegeben wird.

Die P. S. do F. hatte auf ihren eigenen Kongressen den Wahlstimmen einen größeren mandatsbildenden Einfluß verstatet als der Artikel 16. Anders aber mußte sie jetzt auftreten, wo sie mit reformistisch-parlamentarischen Elementen sich einigen soll, die nur allzu deutlich die Wählermasse über die Partei-Organisation stellen. Die jaurèsistische Rechte hingegen mußte für den Artikel 16 kämpfen als für den letzten Rest ihrer spezifischen Tendenz innerhalb der geeinigten Partei. Daher der leidenschaftliche Charakter der Debatte.

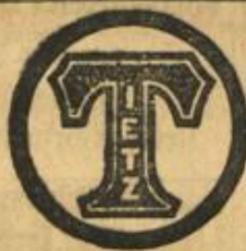
Domin begründet kurz den Antrag der P. S. do F. auf Streichung des Artikels 16.

Raurice, sonst zur Rechten der P. S. F. zählend, befürwortet doch die Streichung. Er erwartet davon einen Ansporn zur Werbung von Mitgliedern für die Partei: Die Kraft der Wahlstimmen dürfe nicht die organische Kraft der Mitgliedschaft überwiegen.

Grados, P. S. do F., führt an das Beispiel von Grenoble, wo infolge des Abfalls von Jovads der Parteikandidat binnen zwei Jahren von 4000 auf einige 900 Stimmen gesunken ist.

Ducos de la Halle, Linke der P. S. F., befürwortet selbstverständlich den Artikel 16: Die Wahlstimmen sind ein notwendiges Element der Kraftschätzung und sie haben auch propagandistisches Wert.

Doch sind Ducos und Maurice zwei Ausnahmen entgegengesetzter



Warenhaus Hermann Tietz

Leipzigerstrasse 46-50. — Krausenstrasse 44-49.

Donnerstag
Freitag
Sonabend

Vorzugs-Preise

Soweit der Vorrat reicht.

Glas

Table listing glassware items and prices: Römer graviert und glatt (25 30 32 50 Pf.), Römer kristall, geschliffener Fuss u. graviert (75 85 Pf.), Rot- u. Rheinweingläser kristall (25 Pf.), Rheinweingläser „Maiglöckchen“ (25 Pf.), Weingläser geschliffen (20 Pf.), Wassergläser geschliffen (20 Pf.), Käseglocken geschliffen (45 75 Pf.), Glasteller geschliffen (20 22 Pf.), Gambriustulpen kristall (32 Pf.), Weinflaschen kristall, m. Henkel, graviert (1.50 2.00), Wasserflaschen kristall, mit Henkel graviert (2.25), Teebecher (10 Pf.), Bierbecher mit Goldrand (7 Pf.), Viktoria geschliffen mit Goldrand (0.2 1/2 l. 25 Pf.), Butterdosen (18 25 Pf.), Käseglocken (38 45 Pf.).

Porzellan

Table listing porcelain items and prices: Eierbecher mit Goldrand (3 Pf.), Compotièren oval (42 Pf.), Teller tief und flach (15 18 Pf.), Dessertteller (12 15 Pf.), Compotteller (10 8 Pf.), Terrinen (1.25 1.45), Ragoutschüssel (68 85 Pf.), Saucièren (55 Pf.), Kaffeekannen gerippt, mit Patent-Deckel (38 45 Pf.), Butterdosen mit Rosenblumen dekoriert (55 Pf.), Compotièren gross, oval, fein dekoriert (65 Pf.), Milchtöpfe „Streublumen“ (32 42 55 Pf.), Zuckerdosen gross (12 Pf.), Kaffeeservice fein dekoriert (2.50 2.55 3.75 5.25 5.75), Tafelservice 30teilig, fein dekoriert (16.50 20.50), Tafelservice 60teilig, fein dekoriert (38.50 42.50), Tafelservice 80teilig, fein dekoriert (57.50), Fischservice 15 teilig (16.50).

Emaille

Table listing enamelware items and prices: Wannen oval (85 Pf.), Eimer fein dekoriert mit Deckel (1.75 2.00 2.25), Wasserkessel 4 Grössen (65 80 bis 95 Pf.), Schmortöpfe 6 Grössen (38 48 58 78 bis 95 Pf.), Kasserollen 6 Grössen (20 bis 58 Pf.), Bratpfannen viereckig (sonst 1.05 1.20 1.80, 75 85 95 Pf.), Eierpfannen (12 16 22 28 36 extra gross 65 Pf.), Wasserkrüge Kugelform (60 Pf.), conische (40 Pf.), Wasser-Maasse 1/2 Liter mit Konsol (35 Pf.), Scheuerbürstenhalter (1.00), Fenstereimer (75 Pf.), Essenträger statt 2.20 (1.50), Arbeiterkannen (29 Pf.), Salzmesten mit Schrift (50 Pf.), Handleuchter (30 Pf.), Pichelsteiner Kasserollen (statt 2.25 2.50 2.90, 1.65 1.80 2.10), Milchkocher-Einsätze gegen Ueberlaufen (38 Pf.), Schüsseln 24 bis 60 Pf., Teller Stück (3 Pf.), Grosse Schmortöpfe mit Ring (statt 1.60 1.80 2.00, 1.15 1.25 1.50).

Art. Sonst gruppieren sich in der Debatte die beiden Tendenzen folgerichtig: alles was links gegen den Artikel 16, alles was rechts dafür.

Jaurès gibt der Debatte gleich die richtige Prägung. Er beantragt, die Frage bis zum nächsten Kongress zu vertagen und führt folgendes aus: Gewiß ist dieser Kongress souverän. Gewiß kann jede Sonderorganisation noch als Ganzes Änderungen beantragen. Aber ist es dem am Plage, auf einem ersten Einigungskongress das ändern zu wollen, was nach langen Debatten in der Kommission durch ein lokales Abkommen bereits festgestellt worden ist? Wir finden unsererseits in den Statuten manches, was unseren Ideen widerspricht. Aber wir haben im Interesse der Einigkeit auf Änderungen verzichtet. Dessen man aber jetzt die Tür für Änderungen, so könnten auch wir Änderungen verlangen. Wozu eine Majorität und eine Minorität schaffen in einem Kongress, der die Einigkeit begründet, wo also nur Einstimmigkeit herrschen sollte? (Beifall rechts.) — Uebrigens rüchert Ihr nichts, wenn der Artikel 16 bis zum nächsten Kongress stehen bleibt. Alle Parteien haben bisher den Wahlstimmen Mandate zuerkannt. Wenn das jetzt plötzlich anders werden soll, so könnte es als eine Verleugnung der Wahlaktion mißdeutet werden.

Lauche (Allemanist), Mitglied der Einigungskommission, bemerkt gegen Jaurès: Es ist unrichtig, daß die Kommission den Artikel 16 votiert hat. Sie hat ihn nur deswegen in den Entwurf aufgenommen, um der P. S. F. den Versuch zu ermöglichen, ihn im Kongress durchzusetzen. Die P. S. de F. hat einstimmig ihrer bisherigen Praxis in diesem Punkte entsagt. Wir wollen keine Wahlpartei sein. Wir wollen alles, was in unserer Partei schimmert, austreten. (Stürmischer, demonstrativer Beifall links.)

Journon, Saône-et-Loire, P. S. de F., verweist auf den Wahlkreis von Montceau-les-Mines, wo Abg. Vouderi in den letzten Kammerwahlen 6000 Stimmen mehr erhalten hat als ein paar Jahre vorher, und das bloß deshalb, weil die Radikalen keinen Kandidaten aufgestellt haben. Diese radikalen Stimmen haben unsere Mandate auf diesen Kongress vermehrt. Daher wollen wir den Artikel 16 streichen. (Lebhafter Beifall links.)

Cogeron, P. S. de F., bemerkt gegen Jaurès: Es handelt sich ja nur um einen Statutenentwurf, wir haben also unbedingt das Recht, ihn schon jetzt zu ändern.

Verichtsflecker Nebelin wendet sich an beide Seiten mit

Worten der Versöhnung. Er fñrt die beiden Standpunkte auf sentimentale Illusionen zurück und macht diesen Vermittlungsvorschlag: Die Wahlstimmen sollen nur für den nächsten Parteitag mandatsbildende Kraft haben. Der Artikel 16 ist also zu streichen und in eine Uebergangsbestimmung zu verwandeln, die nur für den nächsten Parteitag zu gelten hat. Die Wahlstimmen, sagt Nebelin, müßen in bezug auf die Kongressvertretung doch nur den stärksten Föderationen, da wegen der Beschränkung der Wahlstimmenmandate auf 1/2 nur eine über 1000 hinausgehende Stimmenzahl mandatsbildend ist. Die größten Schwierigkeiten und die größten Verdienste der kleinen Föderationen bei der Wahltagitation in undankbaren Gegenden gehen daher ledig aus. Wäre also die P. S. F. (eigentlich nur die Rechte der P. S. F.) auf ihre Forderung verzichten, die ein ungerechtes Privilegium für die starken Föderationen schaffen. So wird ein einstimmiger Beschluß möglich.

Nebelins Vorschlag macht einen tiefen Eindruck. Chaubin (P. S. de F.) stimmt ihm namens einer Anzahl Freunde zu. Jaurès zieht seinen Antrag zugunsten des Nebelins zurück. Lafont aber (vom „Mouvement Socialiste“) hält den Antrag der P. S. de F., der von der Seine-Föderation ausgegangen ist, aufrecht. (Große Unruhe.) Guesde erklärt sich namens einer Anzahl Freunde für Nebelins Vorschlag. (Lebhafter Beifall.) — Nur eine kleine Gruppe, die sich als die äußerste Linke der Partei ankündigt, bleibt unverföhlich. Nebelins Vorschlag spaltet nicht nur die P. S. de F. als Ganzes, sondern auch die Seine-Föderation, die Urheberin des Antrages. Ein Delegierter der Seine-Föderation stimmt namens der Mehrheit dieser Föderation Nebelins Vorschlag zu. Lafont protestiert heftig, da die Seine-Föderation keine Zeit gehabt hat, eine Sonderberatung abzuhalten. Der Lärm wird immer heftiger. Delory beantragt, wegen des fortwährenden Tumults das Votum auf morgen zu vertagen. Es folgen weitere Zusammungen zum Vermittlungsvorschlag von Hervé, Renaudel, Vaillant und anderen. Die Wogen gehen noch eine Weile hoch. Schließlich wird Nebelins Vorschlag mit allen Stimmen gegen eine kleine Minderheit, d. i. die äußerste Linke, votiert.

Der Artikel 17 bestimmt, daß die Vertretung auf denjenigen Parteitag, die in den ersten vier Monaten des Jahres stattfinden, nach der Zahl der Mitgliedsarten zu berechnen ist, die im Laufe des verfloßenen Jahres geliefert worden sind. Zum Artikel 24 betreffend die Proportionalvertretung

der Minderheit in dem Verwaltungsausschuß beantragt Delory (P. S. de F.), sofort eine Kommission zu ernennen, die Vorschläge auszuarbeiten hätte, auf welche Weise die Verhältniszahl der Mehrheit und Minderheit bestimmt werden könnte, falls eine direkte Verständigung über die Zusammensetzung des Ausschusses nicht erzielt werden sollte. Delory beantragt zugleich eine Liste von 9 Kommissionsmitgliedern. Nach einer kurzen Debatte wird beschlossen, in die Kommission 13 Mitglieder zu wählen: 5 für die P. S. de F., 4 für die P. S. F., je 2 für die Allemanisten und die autonomen Föderationen.

Die Vorgänge in Limoges füllen den Rest der Sitzung aus. Pierre Bertrand-Limoges entwirft an der Hand der Tatsachen ein ergreifendes Bild von der Brutalität der Behörden und der Truppen und fügt den bündigen Nachweis, daß die Regierung, die gegenüber dem sozialistischen Maire sich perfid benommen hat, die Hauptschuld trägt. Hervorzuheben ist, daß der Arbeiter Vardelle nicht durch eine Gewehrfluge, sondern durch drei Revolverkugeln, d. h. von einem Offizier ermordet wurde. Die Soldaten haben meist in die Luft geschossen. Das Feuer wurde, entgegen der offiziellen Behauptung, den Soldaten anbefohlen. Das Schießen auf die Menge, die im Orsoy-Garten sich angeammelt hat, hat nichts mit einem Kottwehrakt der Soldaten zu tun. Jene Menge bestand zu 99 Proz. aus Frauen und Neugierigen, sie konnte keine Steine auf die Soldaten werfen, weil im Garten keine Steine zu finden waren und zudem die Soldaten 100 Meter weit vom Garten entfernt standen.

Es folgt eine Erörterung der Mittel und Wege, das Verbrechen von Limoges zu ahnden.

Hierauf votiert der Kongress per Affirmation eine Resolution Pierre Bertrands, worin der Nationalrat und die Kammerfraktion beauftragt werden, eine Enquete über Limoges zu veranstalten und ferner die Entfaltung einer Agitation im Lande vorzusehen.

Weitere Begrüßungsdepeschen sind eingetroffen 1. vom Kongress der holländischen Sozialdemokratie, an den sofort eine Antwortdepesche gerichtet wird, und 2. von Rosa Luxemburg.

Schluß der Sitzung 7 Uhr.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 27. April: Anfang 7 1/2 Uhr: Oberhaus. Die Waise. Schauspielhaus. Im stillen Gäßchen. Deutsches. Der Privatdozent. Berliner. Japfenstreich. Westen. Die neugierigen Frauen. National. Tra Diavolo. Neues. Ein Sommernachtstraum. Apollo. Der Kilometerkäufer. Zentral. Der Jägerbaron.

Schiller O. (Wallner-Theater.) Meine Schwiegertochter. Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater.) Augen rechts! Hierauf: Die sittliche Forderung. Festung. Ega. Kleines. Die Neuvermählten. Ab-schiedssooper. Residenz. Herzogin Crevette. Trianon. Ihr Alibi. Deutsch-Amerikanisches. Uebern großen Tisch. Belle Alliance. . . noch einmal so leben!

Carl Weiß. Die kleinen Vagabunden. Reichshallen. Stettiner Sänger. Suisen. Kyriky-Byriky. Kasino. Lolos Vater. Lustspielhaus. Der Familienrat. Metropol. Die Herren von Maxim. Apollo. Das Weisheitsmädchen. Spezialitäten. Herrnsfeld-Theater. Die Reher-hains. Passage-Theater. Emmi Kröcher. Die 7 Allison. Spezialitäten. Wintergarten. Cleo de Merode. Julius Spielmann. Spezialitäten. Urania. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Tierleben in der Wildnis. Invalidenstr. 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Neues Theater. Anfang 7 1/2 Uhr. Ein Sommernachtstraum. Freitag: Ein Sommernachtstraum. Sonnabend nachmittag 2 1/2 Uhr, ermäßigte Preise: Ein Sommernachtstraum. Abends 7 1/2 Uhr: Ein Sommernachtstraum. Sonntag: Ein Sommernachtstraum.

Kleines Theater. Anfang 8 Uhr. Die Neuvermählten. Hierauf: Abschiedssooper. Freitag zum erstenmal: Rosmersholm. Sonnabend und Sonntag: Rosmersholm.

National-Theater. Weinbergsweg 19. Donnerstag, den 27. April 1905: Fra Diavolo. Dr. Brissemeister a. G. Anfang 7 1/2 Uhr. Freitag: Maskenball. (Premiere.) Sonnabend: Der Wildschütz.

Apollo-Theater. 218. Friedrichstraße 218. Letzte Woche! 8,40 Uhr: Das Veilchenmädchel. Vorher: die April. Spezialitäten. Sonntag, den 30. April: Letzte Aufführung: Das Veilchenmädchel.

Das Veilchenmädchel. Sonntag, den 30. April: Letzte Aufführung: Das Veilchenmädchel.

Urania, Taubenstr. 48/49.

8 Uhr: Tierleben in der Wildnis.

Sternwarte Invalidenstr. 57/62.

P. CASTAN'S PANOPTICUM Friedrichstr. 165. Das sensationelle Riesen-Mädchen!!! Rosa Wedsted, 2 Meter 20 cm hoch, größte lebende Riesin der Welt.

Neue Königl. Oper (Kroll).

Montag, den 1. Mai 1905: Novität! Jung-Heidelberg. Operette von Millöcker. Anf. 7 1/2 Uhr. Billetverk.: Kgl. Opernhaus, Schalter 3, Wertheim. Invalidendank und Abendkasse.

Passage-Theater.

Anf. d. Abendvorstellungen 8 Uhr. Anf. nachm. Sonn- u. Feiertag 5 1/2 Uhr. Emmi Kröcher dem Berliner sein Fall. Die 7 Allison. Afrobat. Lotte Sebus Vortragskünstlerin. Losoros, koloratur-Sängerin. Man de Wirth, Damen-Imitator. 14 neue glänzende Nummern.

Luisen-Theater.

Abends 8 Uhr: Kyriky-Byriky. Freitag 3. erstesmal: Hans Jürge. Sonnabend: Kyriky-Byriky. Sonntag nachmittag: Der Herrgott-schnitzer. Abends (als letzte Vorstellung): Hans Jürge.

Metropol-Theater

Der größte Erfolg der Saison! Zum 172. Male: Die Herren von Maxim. Große Ausstattungssposse mit Gesang und Ballett in 5 Bildern. Anf. 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Residenz-Theater.

Dir.: Richard Alexander. Heute und folgende Tage 8 Uhr: Herzogin Crevette. Schwank in 1 Beispiel u. 3 Akten von Georges Feydeau, in Deutsch von Benno Jacobson. Sonntag, den 30. April, nachmittags 3 Uhr: Der Hüthenbesitzer.

Carl Weiß-Theater.

Gr. Frankfurterstr. 132. Nur noch vier Aufführungen: Die kleinen Vagabunden. Sonnabend nachm. 4 Uhr: Letzte Kinder-Vorstellung: Dorndörchen. — Sonntag nachm. 3 Uhr 3. letztesmal: Die Kinder des Kapitän Grant. Montag, 1. Mai: Erstes Gastspiel des Drig. Tegernseer Bauerntheaters.

Schiller-Theater

Donnerstag, abends 8 Uhr: Meine Schwiegertochter. Lustspiel in 3 Akten von J. Carré und A. Villoz. Freitag, abends 8 Uhr: Gyges und sein Ring. Sonnabend, abends 8 Uhr: Gyges und sein Ring. Hierauf: Die sittliche Forderung.

Freie Volksbühne

Sonntag, den 30. April, 2 1/2 Uhr: Metropol-Theater 1. Abteilung Hedda Gabler. Berliner Theater 3. Abteilung Kabale und Liebe. National-Theater 2. Operrn-Vorstellg. Rigoletto. (3 Uhr.)

8. Kunstabend im Rathause Mittwoch, 17. Mai.

Dozent der Humboldt-Akademie, über: Die deutsche Ballade und Carl Löwe, mit Erläuterungen am Klavier. Eintrittskarten in den bekannten neun Zahlstellen.

Schiller-Feier

Sonntag, den 7. Mai, Brauerei Friedrichshain. festrede u. 9. Sinfonie von Beethoven. Festmarken und Gastkarten in beschränkter Anzahl bei sofortiger Bestellung in allen Zahlstellen.

Opern-Vorstellungen

im National-Theater. Anfang 3 Uhr. 7. und 14. Mai: Fidelio. 21. und 28. Mai: Fledermaus. Der Vorstand. L. A.: G. Winkler.

Neues Konzerthaus

Grand Hotel Alexanderplatz. Gr. Kurt Goldmann-Konzert unter Mitwirkung des Salon-Quintetts G. Bonné. Anfang 8 1/2 Uhr. Meine Säle in Berlin wie Blumengarten empfehle zu Versammlungen und Festlichkeiten jeglicher Art. Albert Moerner.

Kasino-Theater

Lothringersstraße 37. Täglich 8 Uhr: Lolo's Vater. Volksstück in 4 Akten von Ad. L'Arronge. Vorher das gr. neue April-Programm. Sonntag nachm. 4 Uhr: In Vertretung.

Palast-Theater

Burgstr. 22. früher Fern-Palast. 2 Min. v. Bhf. Börse. Bis-a-vis d. Börse. Heute: Wiederholung des großen Fest-Programms. 8 1/2 Uhr: Der Raub der Sabinerinnen. Schwank in 4 Akten. Strieße: Dir. Rich. Winkler. Vorher: Das glänzende Spezialitätenprogr. Freitag, den 28. April: Letzte Güte-Vorstellung. Rosa und Röschen. Schauspiel in 4 Akten v. Ch. Rich. Weisler. Schluß der Saison am Sonntag, den 30. April. In diesem Tage verkehren familiäre Ehren- und Vorzugs-karten ihre Gültigkeit.

Trianon-Theater.

Heute und folgende Tage: Ihr Alibi. Anfang 8 Uhr. Deutsch-Amerikanisches Theater. Köpenickerstraße 67/68. LETZTE WOCHE. Schluß der Saison Sonnt. 30. Apr. „Ueber'n großen Teich.“ Sonntag nachm. 3 Uhr (halbe Preise) „Ueber'n großen Teich.“

Neu! Neu! Neu! Dieser Raum bleibt reserviert für die Annonces des I. Ungarischen I. Zirkus Henry. 105 Pferde, 187 Personen. Memelerstraße (Memeler Eisbahnplatz). Eröffnung: Sonnabend, 29. April, abends 8 Uhr. Ein absolut erstklassiger Zirkus. Dennoch kleine Preise.

Gebrüder Herrnsfeld-Theater. Die Meyerhains. Komödie in 3 Akten mit den Autoren Anton u. Donat Herrnsfeld in den Hauptrollen. Anfang 8 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr. Montag, den 15. Mai: Letzte Vorstellung in dieser Saison.

W. Noacks Theater. Die Anna-Diese. Schauspiel in fünf Akten von Fritsch. Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. Voll. Vom 1. Mai bis Pfingsten wird nur noch Sonnabend, Sonntag und Montag gespielt.

Stadt-Theater Moabit. All-Moabit 47/49. Gastspiel des Bernhard-Rose-Theaters: Die Tochter des Feingekehrten. Original-Ausstattungsstück mit Gesang und Tanz in 7 Bildern von Fritsch. Anfang 8 Uhr. Nach der Vorstellung: Gr. Ball. Entree 50 Pf. Rumer. Platz 75 Pf. Vorzugskarten zu halben Preisen haben Gültigkeit. Voranfrage. Dienstag, 2. Mai: Marianne, ein Weib aus dem Volke.

Gustav Behrens Spezialitäten-Theater. Frankfurter-Allee 85. Das großartige April-Programm. Die mysteriösen Elefanten sind da. Anf. Sonntags 5 Uhr, Bojontags 7 Uhr.

Reichshallen. Stettiner Sänger. Unsere süßen Dienstmädel. Zurückste von Weibel. Anf. Bojontags 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr.

Abnormitäten-Ausstellung Münzstr. 16. Kurzes Gastspiel des berühmten laubstimmigen Jambertkünstlers Professor Paulo. Lola, die Erschaffung eines Weibes aus dem Nichts. Riesendame, 485 Pfund schwer, schwedische Dame, die je geliebt. Arabella, total lustvoll tätowiert. Entree 20 Pf.

Etablissement Buggenhagen. Moritzplatz. Täglich von 12-4 Uhr: Mittagstisch. In den unteren Sälen heute großes Streich-Konzert. Rigo, Lagos. Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, Sonntag: Fritz Steidl-Sänger. Nach jeder Vorstellung im Kaiserpark: Tanz.

Sanssouci. Kottbuser Tor - Stat. der Hochbahn. Heute Donnerstag: Hoffmanns World. Sänger u. Tanzkränzchen. Sonnabend, 29. April: Letzter Theater-Abend. Ein gesadter Kaufmann. Sonntag und Montag: Solree und Tanz. Donnerstag, den 4. Mai: Letzte Vorstellung und Abschieds-Benefiz.

Achtung! Maler! Achtung!

Donnerstag, den 27. April, abends 8 Uhr, bei Feuerstein, Alte Jakobstr. 75:

Oeffentliche Versammlung der Maler und Anstreicher Berlins u. Umgegend.

1. Berichterstattung über den neuen Lohnarif. Referent: G. Genz. 2. Diskussion. Um Prüfler zu vermeiden, erklären wir hiermit, daß diese Versammlung nicht von der Vereinigung der Maler einberufen ist, sondern von der in öffentlicher Versammlung der Berliner Malergehilfen gewählten Siebenerkommission.

Die Siebenerkommission. S. N.: Wilhelm Berndt, Vorsitzender, Raunynstraße 72.

Zentral-Verband deutscher Maurer.

Zweigerlein Berlin. Sektion der Gips- und Zementbranche.

Freitag, den 28. April, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (Großer Saal):

General-Versammlung.

1. Stellungnahme zum 1. Mai. 2. Abrechnung vom 1. Quartal 1905. 3. Verschiedenes. Die Wichtigkeit der Tages-Ordnung erfordert, daß alle Mitglieder zu der Versammlung erscheinen. — Mitgliedsbuch legitimiert.

Handlungsgehilfen Weißensees.

Heute Donnerstag, den 27. April, abends 9 Uhr, im Berliner Hof, Antonplatz:

Oeffentliche Versammlung.

Es spricht Kollege Guttman über das Thema: Vor der Entscheidung. Nachher: Diskussion.

Es ist Pflicht eines jeden Handlungsgehilfen, in dieser Versammlung zu erscheinen. Zentralverband der Handlungsgehilfen und -Geheulinnen Deutschlands. Bureau: Berlin C., Neue Friedrichstr. 20.

WINTERGARTEN Rabatt-Sparverein „Süd-Ost“.

Laut Beschluß der Delegiertenversammlung vom 15. März d. J. werden seit 1. April neue Marken ausgegeben. Die noch im Besitz der Mitglieder befindlichen alten Marken müssen bis spätestens den 15. Mai im Bureau Kottbuser Ufer 44a eingetragen werden. Die Eintragung erfolgt nur in den ersten 5 Wochentagen von 9 bis 4 Uhr. Kleine Marken sind vorher in Klebmarken umzutauschen. Auf Wunsch wird die Eintragung auch durch unser Verkaufspersonal besorgt.

Unsere Geschäfte sind: 120/7

Kolonialwarengeschäfte: Berlin SO.: Büdlerstraße 31, Hallesche Straße 6, Forsterstraße 4, Sorauerstraße 10, O.: Münchebergerstr. 32, Johannisplatz: bei Senfbleben, Rixdorf: Hohrechtstraße 82, Rosenstraße 4, Bietenstraße 31, Brieg: Werderstraße 33, Ober-Schöneweide: Edisonstraße 4, Baumshulenkweg: Baumshulenkstraße 36.

Bäckereifilialen: Berlin SO.: Admiralstraße 37, Gräfestraße 12, Reichenbergerstr. 158, Rixdorf: Kalfstraße 1, Steinmeyerstraße 129, Kirchhoffstraße 2. Milchgeschäft: Berlin SO.: Glogauerstraße 27. In jeder Verkaufsstelle werden Mitglieder aufgenommen. Das Eintrittsgeld beträgt 25 Pf. Der Vorstand.

Neu erschlossenes Bau-Terrain.

guter Boden, herrliche Lage, soll in einzelnen Parzellen von 1.25 M. an pro Quadratmeter im Gutshof verkauft werden. Näheres Bergstr. 1 in Alt-Bienitz (Station Adlershof oder Grünau). Auch einige banfreie Baustellen an gepflasterter Straße sehr preiswert, eventuell mit Prioritäts-Einräumung, veräußert.

Eine Mark Damen-Konfektion direkt aus der Fabrik.

wöchentliche Teilzahlung liefert elegante fertige Herren-Garderoben. Kein Laden! Jetzt nach beendeter Engros-Saison auch Einzelverkauf. enorm billig Jacketts, Havelocks, Capes, Staub- und Reise-Mäntel, Kostüm-Röcke, Kinder- und Backfisch-Paletots.

Herren-Garderoben. Ersatz für Maß. Anfertigung nach Maß. Tadellose Ausführung. Julius Fabian, Schneidemeister, Große Frankfurter-Str. 37, II. Eingang Strausberger Platz.

Robert Baumgarten, Hausvoigtei-Platz 11, 2. Etage (an der Jerusalemstraße). Bei Vorzeigung dieses Inserates an der Kasse werden 5 Proz. Rabatt vergütet. Auch Sonntags geöffnet.

Restaur. Wilh. Burg, Lindenstr. 3, 2. Hof parterre empfiehlt sein 27912* Großes Vereinszimmer (bis 120 Personen) für Werkstätten-Versammlungen und Vereine. Vorzügliche Speisen und Getränke.

Wald- und Landparzellen

am Vorortbahnhof, herrlich gelegen am See, verkauft gegen geringe An- u. Abzahlung Aug. Puchert, Tabakbörse bei Joffen. 25692*

Alle Wanzen

werden nebst Brut durch mein Mittel vollständig vertilgt. — Fl. 50 Pf. u. 1.00. — Ebenso Schwaben, Kissen, Franzosen, Blattläuse etc. Schachtel 30 Pf., 60 Pf. u. 1.00. 29682*

1000 Mark Belohnung

zahlt demjenigen, der mir einen Richterfolg nachweist. Nur allein echt bei Hugo Barth, Drogerie, jetzt Brunnenstr. 14. früher Nr. 18.

Kurbad Landhaus Eberswalde (Mark).

Wasser- und Naturheilverfahren. Luft- und Sonnenbäder. Gute Erfolge bei den meisten Erkrankungen. Ruhiger, schöner Aufenthalt für Erholungsbedürftige. Aufnahme von Kassenmitgliedern. Auskunft frei. 105/15*

Extra-Unterstützungskasse für Buchbinder.

Sonntag, 30. April, vorm. 10 Uhr, bei Lippke, Reichslocherstr. 15: Ausserordentl. Generalversammlung. Tages-Ordnung: 1. Verlesung der Protokolle. 2. Beschlußfassung über die vom Kgl. Polizeipräsidenten vorgeschriebenen Änderungen zum revidierten Statut. 3. Verschiedenes. Der Vorstand. 105/17

Inventur-Räumungspreise

Extraliste gratis u. franko. Teppich-Haus Emil Lefèvre, Oranienstraße 158 Berlin S.

Sozialdemokratischer Verein im 5. Berliner Reichstags-Wahlkreise.

Freitag, den 28. April, abends 8 1/2 Uhr, im Alten Schützenhause, Linienstr. 5:

Vereins-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Die Bildungstätigkeit des Volkes in Preußen. Referent: Stadtverordneter Genosse Schubert. 2. Diskussion. 3. Vereins- und Parteiangelegenheiten. 4. Verschiedenes. Zahlreiches Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

Die Partei-Expedition des 5. Kreises befindet sich Reibelstraße 42.

Es ist Pflicht aller Genossen unseres Kreises, den „Vorwärts“ und sonstige Partei-Literatur nur durch die eigene Partei-Expedition zu beziehen und bitten wir beim Monatswechsel hierauf zu handeln. 245/9*

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Donnerstag, den 27. April, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Fiebig, Adlerstr. 6-7:

Branchen-Versammlung der Modell- u. Fabriktschler sowie Modelldrechsler.

Tages-Ordnung: 1. Bericht über den Stand unserer Bewegung. 2. Diskussion. 84/4

Donnerstag, den 27. April, abends 8 1/2 Uhr, im „Rosenthaler Hof“, Rosenthalerstr. 11-12:

Branchen-Versammlung der Stellmacher.

Tages-Ordnung: 1. Bericht der Kommission. 2. Die Lohnbewegung der Stellmacher. 3. Stellungnahme zum 1. Mai. 4. Branchenangelegenheiten. 5. Verschiedenes.

Achtung! Töpfer. Achtung!

Freitag, den 28. April, abends 6 1/2 Uhr, im Kellers großem Saal, Rappentstr. 29:

Oeffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung: Regelung unserer Arbeitsverhältnisse zwischen Zentralverband und Verein der Töpfer. 195/17

Die Wichtigkeit der Tagesordnung macht es jedem ehrlich denkenden Kollegen zur Pflicht, pünktlich zu erscheinen. Der Gesellenauschuss. S. N.: H. John.

Achtung! Schmiede! Achtung!

Sonntag, den 30. April 1905, nachmittags 3 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (Saal I):

Oeffentliche Versammlung der in Fuhrgeschäften etc. beschäftigten Schmiede.

Tages-Ordnung: 1. Bollen wir uns der Lohnbewegung der Innungsgesellen anschließen oder nicht? Referent: Kollege W. Storing. 2. Diskussion. 178/8

Kollegen! Wir erwarten, daß in dieser Versammlung sämtliche Schmiede der Fuhrgeschäfte, Abfuhrgehilfen, Eiswerke, Mörtelwerke, Cuniculgesellschaft usw. anwesend sind. Kollegen! Halte! für einen guten Besuch der Versammlung und erscheint zahlreich; dann werden wir auch in diesen Betrieben menschenwürdige Verhältnisse schaffen können. Mit Gruß Der Einberufer.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin. Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 0670. Arbeitsnachweis Zimmer 34. Amt IV, 3353.

Wahltableau

für die am 30. April d. J. vorgzunehmende Wahl von 37 Delegierten zur Generalversammlung in Leipzig. Die Wahlzeit ist von vormittags 10 Uhr bis nachmittags 2 Uhr.

Gewählt wird in folgenden Lokalen: 1. Raabes Salon, Kolbergerstr. 23. Wahlleiter Menz. 2. Bernhard Rose-Theater, Babstr. 58. Wahlleiter Wegener. 3. Wernau's Festsaal, Schwebelstr. 23. Wahlleiter Denk. 4. Voelkers Festsaal, Weberstr. 17. Wahlleiter Buss. 5. Graumanns Festsaal, Raunynstr. 27. Wahlleiter Günther, Liesack. 6. Thiel, Rixdorf, Bergstr. 152. Wahlleiter Schneller. 7. Kump, Säulstr. 59. Wahlleiter Fiebus. 8. Kronenbrauerei, Alt-Weidstr. 47/48. Wahlleiter Hartmann. 9. Volkshaus Charlottenburg, Hofmannstr. 3. Wahlleiter Wuschick. 10. Steglitz, Schellhase, Hornstr. 15a. Wahlleiter Loos. 11. Böhle, Spandau, Neumeisterstr. 5. Wahlleiter Wücker. 12. Oberschöneweide, Kaufhof, Büffelminnenhofstr. 18. Wahlleiter Ballach. 13. Rummelsburg, Tempel, Alt-Bohngarten 56. Wahlleiter Brühl. 14. Köpenick, Gelling, Schönereibenstr. 5. Wahlleiter Gühne. 15. Reinickendorf, Wulst, Beckenstr. 29. Wahlleiter Püschel. 16. Weißensee, Schmutz, König-Schäffer 28. Wahlleiter Frahm. Zentralwahlbureau ist Engel-Ufer 15. Obmann des Gesamtwahlkomitees ist der Kollege Hermann Henning. Die Stimmlisten werden an den Eingängen zu den Wahllokalen verteilt. Ohne Mitgliedsbuch kann niemand wählen. Zahlreiche Beteiligung wird erwartet. Die Ortsverwaltung.

Orientalisches Ballhaus

Neue Königstr. 45 (Grand Hotel) Montag, Dienstag, Mittwoch und Donnerstag: Réunion Anfang 10 1/2 Uhr.

Hygienische

Bedarfsartikel. Neuester Katalog m. Empf. viel. Geräte u. Prof. grat. u. fr. H. Unger, Gummitwarenfabrik, Berlin NW., Friedrichstr. 91/92. * Freunden und Genossen zur Nachricht, daß ich Kleinststraße 26 ein Weiß- und Bayrischbier-Lokal eröffnet habe. Rudolf Lehmann.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau

Hermine Lahnt geb. Wojkowski

am Dienstag, den 25. April, vormittags um 4 Uhr, nach kurzen Leiden am Herzschlag verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 28. April, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Heiligen Kreuz-Kirchhofes in Mariendorf aus statt. 12686

Der trauernde Gatte Gustav Lahnt.

Verband der Hafenarbeiter und verw. Berufsgen. Deutschlands.

Berlin II. Bretterträger und Brettschneider. Nachruf! Am 22. April cr. verstarb unser Mitglied

Wilhelm Senz.

Ehre seinem Andenken. Der Vorstand.

Dankfagung.

Sage allen Verwandten, Freunden und Bekannten sowie den Genossen des 6. Kreises, des 605. Wahlbezirks, den Kollegen, den Ausführenden der Expeditionen der Brandenburgischen Stadt, Wedding, Gesundbrunnen und Rosenthaler Vorstadt für die reichen Kränzchen und zahlreiche Beteiligung sowie dem Gesangsverein „Nordwest“ für den erhabenden Gesang am Sarge und Grabe meines lieben unvergesslichen Mannes meinen herzlichsten Dank.

Die trauernde Witwe Ida Stoltzenburg.

Dankfagung.

Für die rege Beteiligung an der Beerdigung meines Sohnes Otto Schramm

sagen wir allen Verwandten, Bekannten und Freunden, insbesondere der Firma Karl Heino unseren aufrichtigsten Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen. August Schramm nebst Familie. Mario Schramm geb. Vonnor, 12735 und Kind.

Dankfagung.

Für die große Teilnahme und die zahlreichen Kränzchen bei der Beerdigung unseres unvergesslichen Sohnes und Bruders

Paul Richter

sagen wir allen Bekannten sowie dem Schwimmlub „Germania“ und dem Gesangsverein „Norddeutsche Edelsteine“ unseren tiefgefühlten herzlichsten Dank. Max Richter nebst Familie, Adalbertstraße 5.

Danksagung!

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei der Beerdigung meines Bruders, sage ich allen Freunden und Kollegen, insbesondere den Mitgliedern der Hamburger Tischlerkassa meinen herzlichsten Dank. Franz Klein.

Dankfagung.

Für die rege Beteiligung und die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei der Beerdigung meines Vaters, unseres unvergesslichen Vaters

Johann Sruka

sagen wir allen Beteiligten, insbesondere der Werkstatt Begeleben und dem Deutschen Holzarbeiter-Verband, besonders dem Kollegen Kleinau und der Familie Deines unseren verbindlichsten Dank. 29372

Wwo. Katharina Sruka nebst Kindern.

Dankfagung.

Für die herzlichste Teilnahme bei der Beerdigung unseres lieben Vaters, des Schlossers

Wilhelm Huck

sagen wir allen Verwandten, Freunden u. Bekannten, besonders dem Deutschen Metallarbeiter-Verband, den Kollegen der Firma Semmler u. Bieberg, den Ausführenden der Firma Penlow und dem Sparverein Hoffnung II unseren innigsten Dank. 29382

Die trauernden Kinder Geschwister Huck.

Dr. Simmel, Prinz-

Str. 41, Spezialist für Haut- und Halsleiden. 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

Eine Mark

wöchentl. Teilzahlung liefert elegante, fertige Herren-Moden. Ersah für Makarbeit. Anfertigung nach Maß. feinste Verarbeitung. Garantie tadelloser Sitz. Spezialgeschäft für Herren-Bekleidung. Kein Waren-Kredithaus. J. Kurzberg An der Jannowitzbrücke 1, Bahnhof Jannowitzbrücke.

Kongress der Lithographen, Steindrucker und Berufs-genossen.

Heut hielten zunächst sowohl der Senefelder-Bund wie der Verband der Lithographen etc. getrennte Sitzungen ab, in denen jede Organisation für sich zu den bisher gefassten Beschlüssen Stellung nahm.

Die Sitzung, an der die Delegierten des Senefelder-Bundes allein teilnahmen, nahm folgenden Antrag gegen 8 Stimmen an: Die Generalversammlung des Deutschen Senefelder-Bundes akzeptiert ausdrücklich alle in den vorangegangenen Sitzungen, denen die Delegierten der 6. Generalversammlung des Verbandes der Lithographen, Steindrucker und Berufs-genossen als beratende Gäste beiwohnten, gefassten Beschlüsse.

Zwei der Delegierten, die gegen den Antrag gestimmt hatten, erklärten hierzu, sie erkennen an, daß alles geschehen sei, um den Bundesmitgliedern möglichst entgegenzukommen.

Die Generalversammlung des Verbandes der Lithographen, Steindrucker und Verwandten Verufe nimmt mit Befriedigung Kenntnis von den ungeänderten Statutenbestimmungen des Senefelder-Bundes.

Die Generalversammlung des Verbandes der Lithographen, Steindrucker und Verwandten Verufe nimmt mit Befriedigung Kenntnis von den ungeänderten Statutenbestimmungen des Senefelder-Bundes. Die Generalversammlung erkennt an, daß mit diesem Statut der wirtschaftliche Kampf in vollem Maße vertreten wird, wie auch die bisherigen Bundeseinrichtungen in noch stärkerem Maße gesichert erscheinen, so daß damit der Verband der Lithographen, Steindrucker und Verwandten Verufe bei Inkrafttreten des abgeänderten Senefelder-Bund-Statutes mit Aktiven und Passiven zu übernehmen.

Aus den Reihen der Delegierten des Senefelder-Bundes ging nachstehender Antrag ein, der in namentlicher Abstimmung gegen drei Stimmen angenommen wurde:

Die Generalversammlung des deutschen Senefelder-Bundes beschließt, am 1. Juli 1905 den Verband der Lithographen, Steindrucker und Verwandten Verufe mit sämtlichen Aktiven und Passiven aufzunehmen. Die in der Generalversammlung des Deutschen Senefelder-Bundes angenommenen Uebergangsbestimmungen, die hiermit ausdrücklich akzeptiert werden, finden dabei Anwendung, ebenso § 15 des jetzigen, bzw. § 13o des vom 1. Juli ab gültigen Statuts. Das vom genannten Verband übergebene Vermögen wird der Klasse I des Bundes, der Gewerkschaftskasse, überwiesen.

Hierauf begann wieder die gemeinsame Tagung der beiderseitigen Delegierten. Die Versammlung setzte die

Anstellungsbedingungen der Bundesbeamten fest und nahm folgende Gehaltskala an: Das Anfangsgehalt aller von der Generalversammlung fest Angestellten beträgt jährlich 2000 M. Dasselbe steigt für den Hauptvorstandenden und dem Hauptkassierer jährlich um 75 M. bis zum Höchstbetrage von 2800 M. Der Kassierer erhält außerdem 800 Mark Monatslohn jährlich. Das Gehalt des Redakteurs und der weiteren Angestellten des Hauptvorstandes steigt bis 2800 Mark im Jahre. Das Gehalt der in Gauen oder Mitgliedschaften Angestellten steigt jährlich um 50 Mark bis 2400 Mark. Alle Festangestellten werden bei der Unterstützungsvereinigung versichert, die Beiträge zahlt der Bund. Alle Angestellten haben jährlich 2 Wochen Ferien.

Nachdem die Gehaltsfrage geregelt war, wurde einstimmig und ohne Debatte Berlin als Sitz des Hauptvorstandes bestimmt. — Die

Wahlen zum Hauptvorstand

hatten folgendes Ergebnis: Hauptvorstandender Sillier, Hauptkassierer Brall (beide beibehalten seither die gleichen Ämter im Verband der Lithographen usw.), Sekretär Lange (Frankfurt a. M. (bisher 2. Vorsitzender des Senefelder-Bundes). Die Genannten sind in geheimer Abstimmung nahezu einstimmig gewählt. Der bisherige Hauptkassierer des Senefelder-Bundes, Dietrich-Frankfurt a. M., der wegen hohen Alters und persönlicher Verhältnisse nicht nach Berlin übersiedeln kann, wird mit jährlich 2000 M. pensioniert und erklärt, daß es ihm ein Bedürfnis sei, auch ferner noch innerhalb der Frankfurter Mitgliedschaft für die Interessen des Bundes zu arbeiten.

Als Sitz der Kontrollkommission wurde Dresden, als Sitz der Preßkommission Frankfurt a. M. bestimmt. Obier, der bisherige Redakteur der „Graphischen Presse“, wurde wieder mit diesem Amt betraut.

Die nächste Generalversammlung findet in Hannover statt.

In der Nachmittagsitzung wurde der letzte Punkt der Tagesordnung:

Tarifbewegungen

behandelt. Der Referent Obier besprach eingehend die Bewegungen, welche in München, Leipzig und Nürnberg stattgefunden haben, und knüpfte daran taktische Erwägungen. Dem Referat folgte eine rege Aussprache. Vereinzelt wurde die Anschauung vertreten, daß Tarifverträge, namentlich wenn sie auf längere Zeit abgeschlossen werden, nicht dem Interesse der Arbeitnehmer dienen. Die vorherrschende Meinung war dagegen die, daß man zunächst versuchen müsse, lokale Tarife abzuschließen, auf deren Grundlage man dann zu einer Tarifgemeinschaft für ganz Deutschland kommen müsse. Weiter wurde betont, daß bei den Bewegungen das Ziel ins Auge gefaßt werden müsse: Achtstündige Arbeitszeit für Lithographen, neunstündige Arbeitszeit für Steindrucker, Aufbesserung der Löhne, Regelung des Lehrlingswesens.

Im Anschluß an einen in der Debatte erörterten Einzelfall fand folgender Antrag Annahme:

In Rücksicht auf die Tarifbewegung in Nürnberg beschließt die Generalversammlung, die Nürnberger Kollegen, besonders die Lohnkommission zu ermahnen, an ihrer Bewegung festzuhalten und sie energisch durchzuführen.

Zur allgemeinen Frage der Tarifbewegung wurde folgende Resolution angenommen:

Die Generalversammlung beschließt: Es ist mit aller Kraft für Durchführung unserer tariflichen Forderungen zu wirken, und es ist überall da, wo die Verhältnisse für einen Tarifabschluß günstig liegen, für den Abschluß korporativer Arbeitsverträge energisch einzutreten. Im übrigen soll an allen Plätzen für Durchführung unserer allgemeinen Forderungen in bezug auf Lohn- und Arbeitsverhältnisse gesorgt werden.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Siebente Generalversammlung des Zentralverbandes der deutschen Glasarbeiter.

Jena, 24. April.

Zweiter Verhandlungstag.

Nach Eröffnung der Sitzung wird in der Diskussion der Vorstands- und Ausschußberichte fortgefahren.

Dirschel-Fürth kritisiert mehrfach das Verhalten des Vorstandes bezüglich der Agitation. Mit der Inzenerierung des Berliner Streiks sei man in Fürth nicht einverstanden. Man hätte sich selber erst verständigen müssen mit Fürth, weil dort Berliner Arbeit verrichtet werde. Redner tabelt auch, daß man sich im Zentralvorstand häufig nicht einig gewesen sei. Ferner kritisiert Redner das Verhalten des Abgeordneten Horn, der im Reichstage nicht auf die Zustände der Glasbläuen in Bayern eingegangen sei. Zum Schluß empfiehlt Dirschel die Prüfung des Zusammenchlusses mit den Organisationen der Töpfer, Porzellanarbeiter und Glasler.

Gros-Ofer erkennt im allgemeinen die Tätigkeit des Vorstandes als den Verhältnissen entsprechend an, jedoch hätte können in mancher Beziehung in der Agitation mehr gesehen.

Ein großer Teil der Schuld liege an den Mitgliedern, die ihren Verpflichtungen dem Verbands gegenüber nicht gerecht würden. Das Solidaritätsgefühl fehle vielfach. Die Pflege der Statistik sei sehr notwendig, weil sich darauf die ganze Agitation aufbauen müsse.

Die weitere Diskussion des ganzen Vormittags bewegt sich in dem Fahrwasser, daß teilweise der Vorstand scharf kritisiert wird, andererseits wird sein Verhalten als korrekt bezeichnet. Aus alledem klingt heraus, daß es an Arbeitskräften fehlt und daß das Bedürfnis nach einer größeren Agitation vorhanden ist. Schließlich gelangte kurz vor Mittag ein Antrag auf Schluß der Debatte zur Annahme.

Nachmittagsitzung.

In der Nachmittagsitzung sucht Girbig in seinem Schlußwort in längeren Ausführungen die gegen den Vorstand erhobenen Vorwürfe zurückzuweisen, namentlich bezüglich des Berliner Streiks. Der Vorstand habe vollkommen korrekt gehandelt. In einzelnen Fällen, in denen Irrtümer vorgekommen, liege die Schuld an ungenügender Information oder unrichtiger Darstellung des Sachverhalts durch die Zahlstellen.

Dem Vorstände bezw. dem Kassierer wird sodann einstimmig Decharge erteilt.

Zum Punkt 7 der Tagesordnung „Sonntagsarbeit“ referiert Buchmann-Weißwasser. Die Einführung der Sonntagsruhe sei eine der brennendsten Fragen für die Glasarbeiterschaft. Die technische Entwicklung sei heute soweit vorgeschritten, daß das Unternehmertum ohne jeden Schaden die Sonntagsarbeit abschaffen könne. Es müsse darauf gedrungen werden, daß die Ausnahmebestimmungen in der Gewerbe-Ordnung beseitigt würden. Lange Arbeitszeit bedinge nicht nur niedere Löhne, sondern erhalte auch die indifferenten Kollegen in der Unwissenheit. Mit Petitionen sei bei der Regierung und beim Unternehmertum nichts zu erreichen, deshalb empfehle sich eine andere Taktik als bisher. Es müsse durch Flugblätter und Broschüren auf die gesundheitschädliche Beschäftigung in den Glasbläuen hingewiesen und die unbedingte Sonntagsruhe gefordert werden; auch empfehle es sich, die Gelegenheit in öffentlichen Volksversammlungen zu behandeln. Redner bringt eine dementisprechende „Resolution“ ein.

Mehrere Redner sind der Ansicht, daß man doch den Weg der Petitionen wieder beschreiten müsse. Schließlich liegen drei Resolutionen vor: die des Referenten, des Abgeordneten Horn und des Delegierten Beschel-Deuben. Da eine Einigung nicht zu erzielen ist, so wird eine dreigliedrige Redaktionskommission gewählt, welche nach Schluß der Sitzung die drei Resolutionen in einer möglichst für alle annehmbaren Fassung vereinigen soll.

Weiter wird noch eine Kommission von fünf Personen beauftragt, alle vom Vorstände und den Zahlstellen vorliegenden Anträge, die finanzielle Aufwendungen erfordern, zu prüfen und der Generalversammlung das Resultat der Prüfung in bestimmten Vorschlägen zu unterbreiten.



Keinen Ärger, keine Anstrengungen wie bisher, wenn Sie bei Ihrer Wäsche und für die Haushaltung Sunlight Seife verwenden. Mit ihr verliert der Wasch- und Reinmachetag seine Schrecken. Sie löst den Schmutz, ohne Gewebe und Farben anzugreifen. Das Kochen und das Bräuen der Wäschestücke ist nicht notwendig und das mühevolle Reiben und Kneten wird erspart. Die Wirkung beruht nur auf wissenschaftlicher Grundlage. Sunlight Seife wäscht eben Alles, was zu waschen ist.

Advertisement for MAGGI'S WÜRZE (Maggi's Seasoning) featuring a logo with a cross and text: 'billiger, wenn die Originalfläschchen beim Kaufmann nachgefüllt werden.' Includes a price table for different quantities.

Adtung, Gewerkschaften!

Geffentliche Mai-Versammlungen

am Vormittag des 1. Mai.

☛ ☛ **Sämtliche Versammlungen finden mit Hülfarbeitern und Frauen statt.** ☛ ☛

Die Tagesordnung in sämtlichen Versammlungen lautet:

Die Bedeutung des 1. Mai.

Bekleidungs-Industrie. Gruppen-Versammlung bei Ulbrich (fr. Flobig), Gr. Frankfurterstr. 28, vorm. 10 Uhr.
Referent: W. Köffel.

Handels-, Transport- u. Verkehrs-Gewerbe. Gruppen-Versammlung, Cohns Festsäle, Beuthstr. 20, Großer Saal, mittags 12 Uhr.
Referent: Karl Kapler.

Holzarbeiter. Gruppen-Versammlung: Neue Welt, Gasenhalde 106-114, vormittags 10 Uhr.
Referent: Alfred Bernstein.

Schuhwaren-Industrie. Gruppen-Versammlung im Schweizer-Garten (Rödingstr.), vormittags präzis 10 Uhr.
Referent: Eugen Brückner.

Bauarbeiter. „Brauerel Friedrichshain“, vormittags 10 Uhr.
Referent: Adolf Ritter.

Buchbinder und Buchbinderei-Arbeiterinnen, Etui- und Ledergalanterie-Arbeiter und Arbeiterinnen. „Berliner Ressource“, Kommandantenstr. 57, vormittags 10 Uhr.
Referent: Paul Litfin.

Glasarbeiter, Glaser, Glasschleifer. Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 5.
Referent: Emil Kloth.

Dachdecker, Asphaltreure und Pappdachdecker. Felnd, Weinstraße 11, vormittags 10 Uhr.
Referent: Ernst Brückner.

Graveure und Ziseleure. Dresdener Garten, Dresdenerstr. 45, vormittags 10 Uhr.
Referent: Gustav Bauer.

Holzbearbeitungsmaschinen-Arbeiter. Kussins Festsäle, Andrastr. 21, vormittags 10 Uhr.
Referent: Mündner.

Holz-, Stein- und Gips-Bildhauer und Modelleure. Luisenstädt. Konzerthaus, Alte Jakobstr. 37, vorm. 10 Uhr.
Referent: G. Linf.

Möbelpollerer. „Königsbank“, Große Frankfurterstr. 117, vormittags 10 Uhr.
Referent: Friß Tarnow.

Maler und Lackierer. Dräsel's Festsäle, Neue Friedrichstraße 35, vormittags 10 Uhr.
Referent: Dr. Silberstein.

Maurer. „Berliner Bock-Brauerel“, Tempelhofer Berg, vormittags 9 1/2 Uhr.
Referent: Hermann Silberschmidt.

Porzellanarbeiter und Schildermaler. Gewerkschaftshaus, Saal I, Engel-Ufer 15, vormittags 10 Uhr.
Referent: Friß Zietsch.

Putzer. Kellers Festsäle, Köppenstraße 29, vormittags 10 Uhr.
Referent: Waldek Manaffe.

Gips- und Zementbranche. Kliem, Gasenhalde 13-15, vormittags 10 Uhr.
Referent: Albrecht Fülle.

Hafenarbeiter (Bretterträger). Königstadt-Kasino, Goldmarkstr. 72, vormitt. 10 Uhr.
Referent: E. Girbig.

Nahrungs- und Genußmittel-Gewerbe. Gruppen-Versammlung bei Boeker (früher Nielt), Weberstr. 17, vormittags 10 Uhr.
Referent: Hugo Pösch.

Graphisches Gewerbe. Gruppen-Versammlung: Bock-Brauerel (H. Saal), am Tempelhofer Berg, vorm. 10 Uhr.
Referent: A. Maffini.

Metallarbeiter. Gruppen-Versammlung: Palast-Theater, Ede Burg und Wolfgangstraße, vormittags 10 Uhr.
Referent: Reichstags-Abgeordneter Eduard Bernstein.

Lederbearbeitung. Gruppen-Versammlung im Lokal „Marienbad“, Badstr. 36 (Gesundbrunnen), vormittags 10 Uhr.
Referent: Max Kiesel.

Portefeuller. „Fürstenhof“, Köpenickerstr. 137/138, vormittags 10 Uhr.
Referent: Redakteur Paul John.

Sattler. Zentral-Festsäle, Alte Jakobstr. 32, vormittags 10 Uhr.
Referent: Otto Sillier.

Steinarbeiter, Granit- u. Marmorarbeiter. Festsäle des Vereins Berl. Musiker, Kaiser Wilhelmstr. 18m, vorm. 10 Uhr.
Referentin: Frau S. Kiesel.

Steinsetzer. F. Wilke, Brunnenstr. 188, vormittags 10 Uhr.
Referent: H. Wuschid.

Rammer. Bergstraße Nr. 12, vormittags 10 Uhr.
Referent: Joseph Hartmann.

Stukkateure, Gipsgießer. Frankes Festsäle, Sebastianstr. 39, vormittags 10 Uhr.
Referent: Max Grunwald.

Schneider u. Schneiderinnen. Arminhallen, Kommandantenstraße 20, vorm. 10 Uhr.
Referent: Johann Sassenbach.

Tapezierer. Wendt (Cohns) Festsäle, Beuthstr. 20, vormittags 10 Uhr.
Referent: Otto Wels.

Töpfer. Gewerkschaftshaus (großer Saal), Engel-Ufer Nr. 15, vormittags 10 Uhr.
Referent: P. M. Grempe.

Vergolder. Alhambra, Dallner-Theaterstraße Nr. 15, vormittags 10 Uhr.
Referent: Max Schütte.

Zimmerer (2 Versammlungen). 1. Buggenhagen, am Moritzplatz, vorm. 10 Uhr. Referent: Reichstags-Abg. Wolfgang Seine.
2. Ballschmieders Festsäle, Badstraße 16, vormittags 10 Uhr. Referentin: Frau Dr. Lily Braun.

Städtische Arbeiter. Dräsel's Festsäle, Neue Friedrichstr. 35, abds. 8 Uhr.
Referent: Stadtv. Kofke.

Sekt. V Straßenreiniger. Arminhallen, Kommandantenstraße 20, nachmittags 2 Uhr.
Referent: Stadtverordneter Voigt.

Charlottenburg. 2 Versammlungen sämtlicher Gewerkschaften
Vormittags 9 Uhr im Volkshaus, Rosenstr. 3:
Referenten: Georg Bernhard, Otto Flemming.

Schöneberg. Versammlung sämtlicher Gewerkschaften.
Vormittags 10 Uhr bei Obst, Weiningerstr. 8:
Referent: A. Drunfel.

Stralau-Rummelsburg. Versammlung sämtlicher Gewerkschaften.
Vormittags 9 Uhr bei Ww. Schoner, Neu-Zeeland:
Referent: W. Ramdrosch.

Rixdorf. Versammlung sämtlicher Gewerkschaften.
Vormittags 10 Uhr:

Weißensee. Versammlung sämtlicher Gewerkschaften.
Vormittags 10 Uhr Schloß Wehensee:
Referent: Stadtv. Fr. Kofke.

Adlershof u. Umgegend. Versammlung sämtlicher Gewerkschaften.
Vormitt. 10 Uhr bei Meißner, Widmarstr. 60:

Friedrichsberg-Lichtenberg. Versammlung sämtlicher Gewerkschaften.
Vormittags 10 Uhr bei Gebr. Arnold, Frankfurter Chaussee 120:
Referentin: Frau Dr. Wehl.

Nieder-Barnim. Versammlungen der Gewerkschaften.
Vormittags 10 Uhr in:

Erkner, im Lokal von Müller, „Schützenhaus“.

Pankow, in Rosydis' Gesell. schaftshaus.

Friedrichsfelde, bei Suse, Prinzen-Allee 30.

Oranienburg, vormittags 10 Uhr.

Die Gewerkschaften resp. die Einberufer der Gruppen-Versammlungen haben ihre Versammlungen selbst anzumelden. Bei den vorherigen Zusammenkünften bedarf es keiner Anmeldung. — Gleichzeitig werden die Bureau's der Versammlungen beauftragt, über die Anzahl der Versammlungsbesucher dem Gewerkschafts-Bureau, Engel-Ufer 15, Gewerkschaftshaus, 2. Flureingang, schriftlich Kenntnis zu geben.

Der Ausschuß der Berliner Gewerkschaftskommission.

Kaufmannsgerichtswahlen.

Die amtlichen Formulare für die Wahllegitimation sind unentgeltlich außer beim Magistrat, Poststr. 16, auch an folgenden Stellen zu haben: Bureau des Zentralverbandes der Handlungsgeschäftlichen und -Geschäftsführer Deutschlands, Neue Friedrichstr. 20 I; Bureau der Gewerkschaftskommission, Engel-Ufer 15; Expedition des „Vorwärts“, Lindenstr. 69; Jakob Wiebe, Gr. Frankfurterstr. 38.

Berliner Nachrichten.

Wider die Pfaffenherrschaft.

Von diesem im Verlage der Buchhandlung Vorwärts erschienenen Werke liegt nunmehr auch der zweite Band komplett vor. Es ist unserem am 7. Februar 1904 verstorbenen Parteigenossen Emil Rosenow nicht vergönnt gewesen, die Arbeit zu vollenden; mitten im Schreiben riß ihn der Tod hinweg. Die Kapitel XVIII bis XXVII sind von Heinrich Ströbel verfaßt. Der zweite Band beginnt mit der Schilderung der schwäbisch-fränkischen Bauernrevolution im zweiten Viertel des sechzehnten Jahrhunderts, geht dann zur thüringisch-sächsischen Bauernbewegung über, um hierauf den Untergang des mittelalterlichen Kommunismus zu behandeln. Im siebzehnten Kapitel des Werkes, dem letzten von Rosenow, ist eingehend die Aufriechtung des „neuen Zion“ in der westfälischen Stadt Münster dargestellt und eine plastische Charakteristik der merkwürdigen Gestalt des Johann von Leyden gegeben. Der Verfasser verweilt längere Zeit bei diesem fähigen Interpreten der christlichen Lehre und weist mit Energie die Verleumdungen zurück, die geflissentlich über die Persönlichkeit des „Propheten“ als auch über die Agitation der Wiederbauer im allgemeinen in Umlauf gesetzt sind. Eine Wiedergabe der Darstellung des Münsterischen Rectors Resenbrock über die grausame Marterung und Hinrichtung Johanns und seiner Gefährten bildet den Schluß dieses Kapitels. Dann führt Ströbel uns im dritten Teil des Buches in die Zeiten der Gegenreformation und in die Lächerlichkeiten des Buchstabenglaubens hinein und gibt vom Wirken des Jesuitenordens ein anschauliches Bild. Die Greuel des Hexenwahns werden geschildert und in lichtvoller Darstellung, die u. a. das landläufige Bild von Wallenstein berichtigt, ziehen in den Kapiteln XVIII bis XXVI die Schreden des 30jährigen Religionskrieges an uns vorüber. Das Schlusskapitel zeigt, wie nach dem großen Wahne die Geisteskultur wieder einsetzte, schildert den allmählichen Sieg der Wissenschaft über das Dogma und weist auf das sozialistische Proletariat als den Ueberwinder der Pfaffenherrschaft hin.

Wohl selten hat in neuerer Zeit ein Buch mehr Anfeindungen erlebt als die „Kulturbilder“. Der Bedenken in Freundeskreisen haben wir bei Besprechung des ersten Bandes gedacht und erwähnt, daß der Vorwurf gegen Rosenows „Pfaffenherrschaft“, daß es ein Tendenzwerk sei, mit gutem Gewissen hingenommen werden könne. Wir stehen im Kampfe rings von Feinden umgeben, und haben, wo es nur angebracht ist, auch die Geschichtswissenschaft für uns zu verteidigen. In Rosenows Buch lassen wir Tatsachen, Ergebnisse geschichtlicher Forschung, lassen wir hervorragende Zeitgenossen reden, und wenn das Mitgeteilte in der Gegenwart einen guten Resonanzboden findet, wie der ungeahnte Erfolg des Buches zeigt, so spricht dies für das Bedürfnis der Bevölkerung nach einer gefunden geistigen Kost, wie sie im ersten Bande der Kulturbilder gegeben ist.

Daß die Dunkelmänner und namentlich die der katholischen Kirche das Buch heftig anfeinden, ist selbstverständlich und soll ihnen nicht übel genommen werden. Die Herren kämpfen eben für ihre Interessen. Welche Furcht vor dem Buche in Zentrumskreisen herrscht, zeigt die Tatsache, daß katholischerseits eigens eine Broschüre als Warnung vor der „vergiftenden Lektüre“ herausgegeben wurde. Ihr Titel schon ist bezeichnend: „Die roten Pfaffenlöcher oder Wo zu die Sozialdemokraten die Kirchengeschichte fälschen“. Ein unbekannter Herr J. Offenbach, dem etwas vom Esprit seines musikalischen Namensvetters zu wünschen wäre, hat die Schrift „dem christlichen Volke zur Warnung“ in Dieburg erscheinen lassen. Was Geisteskind der Verfasser ist, zeigt die Stelle in der Broschüre, in der er die wohl oder übel von ihm zugegebene Verderbnis der Kirche erklärt. Schuld daran ist — das Streben nach Bildung, nach heidnischer Bildung, das im Zeitalter des Humanismus die führenden Geister bedörte. Er schreibt wörtlich:

„Besonders die jüngeren Humanisten förderten die religiöse Gleichgültigkeit und Trivialisität. Sie untergruben durch ihre in gefälliger, ja bezaubernder Sprache geschriebenen, aber durchaus schlüpfrigen Essays Religion und Sittlichkeit. Weiße Kreise der menschlichen Gesellschaft waren von heidnischer Bildung durchsetzt. Alles schwärmte für altheidnische Kunst und Wissenschaft. Auch der geistliche Stand wurde von dieser verderblichen Zeitströmung ergriffen. Ist es da zu verwundern, daß gerade in dieser Zeit namentlich ein Mann nach einem sehr anstößigen Vorleben durch Bestechung den Weg zum Thron fand: Ein Kind dieser traurigen Zeit und das Opfer dieser heidnischen Bildung?“

So urteilt mit kirchlicher Approbation ein Zentrumsmann über eine Zeit, in der ein Hutten jubelnd ausrief: Die Geister wachen auf; es ist eine Lust zu leben! Und dieser Zentrumschüler hat den Mut, dem sozialdemokratischen Verfasser der „Kulturbilder“ Förderung der Unkultur vorzuwerfen. Wer eine aus der Angst vor Aufklärung zutage geförderte Agitationschrift wie „Die roten Pfaffenlöcher“ liest, erkennt so recht die Notwendigkeit von Büchern im Sinne des Rosenowschen. An unseren Parteigenossen liegt es, dafür zu sorgen, daß überall, wo noch die Finsternis herrscht, die „Kulturbilder“ Eingang finden.

Berlin baut Tempel und streut Blumen. In der gestrigen Sitzung der gemischten Deputation, die zur Vorbereitung der von der Stadt Berlin aus Anlaß der Vermählungsfeierlichkeiten für den Einzug des Kronprinzenpaars zu treffenden Veranstaltungen gewählt worden ist, legte Stadibaurat Ludwig Hoffmann die Entwürfe zur Ausschmückung der Feststraße beim Einzuge der Prinzessin Cécile vor. Der Grundgedanke der Dekoration ist: Berlin streut der einziehenden Prinzessin Blumen. Der Haupt schmuck wurde für den Pariser Platz vorgesehen, wo der Oberbürgermeister mit den städtischen Behörden die Prinzessin begrüßen wird. Zwischen den ersten Lindenbäumen wird ein leichter Triumphbogen errichtet, ein oberer Abschluß ist ein offener Tempel. Vor und in dem Tempel sollen in drei Reihen übereinander weißgekleidete Kinder

mit rosa Rosenkränzen auf den Köpfen stehen und mit Rosenzweigen der Prinzessin entgegenwinken. Auch die Ehrenjungfrauen, die vor der Tribüne die Prinzessin erwarten, werden ebenfalls rosa Rosenkränze tragen. Die Berliner Stadtverwaltung zeigt sich also wieder einmal der großen kommunalen Aufgaben gewachsen. Das Konzept seiner gewiß von Bürgerdemut triefenden Begrüßungsrede hat der Herr Oberbürgermeister wohl der Deputation nicht vorgelegt. Sein Name bürgt nach seinen bisherigen Leistungen für die gediegenste Ausführung.

Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am Donnerstag, den 27. April, nachmittags 5 Uhr: Die Akten betreffend die Wahl des Bankiers und Handelsrichters Richard Döhrenfurth, Alsenstraße 7, und des Kaufmanns Ernst Gohlde, Friedrichstraße 63, zu Stadtverordneten. — Vorlage betreffend die Aufnahme des Dienstmädchens Gaensch in die Wunderlich-Stiftung. — Vorschläge des Ausschusses für die Wahlen von unbesoldeten Gemeindebeamten. — Wahl von drei Stadtverordneten und drei Bürgerdeputierten für das Kuratorium der technischen Mittelschule sowie je eines Mitgliedes für die Hochbaudeputation und die Tiefbaudeputation mittels Stimmzettel. — Die ausführlichen Projekte und Kostenanschläge für Bauten auf den Rieselgärten. — Die Reuregelung des Betriebes bei den städtischen Fluß-Badeanstalten an der Säulingsbrücke, Mühlen- und Fruchtstraße, — den Verkauf des an der Berlinerstraße, Ecke Mühlenstraße in Potsdam belegenen Grundstückes, — die Festlegung der Fluchtlinien für eine Uferstraße längs des rechten Spreewäfers von der Waisenbrücke bis zum Mühlenstamm und den Abschluß von Verträgen mit dem Fiskus über Herstellung dieser Straße und Verkauf des Grundstückes Mühlenstraße 3, — den Erwerb der zur Freilegung der südlichen Seite der Seestraße auf der Strecke von Müller- bis Nalpaqueistraße erforderlichen Grundflächen, — die Veräußerung eines Krennstückes des Grundstückes Brombergerstr. 11/Rüdersdorferstr. 70 — und die Bewilligung eines Zuschusses zu den Kosten der von dem geschäftsführenden Ausschusse für die Schiller-Feier in Berlin in Aussicht genommenen Festlichkeiten.

In der gestrigen Sitzung der städtischen Hochbaudeputation unter dem Vorsitz des Stadtrats Ramskau wurden die Entwürfe und Kostenanschläge in Höhe von 117 000 M. für die Erweiterung der Rinderställe auf dem städt. Schlachthofe, sowie die für einen Neubau einer Turnhalle auf dem Grundstück der 31. Gemeindeschule, Alt-Weaßtr. 23, der auf 28 500 M. veranschlagt ist, und für eine Erweiterungsanlage zum Zweck der Abklärung der im Klinkengebäude des Rudolf Virchow-Krankenhauses liegenden Kellerräume in Höhe von 11 600 M. genehmigt.

Pastorenstreit. Aus der Zionsgemeinde wird folgender Vorkfall gemeldet: In der Zionsgemeinde sind im Mai 1904 von den Gemeindegliedern einstimmig, also auch mit Zustimmung der Geistlichen — unter denen sich auch der Superintendent der Diözese befindet — zwei liberale Prediger gewählt worden. Diese beiden Herren hatten ihren Namen mit unter die zugunsten des gemäßigteten Predigers D. Fischer von St. Marcus erlassenen Erklärung gesetzt. Das Elisabeth-Siechenhaus in der Oberwallstraße wurde, da ein eigener Geistlicher dafür nicht angestellt ist, bisher durch einen Prediger der Zionsgemeinde unentgeltlich und ehrenamtlich mit geistlicher Arbeit versorgt. Im Falle der Behinderung dieses Herrn durch Amt oder Krankheit hatte derselbe die anderen Geistlichen aus Zion, in letzter Zeit auch die beiden neugewählten Herren gebeten, die geistlichen Funktionen an dem Elisabeth-Siechenhause für ihn auszuüben. Vor einigen Wochen nun ist dem erstverwähnten Geistlichen von seiten des Kuratoriums des Elisabeth-Siechenhauses, unterzeichnet P. v. Ranke, Pfarrer der Elisabeth-Gemeinde, die schriftliche Aufforderung zugegangen, den beiden liberalen Herren von Zion die Kanzel des Elisabeth-Siechenhauses nicht mehr zur Verfügung zu stellen. Der Adressat hat darauf dem Kuratorium mitgeteilt, daß, wenn den Herren Amtsbüchern, die berufen sind, an der großen Zionsgemeinde das Predigeramt auszuüben, die Kanzel des Elisabeth-Siechenhauses verboten wird, er dies als einen Schimpf und als eine Verleumdung sowohl seiner Amtsbücher als der Gemeinde-Körperschaften von Zion ansehen und auch seinerseits seine Tätigkeit im Dienste des Elisabeth-Siechenhauses einstellen müsse. Es wird interessant sein zu erfahren, welche Stellung das Konsistorium zu dieser Frage einnehmen wird.

Der Beschluß der sozialorganisierten Maurer, wonach die Teilnehmer an der Dombauseier auf ein Jahr von der Mitgliedschaft ausgeschlossen sein sollen, wird natürlich von der bürgerlichen Presse wiedergegeben. Während die meisten Zeitungen sich in dieser Angelegenheit mit kurzen gehaltenen Bemerkungen begnügen, glaubt ein Blatt, das am heftigsten Urtheil faßt, hübsch stillzuschweigen, der Angelegenheit einen Leitartikel widmen zu müssen. Die katholische „Märkische Volkszeitung“ nämlich. Bei dem Dogen einer Religionsrichtung, in der Intoleranz oberstes Dogma ist, und die mit einem Angehörigen, der sich für eine politisch, wissenschaftlich oder religiös radikale Anschauung erklären würde, gewiß nicht viel Federlesens machte, ist dies allerdings ein starkes Stück. Wir begnügen uns damit, einfach die Komik dieses Widerspruches zu konstatieren, erstens weil das Geschick des Zentrumsblattes an sich ohne Belang ist und zweitens weil es die Sinne seiner Heuchelei in einem Punkte selbst durch eine satifam radikale Anschauung wieder gut zu machen sucht. Bei Erörterung der in der Maurerversammlung kundgegebenen Ansicht, daß solchen Leuten wie den Festteilnehmern auch zuzutrauen sei, daß sie bei gegebener Gelegenheit auf ihre Arbeitsbrüder, auf Vater und Mutter schossen, schreibt das Blatt wörtlich:

„Natürlich, wer nicht strotzt so denkt, wie die Schreier zu denken wenigstens vorgeben, dem ist Diebstahl, Raub und Mord, kurz jede Schlechtigkeit zuzutrauen.“ Wir haben es bei verschiedenen Gelegenheiten nicht an einer deutlichen Charakterisierung des Schießens auf Vater und Mutter fehlen lassen. Daß ein Zentrumsblatt diese Handlung anheimend vorbehaltlos mit Diebstahl, Raub und Mord, kurz mit jeder Schlechtigkeit auf eine Stufe stellt, konstatieren wir neidlos und mit Genugtuung als ein freimütiges Bekenntnis. Manche Sünde soll der „Märk. Volksztg.“ darob verziehen werden.

Die Rigaerstraße bedingt der Magistrat freizulegen. Die Verhandlungen mit den Eigentümern sind bis auf die mit der Firma Lange u. Guitzel von Erfolg gewesen. Diese Firma verlangt aber einen Preis, der noch durch andere Bedingungen, Erlaß aller Anlagebeiträge, wesentlich erhöht wurde. Diesen Forderungen gegenüber hat der Magistrat die Enteignung der erforderlichen Flächen beschlossen und ersucht nun die Stadtverordneten-Versammlung um ihre Zustimmung. Durch diese Enteignung wird die Freilegung der Rigaerstraße wieder verzögert.

Niederger hängen. Ein Leitartikel der „Post“ über die Aussperrung der rheinischen Brauer beginnt: „Seit der Brauereidirektor Koeslde, der später durch seinen Dauermarch hinter der Leiche des Sozenhäuptlings Liebknecht eine gewisse traurige Berühmtheit erlangt hat, in Berlin mit dem ausständigen Arbeitern den faulen Frieden schloß.“ Dreckschele bleibt Dreckschele!

Die gerichtliche Vernehmung der Witwe Krause, die gestern nachmittag im Krankenhaus am Urban stattand, hat im wesentlichen nichts Neues zutage gefördert. Die Frau bestätigt im allgemeinen ihre früher gemachten Aussagen auch unter ihrem Eide. Einige Verichtigungen ihrer ersten Behauptung hatte sie schon vorher gemacht. Daß früher angegeben wurde, der vermählte und noch immer nicht gesunde Hund habe keine Marke, hat seinen besonderen Grund. Die Dogge war als Wachhund steuerfrei, durfte dafür aber auch nicht auf der Straße herumlaufen, sondern mußte an der Leine geführt

werden. Um darum heranzukommen, hatte man ihm eine alte Marke angehängt. Den Verdacht der Täterschaft lenkt Frau Krause jetzt auf Emdrocher, die sie öfter heimlich, zuletzt vor einem Jahre, Damals erbeuteten sie einige Uhren und Goldwaren. Das Befinden der überfallenen Frau bessert sich immer weiter. Sie glaubte gestern schon das Krankenhaus verlassen zu können. Der in Treptow gefundene Hundeladaver wurde gestern am Engel-Ufer gelandet. Es ist nicht der deutsche Dogge der Frau Krause, sondern hat viel länger im Wasser gelegen, als diese vermist wird.

Bei einem Fahrstuhlunfall kam in der Handelsstraße Velle-Alliance der Fahrstuhlführer Robert Kaiser schwer zu Schaden. Beim Reingehen der Seile erlitt er an der Hand eine schlimme Quetschung, sodaß er nach der Unfallstation in der Wilhelmstraße gebracht werden mußte.

Zwei internationale Taschendiebe wurden gestern auf dem Bahnhof Alexanderplatz festgenommen. Der eine nennt sich Kuropatitwa, der andere Kuscher. Dieser wurde vor einigen Tagen schon einmal eingesperrt unter dem dringenden Verdacht, in der Friedrichstraße einer Dame das Portemonnaie und eine Stadtbahnkarte aus dem Pompadour gestohlen zu haben. Er beteuerte seine Unschuld und da die Bestohlene nicht ermittelt wurde, so ließ der Untersuchungsrichter ihn wieder laufen. Gestern sah ein Beamter, daß er auf dem Bahnhof Alexanderplatz gemeinsam mit Kuropatitwa arbeitete, und nahm beide fest. Die Kunde, daß er soeben erst in Berlin eingetroffen und harmlos durch die Straßen gegangen sei, konnte er jetzt nicht mehr gebrauchen. Dafür behauptet er nun, er habe sich nach seiner Entlassung noch in Berlin aufgehalten, um für die gemeinsame Heimreise einen Freund zu suchen.

Der Raubfall auf den Geldbrieftäger Ullm, über den vor einiger Zeit aus der Frankfurterstraße berichtet wurde, ist jetzt vollständig aufgeklärt. Ullm wurde damals, wie wir mitteilten, auf seinem Bestelgänge aus dem Hinterhalt überfallen und mit einer Feile leicht verletzt. Er verlor kein Geld und konnte seinen Dienst gleich nach der Vernehmung fortsetzen. Der Täter entloß auf die Hilfe des Ueberfallenen, wurde aber verfolgt und auf dem Boden eines Hauses in der Nachbarschaft ergriffen, nachdem er die Feile weggeworfen hatte. Er wurde festgesetzt als ein Bäcker Karl Siper, leugnete aber hartnäckig und behauptete, er habe auf dem Boden, wo man ihn sah, nur übernachtet. Jetzt hat er endlich vor dem Untersuchungsrichter ein Geständnis abgelegt. Er hatte Ullm drei Tage lang beobachtet, um seine Bestelgänge kennen zu lernen um einen Hinterhalt anzulandschaften, und die Feile für den Ueberfall eigens mitgenommen.

Kaninchenfleisch. Der Zentralverband deutscher Kaninchenzüchter hatte im Etablissement Suggenhausen in den Tagen vom 21. bis 25. April eine Kaninchenausstellung veranstaltet. Die gut besuchte Ausstellung wies zahlreichen Besuch auf. Wer zu Hause keine Kaninchen hält, der ließ sich das Vergnügen nicht nehmen als „Kaninchenzüchter“ und Interessent, von noch mehr interessierten Kindern begleitet, die Kaninchenausstellung aufzusuchen. Alle Arten und Abarten von Kaninchen wurden bewundert. Der Bund der Kaninchenzüchter beabsichtigt eine Verkaufsstelle für Kaninchenfleisch zu errichten. Bisher wird Kaninchenfleisch wohl ausschließlich von der ärmeren Bevölkerung gegessen, die den Genuß von Kinder- und Schweinefleisch nur selten erschiwingen kann. Der billigere Preis dürfte wohl der einzige Vorzug des Kaninchenfleisches sein. Die beteiligten Kaninchenzüchter beabsichtigen nun den Verkaufspreis für das Pfund Kaninchenfleisch auf 50 Pf. festzusetzen. Ob dieser nicht unerhebliche Preis einen erhöhten Kaninchenfleischkonsum herbeiführen wird, dürfte wohl sehr zweifelhaft sein.

Ein dritter Fall von Genickstarre, der jetzt im Krankenhaus am Friedrichshain festgestellt ist, bietet dadurch besonderes Interesse, daß das Wesen der Krankheit erst zehn Tage nach ihrem Eintritt mit Sicherheit von den Ärzten erkannt wurde. Es handelt sich um die 18jährige Tochter Hedwig des Gerichtskanzlisten O u n d e aus der Schlemmerstraße 8, die als Kindermädchen bei einer Familie J. in der Lothringerstraße 88 bedienstet war. Am Palmsonntag besuchte das junge Mädchen seine Eltern. Da es gegen Abend über Frost klagte und sich bei ihm auch Erbrechen einstellte, so verließ es einwillig bei den Eltern. Obgleich der Krankheitszustand nicht besorgniserregend war, wurde am nächsten Tage doch ein Arzt zugezogen, der die Diagnose auf Magen- und Darmkatarrh stellte. Eine Besserung in dem Befinden der Kranken trat nicht ein und so wurde sie am Mittwoch vor Ostern nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht. Die Eltern, die dann täglich im Krankenhaus Erundigungen nach dem Befinden ihrer Tochter einzogen, erhielten immer wieder den Befehl, daß es sich um eine Gehirnhautentzündung handele. Erst vorgestern (Dienstag), also zehn Tage nach Beginn der Krankheit, wurde den Eltern die Mitteilung gemacht, daß die Tochter an Genickstarre leide. Gleichzeitig wurde angeordnet, daß nicht nur ihre eigene Wohnung, sondern auch diejenige, in der das Mädchen bisher bedienstet war, sofort zu desinfizieren sei. Dieses ist mittlerweile auch erfolgt. Das Befinden der Patientin, die nach einer Isolierbarade des Krankenhauses geschafft wurde, ist befriedigend, so daß die Ärzte auf einen günstigen Verlauf der Krankheit rechnen.

Auch aus Neu-Ruppin wird jetzt ein Fall von Genickstarre gemeldet. Dort erkrankte am Sonnabend das zweijährige Kind eines Arbeiters und verstarb vorgestern unter verdächtigen Erscheinungen an den Folgen einer Gehirnhautentzündung. Die Behörden trafen sofort Maßnahmen, um eine weitere Ausbreitung der Seuche zu verhindern. Der Genickstarrefall in Dollgow, Kreis Neu-Ruppin, ist vereinzelt geblieben. — Um eine Weiterverbreitung der epidemischen Genickstarre zu verhindern, haben die Militärbehörden verfügt, daß bei den jetzt stattfindenden Kontrollversammlungen die zur Kontrolle Verpflichteten aus den seucheverdächtigen Orten sich nicht zu stellen haben. So sind auch die Kontrollverpflichteten aus Dollgow, die sich heute, Donnerstag, zu stellen hatten, abbeordert worden.

Bergehlichkeit. Recht unangenehm ist dem Arbeiter Hermann Victor Fouquet aus der Hallestr. 18 seine Bergehlichkeit geworden. Er geht abends mit einem Phonographen in Gastwirtschaften und verdient sich damit einige Groschen. In der Nacht zum 16. April gab er dem Wirt eines Lokales in Südosten den Apparat in Verwahrung, doch kam sich Fouquet weder auf den Namen des Wirtes, noch auf die Straße, in der das Lokal gelegen ist, besinnen. Vielleicht verhalfen diese Fellen dem Manne wieder zu seinem Eigentum.

Unter den Räubern des Autos. Der neun Jahre alte Sohn Georg des Arbeiters Stein aus der Köpenickerstraße 150 spielte am zweiten Feiertage, nachmittags um 6 Uhr, mit dem sechsjährigen Knaben Erich Stumpf aus demselben Hause auf der Straße „Kriegel“, als vom Schlesischen Tore her ein Automobil mit vier Insassen herangerast kam. Der Knabe lehnte dem Fahrzeuge den Rücken und wurde von ihm umgestoßen und über den Kopf gefahren. Schwerverletzt wurde er nach dem Krankenhaus Weselmann gebracht, wo er bald nach der Aufnahme starb. Das Publikum, das in großer Menge nach Treptow hinaus spazieren ging, wollte den Chauffeur Willy Vambornitz, den Sohn einer Witwe aus der Gneisenaustraße 84, und die Insassen durchsprüngen und wurde nur durch das Einschreiten der Polizei davon abgehalten. Ein Schutzmann brachte Vambornitz und die anderen nach der Wache des 53. Reviers in der Wrangelstraße.

In selbsterblicher Absicht stürzte sich gestern abend gegen 9½ Uhr der Leutnant A. v. Gracht aus einem Fenster des zweiten Stockes in der Schützenstraße 27. Nach Anlegung eines Notverbandes durch einen sofort herbeigerufenen Arzt wurde der Schwerverletzte von zwei Schutzeuten nach der Unfallstation gebracht. An seinem Aufkommen wird gezweifelt.

Zum Nischenberger Mord. Wir teilten gestern mit, daß die Untersuchung sich auch gegen den jungen Weber richtet, der, wie von einigen Frauen behauptet worden soll, mit der Ermordeten in freundschaftlichen Verhältnisse gestanden habe, sogar der Vater von dem einen hinterlassenen Kinde der Ermordeten sei und an einem Abend mit einem Weibe vor der Konrad'schen Stube erschienen sei mit der Drohung, die Stubentür einzuschlagen, wenn die Konrad nicht öffne. Herr Weber teilt uns mit, daß diese Angaben durchaus hinfällig sind. Die Untersuchung richtet sich nicht gegen ihn. Er habe keinen Verkehr mit der Konrad gehabt, er sei auch nicht der Vater eines der Kinder der ermordeten Konrad und habe niemals mit einem Weibe an der Tür der Konrad gestanden.

Kindesmord. Gestern nachmittag wurde auf dem Tempelhofer Felde die Leiche eines mehrere Tage alten Knaben entdeckt, welche in ein Stück kariertes Bettuch gewickelt, dortselbst im Sande verscharrt worden war. Nach dem ersten Befunde zu urteilen, scheint das Kind, ein Knabe, gelebt zu haben. Die Leiche wurde nach der Halle des Schöneberger Friedhofes in der Watzstraße übergeführt.

Großfeuer kam am Mittwoch nachmittag nach 3 Uhr in der Petersburgerstr. 56 an der Landsberger Allee auf noch nicht ermittelte Weise zum Ausbruch. Als das Feuer bemerkt wurde, stand der Dachstuhl des vierstöckigen Gebäudes schon in großer Ausdehnung in Flammen. Diese hatten an dem Inhalt der Bodenverfälsche reiche Nahrung gefunden. Als die ersten Löschzüge an der sehr entfernten Brandstelle anlangen, war der Brand längst über seinen Gerd hinaus, die Treppen schon vollständig verqualmt und die Gefahr für die unteren Geschosse und angrenzenden Gebäude sehr groß. Ueber zwei große 24 Meter ausgezogene mechanische Leitern, die hier vorzügliche Dienste leisteten, wurde mit mehreren Schlauchleitungen vorgegangen. Nachdem der Qualm etwas abgezogen war, wurden auch über die Treppen mehrere Schlauchleitungen mit Erfolg benutzt. Den vereinten Anstrengungen gelang es schließlich, das verderbende Element auf den Dachstuhl, der total ausgebrannt ist, zu beschränken. Gegen 6 Uhr konnte ein Teil der erschöpften Mannschaften nach den Wachen zurückkehren.

Feuerbericht. Mittwoch vormittag wurde ein größeres Löschausgebot der Feuerwehre nach dem Schiffbauerdamm 21 gerufen, weil dort in einem Keller der Elektromotor-Gesellschaft m. b. H. durch die Explosion eines Benzinhalters Feuer ausgebrochen war. Der Schlosser E. Matthes aus der Stargarderstr. 61, der in dem kritischen Moment in der Nähe des Behälters stand, wurde von einer Stichflamme erfasst und trug schmerzhafte Brandwunden im Gesicht und an einem Arm davon, die ihm in der Charité verbunden wurden. Das Feuer selbst konnte leicht unterdrückt werden. — Längere Zeit gab es dann bei einem zweiten Kellerbrande zu tun, der in der Putzwerstr. 11 ausbrach. Bei Anbruch des dritten Löschauges stand der Keller bereits in größerer Ausdehnung in Flammen. Allerlei alter Hausrat, Verpackungsmaterial etc. brannte unter starker Rauchentwicklung. Es mußte kräftig Wasser gegeben werden, um die Gefahr zu beseitigen. — In der Vellermamstr. 78 mußte vorher ein Schornsteinbrand beobachtet werden, während in der Neuen Königstr. 85/86 in einer Schlächtereier Feuer entstanden war. — Die übrigen Alarmierungen, die noch in den letzten 24 Stunden einliefen, waren auf ganz geringfügige Anlässe zurückzuführen.

Eine kleine nette Ausstellung hatte die Fortbildungsschule für die weibliche Jugend in der Aula der 5. Gemeindefchule, Als Jakobstraße 127, veranstaltet. Die zahlreich ausgestellten Arbeiten zeigten davon, daß die Schule viele fleißige und strebsame Schülerinnen und tüchtige Lehrkräfte besitzt. Die Zeichnungen und Malereien verdienen Lob; sie zeigen vielfach, daß mit Lust und Liebe gearbeitet wurde. Bei den mit peinlicher Sorgfalt ausgeführten Handarbeiten kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß hier viel Zeit und Mühe auf die hübschen Stidereien, Kappereien und Häfelchen verwendet worden ist. Solche Sachen werden von der Maschine viel leichter, schneller und oft viel hübscher hergestellt. Man hat Vorrichtungen an Nähmaschinen, wodurch alle im Hause gewöhnlichen Stidarbeiten mühelos angefertigt werden können. — Freilich, die Stiderei und Häfelerei gehört zum bürgerlichen Ideal von einer tüchtigen Frau. Es heißt sogar, daß Seminare eingerichtet werden sollen zur Ausbildung von Fachlehrerinnen für den Unterricht in Handarbeiten und in der Hauswirtschaft. Die letztere sollte dabei den Vorrang erhalten.

Theater. Die Saison des Luisen-Theaters schließt wie alljährlich am 30. April. Als letzte Premiere in dieser Saison gelangt Holteis „Gans Jurga“ Freitag den 28. April zur Aufführung, welches Stück auch als letzte Vorstellung Sonntagabend gegeben wird. Als letzte Sonntagabend-Vorstellung wird der „Herrgottsdinner“ gegeben. Das Theater bleibt bis zum 1. September geschlossen. — Die von den Besuchern des Schiller-Theaters N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater) mit so großem Beifall aufgenommene Komödie „Keine Schwiegertochter“ von F. Carré und A. Wilhaut erscheint am dem Spielplan des O. Theaters zum erstenmal heute Donnerstag. Im N. Hause findet die letzte Aufführung von „Fuhrmann Henschel“ am Sonntagabend statt. Im National-Theater findet heute die Aufführung von „Fra Diavolo“ mit Dr. Dreifmeister als Gast statt. Am Freitag findet die Premiere von Verdis „Maskenball“ statt. In den Hauptpartien Hel. Weid. Bous und Herr José Classen. Sonnabend ist Vorhings melodische Oper „Der Wildschütz“. — Im Carl Weich-Theater gehen „Die kleinen Bagabunden“ nur noch bis Sonntag in Szene, während am Montag die Tegernseer ein kurzes Gastspiel beginnen. — In der Spielhause. Am heutigen Donnerstag findet das Jubiläum der 160. Aufführung von Rabelburgs „Familientag“ statt. Bemerkenswert ist besonders, daß Herr Franz Schönlind in sämtlichen 160 Aufführungen die von ihm mit so großem Erfolge kreierte Rolle des Rudolf dargestellt hat. — Apollo-Theater. Am Sonntag, den 30. April er., findet die letzte Aufführung der Operette „Das Weichwandel“ statt. Am Montag, den 1. Mai, geht wieder „Der kleine Luft“ von Jacobson-Linde in Szene. — Heute beginnt das Gastspiel des Lessing-Theaters im Kadaster Lustspieltheater mit einer Aufführung von „Traumulus“. Während dieser Gastspielzeit wird im Lessing-Theater allabendlich „Eiga“ gegeben in der ursprünglichen Besetzung der Hauptrollen. — Das Herrnsel-Theater schließt seine diesjährige Saison am 15. Mai. Dann beginnt die Winter-Lyrikan-Gesellschaft dort ein längeres Gastspiel.

Im Kunstsalon Paul Cassirer schließt die jetzige Ausstellung von Renoir am 28. d. M. Am Sonnabend findet die Eröffnung der neuen Ausstellung statt. Die Kollektionen von van Gogh, Vallotton, Paris, und Konrad v. Kardorff-Berlin enthält. Ferner kommen zur Ausstellung: Josef Israels bekanntes Bild: „Die Krankenpflegerin“ und drei Portraits von Francisco de Goya, sowie Einzelwerke von Claude Monet, Eduard Manet, Max Liebermann, Ulrich Gübner und anderen.

Gerichts-Zeitung.

Das Wiener Mörder-Ghepar Klein vor Gericht. Vor den Geschworenen des Wiener Landesgerichts begann gestern die Verhandlung des Mordprozesses gegen das Ehepaar Klein, dem die Ermordung des Wiener Armenvorstehers und Hausbesizers Johann Sitora zur Last liegt.

Aus den feinerzeugt veröffentlichten Schilderungen der Mordtat ist noch bekannt, daß die angeklagte Ehefrau Klein die Täterin gewesen zu sein scheint, während ihr Mann, ein Deutscher und Hesse, aus der Gegend von Hanau gebürtig, nur der Weisküße beschuldigt wird. Frau Klein war schon in ihren Mädchenjahren trotz ihrer vorzüglichen Bildung (sie hatte das Lehrerinnenexamen bestanden und war Novizin der Kongregation der Schulschwestern in Wien eine raffinierte Diebin und Heiratswindlerin. Das letztere Gewerbe setzte sie nach ihrer Verheiratung mit dem jetzt 23jährigen Klein fort, indem sie in Zeitungsinseraten als „Millionbraut“

mit einer Mitgift von angeblich 200 000 Kronen bis zu einer Million aufrat und alte wie junge wohlhabende Leute an sich zog. Einmal mit diesen Personen bekannt geworden, trat sie bald in einen intimen Verkehr und erprechte dann erhebliche Summen von ihren Opfern. Ihr Mann will von diesem Treiben keine Ahnung gehabt haben. Dem steht jedoch die Tatsache entgegen, daß er sich an der Flucht der Angeklagten, die im Oktober vorigen Jahres im Anschluß an einen geradezu grauenhaften Mord erfolgte, beteiligt hat. Am Tage nach dem Verschwinden des Ehepaares fand man nämlich in dessen Behausung in der Magdalenenstraße in Wien unter einer Ottomane verborgen die gräßlich zugerichtete Leiche des Wiener Armenvorstehers und Hausbesizers Sitora, der sich ebenfalls mit der Angeklagten auf ein Inserat hin in einen intimen Verkehr eingelassen hatte und bei dieser Gelegenheit in wahrhaft bestialischer Weise hingerichtet worden war. Die zerstückelte Leiche hatte das entmenschte Weib in einen Sack eingnäht und darauf noch die Freiheit besessen, sich tiefverschleiert in die Wohnung des Ermordeten zu begeben und dort Wertpapiere und bares Geld im Gesamtwerte von etwa 8000 Kronen zu entwenden. Wenige Tage später war man dem verbrecherischen Ehepaar, das sich nach Paris gewandt hatte, auf der Spur, doch gelang es der raffinierten Frau, sich dort noch eine Zeitlang in einer dürftigen Dachwohnung den Nachspürungen der Pariser Polizei zu entziehen, bis schließlich am Mittag des 17. Oktober vorigen Jahres ihre und ihres Mannes Verhaftung erfolgte. Vor dem Chef der Pariser Kriminalpolizei, Demarc, legte sie alsbald das Geständnis ab, daß sie Sitora in ihre Wohnung gelockt, ihn dort während des Schlafes mit einer Gabel erschlagen und dann den Körper, um ihn in dem Sack unterbringen zu können, zerstückelt habe. Sie habe „zugleich aus Liebe und aus Haß“ gehandelt. Bezugnehmend auf den Charakter der Frau ist es, daß sie sich für die Hauptverhandlung eine schwarzseidene Robe hat anfertigen lassen und daß es während ihrer Haft ihre einzige Sorge war, was mit ihren verschiedenen Kleidern nach ihrer Hinrichtung geschehen werde.

Ueber den Ausgang des Prozesses werden wir berichten.

In dem Kellerwechsel-Prozess wurde gestern das Urteil gefällt. Staatsanwalt Reiner ergriff zur Schuldfrage das Wort und schilderte in längerer Ausführung die Schäden, welche für die Kaufmannswelt durch die gewerksmäßige Herstellung bezw. Verbreitung solcher Kellerwechsel bezw. Gefälligkeitswechsel entstehen müssen. Zu den Kniffen, die auf diesem Gebiete arbeitenden Agenten anwenden, gehörte auch der, daß sie pro forma noch Auskunft über die Agenten einzuholen pflegen. Das könne sie aber nicht schaden, denn es gebe so mancherlei Winkel-Auskunfts-Bureau, von denen die Agenten un schwer die Auskünfte erhalten, die sie haben wollen. Die Agenten der Wechsel seien völlig zahlungs- und kreditunfähige Personen gewesen, und die Beweisaufnahme habe ergeben, daß sechs kaufmännische Firmen durch die in Rede stehenden Wechsel geschädigt worden sind. Der Staatsanwalt hielt bei Stephan drei selbständige Handlungen für vorliegend und beantragte gegen ihn sechs Monate, gegen Böhm zwei Monate und vier selbständiger Handlungen ein Jahr drei Monate, gegen Göbel wegen zwei selbständiger Handlungen sechs Monate, gegen Voller wegen einer fortgesetzten Handlung sechs Monate Gefängnis. Den der Weisküße und des Betruges Angeklagten Leifer hielt der Staatsanwalt für den strafwürdigsten. Während den übrigen Angeklagten der Strid am Hals gegangen und sie noch einen reitenden Strohhalm ergriffen haben, habe der Angeklagte Leifer aus der Kellerwechsel-Fabrikation ein Geschäft gemacht und erhebliche Vorteile daraus gezogen. Der Staatsanwalt beantragte deshalb gegen ihn vier Jahre Gefängnis. Gegen diese Ausführungen wandte sich Rechtsanwalt Bah n: Es handle sich um keine Kellerwechsel-Fabrikation, vielmehr sei die große Anlage auf ein Minimum zusammengeschmolzen. Leifer verdiene zwar nicht, wegen seiner Geschäftspraxis in den Adelsstand erhoben zu werden, er habe aber nichts Strafbares begangen. Es sei doch auch zu bemängeln, daß in diesem großen Prozeß nicht einmal die in Frage stehenden Urkunden vorgelegt seien, während bei jeder kleinen Urkundenfälschung doch die Vorlegung der Urkunden verlangt werde. In längeren Ausführungen beantragte der Verteidiger die Freisprechung des Angeklagten Leifer und stellte den Eventualantrag, die Agenten vorzuladen, um zu sehen, ob sie wirklich so „faul“ sind, wie Kriminalkommissar Müller behaupte. — Rechtsanwalt Dürchardt schloß sich diesem Antrage an. Die Rechtsanwälte Dr. Siegmund und Morris vertreten in eingehenden juristischen Darlegungen den Standpunkt, daß die Mitangeklagten durch die Eingabe der in Rede stehenden Wechsel sich nicht strafbar gemacht haben. — Nach mehrstündiger Beratung erkannte der Gerichtshof die Angeklagten im Sinne der Anklage für schuldig und verurteilte: Stephan zu vier Monaten, Böhm zu einem Jahr, Göbel zu drei Monaten, Voller zu zwei Monaten Gefängnis. Der Gerichtshof erzog dabei die Gemeingefährlichkeit der Taten der Angeklagten. Da Leifer als der Hauptthäter zu betrachten sei und im ganzen 62 solcher Wechsel untergebracht habe, so habe ihn der Gerichtshof wegen Weisküße zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust verurteilt.

Haus der Frauenbewegung.

Frauenstudium. Am schwarzen Brett der Technischen Hochschule in München ist folgender Anschlag angeheftet: „Durch allerhöchste genehmigte Entscheidung des kgl. Staatsministeriums des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten vom 6. April d. J. ist verfügt worden, daß an der Technischen Hochschule in München Personen weiblichen Geschlechts, die das Reifezeugnis eines deutschen humanistischen oder eines deutschen Realgymnasiums besitzen, nach Maßgabe der Verfassungsbestimmungen dieser Hochschule als Studierende immatrikuliert werden können.“

Der Bund deutscher Frauenvereine hält seine Generalversammlung in den Tagen vom 4. bis 7. Juni in Danzig ab. Die Versammlung soll sich auch mit der Frage beschäftigen: „Was kann der Bund tun, um die Frauen aller Klassen zu einer einheitlichen deutschen Frauenbewegung zusammenzuschließen?“

Darauf können wir schon heut antworten, daß der Bund dazu nichts tun kann oder auch, wie man's nimmt, alles mögliche; es wird nur nichts nützen.

Zentralverband der Handlungsgehilfen und -Gehilfen Deutschlands. Begibt Berlin. Heute, Donnerstag, abends 9 Uhr: Sitzung in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20. Gäste willkommen.

Vermischtes.

Der schließliche Pfarrer. Der katholische Pfarrer Wieland in Gundheim bei Worms, der durch seine ungenierte politische Agitation auf der Kanzel und im Beichtstuhl in letzter Zeit zu einer gewissen Berühmtheit gelangt ist, und der erst vor kurzem so plötzlich eine Klage wegen Verleumdung gegen unser Rainiger Partei-Organ bedingungslos zurückzog, scheint sich jetzt ein neues Agitations-Instrument zugelegt zu haben — einen Revolver. Der „Wormser Volksztg.“ wird nämlich aus Gundheim gemeldet: „Pfarrer Joseph Wieland bemüht sich schon wieder, die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen und sich in seiner selbstherrlichen Eigenart zu lennen. Als vergangenes Sonnabend abends 10 1/2 Uhr einige junge Leute am Pfarrhause vorbeigingen und sich dabei, wie nunmehr festgesetzt, in ruhiger, feinerlicher Siderung verurtheilten Welle unter sich unterhielten, feuerte Pfarrer Wieland zwei scharfe Schüsse aus dem Fenster seines Schlafzimmers mit dem Rufe: „Ich will meine Ruhe haben!“ Da die Schüsse an der das Pfarrhaus umgebenden drei Meter hohen Mauer unten auftrafen, handelte es sich wohl um Scherzschüsse. Es ist gegen den Pfarrer wegen verbotenen Schießens Anzeige

erstattet.“ Die Ultramontanen haben im gesegneten Sonnengraue am Rhein mit ihren schwarzen Genarmen entzündeten Pech. Es vertritt sich der Fuß des freitbaren Wormser Propheten Malzi in den Nehen des Teufels Vitru, und nun treibt der ultramontane Agitator Wieland in Gundheim bei Worms allerhand Mörtria.

Ein Brudermord ist in Kunden im Holsteinischen verübt worden. Auf dem Hofe des Landwirthes Hans Karstens lebten seine Söhne Maas und Stephan Karstens nebst einer taubstummen Schwester. Maas Karstens sollte den Hof haben, während die Geschwister je 20 000 M. erbten. In früher Morgenstunde erschien Stephan in großer Aufregung bei dem Gemeindevorsteher, einem der nächsten Nachbarn, und teilte ihm mit, daß sein Bruder ermordet sei. Die sofort vorgenommene Befragung bestätigte diese Angaben: Maas Karstens hatte eine tiefe Wunde an der linken Schläfe, das Blut hatte die Wände, den Boden, Bett und Tisch bespritzt! Auch Brandspuren zeigten sich im Zimmer; das Bett und das Hemd des Ermordeten waren angefangt. Von dem Mordinstrument fand sich keine Spur. — Die erste gerichtliche Aufnahme hatte das Resultat, daß Stephan Karstens wegen Verdachts des Brudermordes verhaftet und dem Gefängnis in Kunden zugeführt wurde.

Das Verfahren wegen Gattenmordes gegen den Arzt Dr. Braunstein, der jüngst wegen Urkundenfälschung zu 7 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, ist, wie die „Münchener Neuesten Nachrichten“ melden, eingestellt worden.

Die Genickstarre. In Schwientochlowitz, Sobrel und anderen ober-schlesischen Ortschaften sind neue Erkrankungen und Todesfälle an Genickstarre vorgekommen. — Aus Priege wird gemeldet, daß dort drei Kinder an Genickstarre gestorben sind. Vier an Genickstarre erkrankte Personen befinden sich noch im städtischen Krankenhaus. — In Breslau sind fünf Fälle von Genickstarre polizeilich gemeldet worden. Zwei Fälle nahmen einen tödlichen Verlauf. — In Halle a. S. starb in der medizinischen Klinik der zwölfjährige Sohn des Gutsherrn aus dem nahen Dorf Schottersch an Genickstarre. — In A. S. ist, wie aus München telegraphisch wird, die Genickstarre aufgetreten. Der Fabrikarbeiter Hagenkopf, der am Montag noch frisch und gesund schien, wurde plötzlich von einer schweren Erkrankung befallen, die Ärzte konstatierten Genickstarre.

Der Herr Marine-Jährlich. In Kiel erregte am Grünen Donnerstag ein junger Marine-Jährlich durch sein leinewege solbathisches Auftreten Aufsehen. Auf dem Hinterste einer eisenbahn Strassenbahn begrüßte er mit einem vertraulichen „Morjen“ einen Infanterie-Offizier. Als dieser ihn nach seinem Schiff und seinem Urlaub fragte, erwiderte der Jährlich: „Von Bord aus Cuxhaven“; den Namen seines Schiffes hatte er vergessen! An der nächsten Haltestelle ließ ihn der Offizier von einem Schutzmann verhaften. Jetzt gestand der Jährlich, daß er ein durchgebrannter Kaufmannslehrling aus Berlin sei und daß er sich die Uniform für 90 M. bei einem Althändler gekauft habe. Auf drahlliche Anfrage nach Berlin befähigten sich seine Angaben.

Vom heiligen Burenkraut. Der Geheimne Medizinalrat Professor Dr. Albert Hoffa, Direktor der Universitätsklinik für orthopädische Chirurgie zu Berlin, hatte sein Automobil in München als Frachtgut nach Döhsen aufgegeben. Hier fand nun ein Bahnbediensteter, daß im Behälter des Wagens sich noch etwa 15 Kilo Benzol befanden. Da die Verfrachtung von Benzol zum Tarif für feuergefährliche Gegenstände unterliegt, so witterte er Gebühre-hinterziehung, die mit dem zwölffachen Betrage der Fracht bestraft wird, wobei auch die Emballage mitzuberrechnen ist. Als die Emballage betrachtet der Beamte — das Gesamtgewicht des Automobils. Der Stationsbeamte in Döhsen veranlagte daher die Anhaltung des Frachtküdes in Würzburg, da die Ware für Fracht und Strafe — im vorliegenden Falle insgesamt 21 500 M. — zu haften hat. Professor Dr. Hoffa bewirkte die Befreiung seines Fahrzeuges, und zwar gegen Auslieferung eines Reberges, wonach der Eigentümer sich verpflichtete, für Fracht und Strafe den königlich bayerischen Verkehrsankalten aufzukommen.

Marktpreise von Berlin am 25. April. Nach Ermittlungen des kgl. Polizei-Präsidiums. Für 1 Doppel-Gentner: Weizen**, gute Sorte 17,25—17,22 M., mittel 17,19—17,10 M., geringe 17,13—17,10 M. Roggen**, gute Sorte 14,10—14,08 M., mittel 14,04—14,00 M., geringe 14,02—14,00 M. Futtergerste**, gute Sorte 15,80—14,70 M., mittel 14,60 bis 13,60 M., geringe 13,50—12,50 M. Hafer**, gute Sorte 16,30—15,40 M., mittel 15,30—14,50 M., geringe 14,40—13,70 M. Erbsen, gelbe, zum Kochen 45,00—30,00 M. Speisebohnen, weiße 50,00—30,00 M. Binsen 60,00—30,00 M. Kartoffeln 10,00—6,50 M. Rübölroh 4,50—0,00 M. Den 9,00—7,00 M. für ein Kilogramm Butter 2,50—2,20 M. Eier per Schoß 4,00—2,80 M. *) Drei Bogen und ab Bahn. **) Ab Bahn.

Briefkasten der Redaktion.

R. G. 96. Die beschriebene Münze ist ein tunesischer Piaster. Wert 48 Pf. — J. W. Wenn es sich um ein altes Jahrbuch handelt und Sie nachweiser können, daß es Ihnen vorher gehörte, zahlen Sie keinen Zoll. — S. 25. Kein, der englische Penny hat nicht 100, sondern 112 Pfund. Gewicht 50,8 Kg. — August. Nicht verwendbar.

Juristischer Cell.

Die juristische Correspondenz findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Gedruckt: 7 Uhr.

Unwissen. Ober-Schneeweide. 1. Der Ehemann haßte nicht für Ihre Kosten. Die Möbel gehören ihm. 2. Kein. — W. 5. 1. Sie können das Innere selbst einrichten; an eine bestimmte Zeit ist die Einreichung nicht gebunden. 2. Kein. 3. Ja, sofern Sie nicht einweiser der Erbschaft innerhalb sechs Wochen entlagt oder Sicherstellungsmittel (Inventar-errichtung, Aufgebot der Gläubiger usw.) ergreifen haben. — G. W. Der Wit ist durchaus im Recht. — H. 15. Die herrschende strengere Auslegung rechnet zu den baren Auslagen nicht den entgangenen Arbeitsverdienst. — R. 33. Das Gesetz eines Deutschen zur Naturalisation ist an die höhere Verwaltungsbehörde zu richten. Welche Behörde das in den einzelnen Staaten ist sowie welche Behörde für die Erteilung des Staatsangehörigkeits-Ausweises zuständig ist, ist von uns wiederholt vor den Landtagswahlen dargelegt. Eine Zusammenstellung der zuständigen Behörden finden Sie Seite 1 bis 3 des dem Arbeiterrecht, 4. Aufl., beigelegten Führers durch das G. W. Das Buch liegt in den öffentlichen Bibliotheken aus. — F. B. 2. Errichten Sie ein gemeinschaftliches Testament. Anordnung hierzu finden Sie S. 92, 94, 95 des dem „Arbeiterrecht“ beigelegten Führers durch das Bürgerliche Gesetzbuch. Das Buch liegt in den öffentlichen Bibliotheken aus. — H. G. 39. Ja. — G. 2. 59. Sie müssen beim Prozeßgericht das Armenrecht für Ihre Mängel erwirken. Haben Sie es erwirkt (es ist wohl schon im Verfahren erteilt), so richten Sie den Antrag zur Mangeldrückung an das Gerichtsvollzieheramt in Hamburg. — Michel G. Ihre Anfrage ist ohne Einhalt in den gerichtlich abgeschlossenen Vertrag und ohne Darlegung, welchen Zustand Ihre Mutter herbeiführen will, nicht zu beantworten. — G. M. 1. Das von Ihnen Vorgelegene stellt durchaus keinen Entschuldigungsgrund dar. Die Entschuldigungsgründe finden Sie S. 95 des dem „Arbeiterrecht“ beigelegten Führers zusammengefaßt. Das Buch liegt in den öffentlichen Bibliotheken aus. 2. Eine derartige Verfügung wäre unzulässig, da die Schenkungen, auch wenn sie nicht zum Schein erfolgen, bei der Erbauseinandersetzung in Anrechnung kommen. Sie könnten die Ehefrau auf das Mächtigste setzen: dies betrage in Ihrem Falle ein Viertel des Nachlasses; für das Verhältnis unter den Hinterbliebenen ist solche Beschränkung nicht zweckmäßig. 3. Der Austritt aus der Kirche erfolgt nur freiwillig, also nicht für die Ehefrau oder die Kinder. Diese haben selbst (Kinder nach dem 14. Jahre) ihren Austritt zu erklären. — 99. Ja.

Witterungsübersicht vom 26. April 1905, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometere-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter		Stationen	Barometere-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	
				Temp. in C.	Temp. in F.					Temp. in C.	Temp. in F.
Swinemünde	762	W	3	13	53	Haparanda	756	W	3	13	53
Danburg	762	W	3	13	53	Petersburg	762	W	3	13	53
Berlin	763	W	3	13	53	Scilly	764	W	3	13	53
Hannf. a. M.	765	W	3	13	53	Wien	765	W	3	13	53
München	767	W	3	13	53	Wien	767	W	3	13	53
Wien	767	W	3	13	53						

Weiter-Propheze für Donnerstag, den 27. April 1905. Hiernach mild, vorherrschend wolkig mit etwas Regen und möglichen südwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.